

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Claus Leggewie

1968: Ein Laboratorium der nachindustriellen Gesellschaft?

Zur Tradition der antiautoritären Revolte seit den sechziger Jahren

Hermann Lübke

Der Mythos der „kritischen Generation“

Ein Rückblick

Ulf Fink

1968 – Die Antwort der CDU: Programmpartei

Michael Sontheimer

Rebellion ist gerechtfertigt

Bericht eines „Post68ers“

B 20/88

13. Mai 1988

Claus Leggewie, Dr. disc. pol., geb. 1950; Professor für Politikwissenschaft an der Universität Göttingen und Publizist.

Veröffentlichungen u. a.: Siedlung, Staat und Wanderung. Das französische Kolonialsystem in Algerien, Frankfurt—New York 1979; Kofferträger. Das Algerien-Projekt der Linken im Adenauer-Deutschland, Berlin 1984; Der König ist nackt. Ein Versuch, die Ära Mitterrand zu verstehen, Hamburg 1986; Der Geist steht rechts. Ausflüge in die Denkfabriken der Wende, Berlin 1987.

Hermann Lübke, Dr. phil., geb. 1926; 1956—1963 Tätigkeit als Dozent und Professor an den Universitäten Erlangen, Hamburg, Köln und Münster; 1963—1969 Ordentlicher Professor für Philosophie an der Ruhr-Universität Bochum; 1966—1969 Staatssekretär im Kultusministerium von Nordrhein-Westfalen; 1969/70 Staatssekretär beim Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen; 1969—1973 Ordentlicher Professor für Sozialphilosophie an der Universität Bielefeld; seit 1971 Ordentlicher Professor für Philosophie und Politische Theorie an der Universität Zürich; 1975—1978 Präsident der Allgemeinen Gesellschaft für Philosophie in Deutschland; Mitglied mehrerer Akademien der Wissenschaften; Mitglied des Deutschen P.E.N.

Veröffentlichungen u. a.: Theorie und Entscheidung. Studium zum Primat der praktischen Vernunft, Freiburg 1971; Hochschulreform und Gegenklärung, Freiburg 1972; Politische Philosophie in Deutschland, Basel—München 1974; Unsere stille Kulturrevolution, München 1976; Wissenschaftspolitik. Planung, Politisierung, Relevanz, Zürich 1977; Endstation Terror. Rückblick auf lange Märsche, Stuttgart 1978; Philosophie nach der Aufklärung. Von der Notwendigkeit pragmatischen Denkens, Düsseldorf 1980; Zwischen Trend und Tradition. Überfordert uns die Gegenwart?, Zürich 1981; Zeit-Verhältnisse. Zur Kulturphilosophie des Fortschritts, Graz—Wien—Köln 1983; Politischer Moralismus. Der Triumph der Gesinnung über die Urteilskraft, Berlin 1987; Fortschrittsreaktionen. Über konservative und destruktive Modernität, Graz—Wien—Köln 1987.

Ulf Fink, geb. 1942 in Freiberg/Sachsen; Studium der Volkswirtschaft in Marburg, Hamburg und Bonn; Verschiedene Tätigkeiten im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung und in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion; 1973 bis 1977 Leiter der Planungsgruppe für Gesellschaftspolitik im rheinland-pfälzischen Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport; 1977 bis 1979 Hauptabteilungsleiter Politik in der Bundesgeschäftsstelle; von 1979 bis Mai 1981 Bundesgeschäftsführer der CDU; ab Juni 1981 Senator für Gesundheit, Soziales und Familie, bzw. Senator für Gesundheit und Soziales (seit 1985) in Berlin; Mitglied des Bundesvorstandes der CDU; seit 1987 Bundesvorsitzender der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA).

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg.) Wie krank ist unsere Gesundheit?, Frankfurt-Berlin-Wien 1982; Keine Angst vor Alternativen, Freiburg-Basel-Wien 1983; zahlreiche Aufsätze vor allem zu sozialpolitischen Themen.

Michael Sontheimer, geb. 1955 in Freiburg; Studium der Neueren Geschichte sowie der Politologie und Publizistik an der Freien Universität Berlin; 1979 Mitbegründer der „tageszeitung“ (taz) in Berlin; seit 1985 Redakteur beim Dossier der ZEIT in Hamburg.

Veröffentlichungen u. a.: (zus. mit Benny Härlin) Potsdamer Straße — Sittenbilder und Geschichten, Berlin 1983; (zus. mit Jochen Vorfelder) Antes & Co. — Geschichten aus dem Berliner Sumpf, Berlin 1986; (Herausgeber zus. mit Otto Kallscheuer) Einschüsse — Besichtigung eines Frontverlaufs zehn Jahre nach dem Deutschen Herbst, Berlin 1987.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/4 60 40, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1984, 1985 und 1986 zum Preis von DM 25,— pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

1968: Ein Laboratorium der nachindustriellen Gesellschaft?

Zur Tradition der antiautoritären Revolte seit den sechziger Jahren

I. 1988/1968: Trajekt — Die Protestbewegung zwischen Historisierung und Aktualisierung

1968 ist heute ein fast magisches Datum. Die noch frischen und doch schon fremden Bilder und Originaltöne aus den sechziger Jahren, die Zeitgenossen wie Nachgeborene aus Anlaß der 20. Wiederkehr dieses Datums zu sehen und zu hören bekommen¹⁾: Demonstrantenketten, „Ho Tschì Minh“-Rufe, Sirenen von Polizeifahrzeugen, brennende Autos und Barrikaden, münden immer noch in kontroverse Wertungen der damaligen Ideen und Ereignisse. '68 (wie das Kürzel heißt) gilt den einen fast als eine Art *Sündenfall*, den anderen geradezu als *Erlösung*. Zwischen Verklärung und Denunziation eine nüchterne Erklärung der Ursachen und Wirkungen dieser generationsmächtigen Geschichtserfahrung zu versuchen, ist nach zwei Dekaden höchste Zeit.

Die Jahreszahl 1968 markiert zunächst ereignisgeschichtlich eine Konvergenz von Prozessen in allen „drei Welten“, die man ohne Übertreibung „revolutionär“ nennen darf: Die „Tet-Offensive“ des Vietcong hatte im Januar 1968 Saigon erreicht und die Niederlage des amerikanischen Imperialismus in Südostasien unter Beweis gestellt. Der „Sieg im

Volkskrieg“ schien möglich. Sodann zeigte der „Prager Frühling“, daß „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ kein utopisches Hirngespinnst war. Und im „Pariser Mai“ schließlich erwies sich die Möglichkeit revolutionärer Zuspitzungen in hochentwickelten kapitalistischen Industriegesellschaften und die Chance eines Bündnisses zwischen linker Intelligenz und wiedererstarkter Arbeiterbewegung.

Alle drei Prozesse endeten freilich in den bekannten Aporien und Debakeln. Gleichwohl symbolisiert „1968“ darüber hinaus auch einen längeren und nachhaltigen Prozeß beschleunigten sozialen und kulturellen Wandels, der so gut wie alle hochentwickelten kapitalistischen Industriegesellschaften mehr oder weniger betraf. Auch die Gesellschaften des „realexistierenden Sozialismus“ (z. B. Polen und die ČSSR) und der Dritten Welt (z. B. Senegal) wurden darin einbezogen. Lange vor 1968 ging dieser Wandel als inter- und transnationaler Diffusionsprozeß von den Vereinigten Staaten aus²⁾.

Überall erfolgte er überraschend und eruptiv, doch hatte er unterschiedliche Intensität und Dauer: Mal zog sich der Protest über mehrere Jahre hinweg (Bundesrepublik Deutschland von 1965 bis 1969), mal nahm er in relativ kurzen Zeiträumen zuspitzte, vorrevolutionäre Formen an (Frankreich, Mai–Juni 1968). Obwohl kein Monarch aufs Schaffot geführt und keine Bastille resp. kein Winterpa-

¹⁾ Beispiele aus 1987/88 (wobei '68 hier und im folgenden immer für die Jahre um 1968 steht): '68 als *Fernseheseignis*: Die Wiederholung von Roman Brodmanns Film über den 2. Juni 1967 „Der Polizeistaatsbesuch“, mit anschließender Diskussion in den III. Programmen der ARD, 1. Juni 1987, oder Daniel Cohn-Bendits vierteilige Serie „Wiedersehen mit der Revolution“, zunächst im französischen Fernsehen, dann in den Dritten ARD-Programmen im Frühjahr 1987 (auch als Buch erschienen: „Wir haben sie so geliebt, die Revolution“, frz. Paris 1986, dt. Frankfurt 1987). '68 als *Radioereignis*: Z. B. die laufende „Zeitzeichen“-Serie in WDR 2, SFB und NDR, jeweils am 11. des Monats, neben einschlägigen Features. '68 als *Memoiren- und Romanstoff*: Z. B. Hanns-Josef Ortheil, *Schwerenöter*, München-Zürich 1987, oder Volkhard Brandes, *Wie der Stein ins Rollen kam*, Frankfurt 1988. '68 schließlich als *Titelstory* z. B. im Spiegel (Autor: W. Bittorf), Nr. 14/1988 ff., ähnlich in *Newsweek*, *L'Espresso* usw. Beeindruckend auch die *Fotographien* von '68, z. B. von Michael Ruetz, Schwarz-Weiß, I. Reportage-Fotos der späten sechziger Jahre, Nördlingen 1986.

²⁾ Vgl. zum Beginn des „Mobilisationszyklus“ in den Vereinigten Staaten etwa H. Kitschelt, *Zur Dynamik neuer sozialer Bewegungen in den USA*, in: K. W. Brand (Hrsg.), *Neue soziale Bewegungen in Westeuropa und den USA. Ein internationaler Vergleich*, Frankfurt-New York 1985, S. 248–305. Zur Protestgeschichte der Bundesrepublik neuerdings Lothar Rolke, *Protestbewegungen in der Bundesrepublik. Eine analytische Sozialgeschichte sozialen Widerspruchs*, Opladen 1987.

lais gestürmt wurde, 1968 also weder in die Reihe klassischer sozialer Revolutionen und Massenaufstände gehört, noch in direkter Wirkung ein politisches Regime (oder auch bloß eine Regierung) gestürzt wurde: „1968“ hat alle Chancen, als Quasi-Revolutionsdatum in die Annalen der Weltgeschichte einzugehen. Aber nur, so meine *erste These*, wenn 1968 als *symbolischer Kulminationspunkt eines kultur-evolutionären Prozesses* und somit als spektakulärer Ausdruck einer ansonsten eher „stillen Revolution“ verstanden wird. 1968 wäre damit weniger Nachhall klassischer sozialer Bewegungen der Industriegesellschaft als vielmehr Vorschein „postindustrieller“ sozialer und kultureller Aggregatzustände und zugleich Laboratorium „nachsozialistischer“ Konflikt- und Bewegungsformen³⁾.

Diese Bewertung dürfte bei allen 68er-Meinungsparteien umstritten sein, sowohl bei den Akteuren, Mitläufern und „Nutznießern“ der Protestbewegung als auch bei jenen, die sich eher als „Opfer“ und Leidtragende betroffen fühlen. „La Revolution est un bloc“ (Clemenceau) — daß die Revolution *als Ganzes* annehmbar sei, war die weise Überzeugung französischer Republikaner seit Ende des 19. Jahrhunderts. Nachdem die Resultate der Französischen Revolution von 1789 zunächst jahrzehntelang in offenen und virtuellen Bürgerkriegsausinandersetzungen umstritten geblieben waren (und es heute anlässlich der 200-Jahrfeier wieder ein wenig werden), konnten sie zu guter Letzt in einen nationalen Konsens überführt werden.

Von derartiger Traditionsfähigkeit sind die meisten Gesellschaften bezüglich '68 noch weit entfernt; vielmehr bleibt diese Zäsur politisch, publizistisch und sozialwissenschaftlich weiter umstritten und ihre „Anschlußfähigkeit“ für *alle* politischen Lager wird von den meisten Kontrahenten nachdrücklich verneint. Als Beleg kann man etwa jene Bewertung nehmen, die erst vor wenigen Jahren ein prominenter christdemokratischer Publizist in einflußreicher Position vornahm: „Hitler haben wir, wenn auch vielleicht noch nicht endgültig, bewältigt. Nicht bewältigt aber haben wir die Bewältigung Hitlers, wie sie zur Studentenrebellion von 1968 und zu den fundamentalen Umwertungen der Folgezeit geführt hat... Die Wende, die wir benötigen, besteht nicht darin, daß wir ein weiteres Mal 1933 oder 1945 ver-

dauern, sondern daß wir den nachträglichen Ungehorsam gegen Hitler überwinden. Wir haben uns geschichtlich von uns selbst entfremdet und müssen nun versuchen, diese Entfremdung aufzuheben.“⁴⁾

Restauration des (angeblichen) Konsenses vor 1968 und Wiederverbindlichmachung der damals „umgewerteten“ Wertordnungen und Grundsätze ist hier also das direkt auf die Protestbewegung abzielende Motiv der politischen *Wende*. Demgegenüber haben sich einige Protagonisten von '68, (selbst-)ironisch „Veteranen“ genannt, wieder zusammengesetzt und in einer „ersten gnadenlosen Generaldebatte wider den Zeitgeist“ zur *Rekonstruktion* der antiautoritären sozialistischen Linken aufgerufen⁵⁾. Solche Polarisierungen sind nicht auf die Bundesrepublik beschränkt. In Frankreich haben zwei allerneueste Philosophen das „68er Denken“ jüngst als „antihumanistisch“ entlarvt und die 68er Bewegung zum Vorläufer des heute grassierenden Individualismus und der gesellschaftlichen Desintegration gemacht; auch dagegen erhob sich Widerspruch, um Ideen und Impulse des Pariser Mai zu retten⁶⁾.

Selbst in Geschichtswerken, die den Anspruch erheben, als Standardwerke gelesen zu werden und

4) Ludolf Herrmann, Hitler, Bonn und die Wende. Wie die Bundesrepublik ihre Lebenskraft zurückgewinnen kann, in: Die politische Meinung, (1983) 204, S. 13 ff.; vgl. auch schon ältere Kritiken der APO, z. B. E. K. Scheuch (Hrsg.), Die Wiedertäufer der Wohlstandsgesellschaft, Köln 1968. Dazu Claus Leggewie, Der Geist steht rechts. Ausflüge in die Denkfabriken der Wende, Berlin 1987. Ein abschreckendes Beispiel unversöhnlicher Denunziation linker Intellektueller ist zuletzt Lothar Ulsamer, Zersetzen — zersetzen — zersetzen. Zeitgenössische Schriftsteller als Wegbereiter für Anarchismus und Gewalt, Eßlingen 1987.

5) Vgl. den Kongreßbericht „Prima Klima“, hrsg. von Helmut Schauer, Hamburg 1987. Sehr differenzierte Analysen der Protestbewegung haben u. a. Klaus Hartung, Versuch, die Krise der antiautoritären Bewegung wieder zur Sprache zu bringen, in: Kursbuch (1977) 48, S. 14 ff., und Wolfgang Kraußhaar, Kinder einer abenteuerlichen Dialektik, in: Subversive Aktion. Der Sinn der Organisation ist ihr Scheitern, Frankfurt 1976, S. 9 ff., vorgelegt. Vgl. ferner T. Fichter/S. Lönnendonker, Kleine Geschichte des SDS, Berlin 1977; J. Miermeister/J. Staadt, Provokationen, Darmstadt 1980, und ders., Rudi Dutschke (Rowohlts Bildmonographien), Reinbek 1986; Che Shah Shit, Die sechziger Jahre zwischen Cocktail und Molotow, Berlin 1984 und Reinbek 1986.

6) L. Ferry/A. Renault, Antihumanistisches Denken. Gegen die französischen Meisterphilosophen, frz. Paris 1985, dt. München 1987; dies., 68—86. Itinéraires de l'individu, Paris 1987; dagegen C. Castoriadis, Les mouvements des années soixante, in: Pouvoirs, (1986) 39; vgl. auch G. Lipovetsky, L'Ère du vide. Essai sur l'individualisme contemporain, Paris 1983. Ich beziehe im folgenden die französische 68er-Geschichte und -Debatte am Rande mit ein, konzentriere mich aber im wesentlichen auf Rezeption und Debatte in der Bundesrepublik.

³⁾ Diese These wird bei Alain Touraine entfaltet, vgl. Le communisme utopique. Le mouvement de Mai 68, Paris 1968, und zuletzt L'après-socialisme, Paris 1980, sowie (zusammen mit M. Wieviorka/F. Dubet) Le mouvement ouvrier, Paris 1984.

die von daher eigentlich etwas mehr pluralistische „Ausgewogenheit“ vertragen, überwiegen Ranküne und Ressentiment. In einem jüngst erschienenen Werk legen renommierte Zeithistoriker völlige Unversöhnlichkeit gegenüber einer Bewegung an den Tag, die sie wider besseres Wissen in die Nähe totalitärer und antidemokratischer Strömungen in der deutschen Geschichte rücken. Die Autoren kultivieren zudem die These von der Verführung eines großen Teils der (akademischen) Jugend durch intellektuelle Roßtäuscher, was letztlich nur zur „Endstation Terror“ (Hermann Lübke) führen konnte. Eine solche Zuspitzung, die das Jahr 1968 ganz im Zerrbild der „Rote Armee Fraktion“ und des späteren Terrorismus betrachtet, deckt sich übrigens auf eine paradoxe Weise mit linksradikalen Auffassungen, die die Protestbewegung der sechziger Jahre ebenso aus der verdunkelten Perspektive des „Deutschen Herbstes“, also in der Kontinuität staatlicher Repression und „autonomer“ Gegengewalt, mißverstehen⁷⁾.

Gegen solche von allen Seiten kommende Absicht der „Revision“ und interessierten Aktualisierung muß man deutlich Stellung nehmen und die Protestbewegung der sechziger Jahre durch *Historisierung* objektivieren, zugleich aber auch ihre Ideen und Impulse (selbst-)kritisch auf Veraltung, möglicherweise aber auch auf überraschende Aktualität befragen. Im Abstand von nunmehr zwanzig Jahren – '68 ist von uns bald so weit entfernt wie die NS-Zeit für die „68er“ – sollte dies möglich sein, da 1968 nun wirklich *Geschichte* geworden ist und überdies eine Generation ins Erwachsenenalter tritt, die von jenen „Ereignissen“ in keiner Weise mehr direkt persönlich betroffen und enragiert sein kann.

1968, so meine *zweite These*, ist im Laufe der Zeit „traditionsfähig“ geworden, insofern bestimmte seinerzeit noch extrem minoritäre Konzepte „neuen Lebens“ und „neuer Politik“ sich im Resonanzraum eines generalisierten Wertewandels verallgemeinert haben und darüber hinaus – nebst

⁷⁾ Vgl. Bd. 4 der repräsentativen „Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“, hrsg. von Klaus Hildebrand, Von Erhard zur Großen Koalition 1963–1969, Stuttgart – Wiesbaden 1984, bes. den Abschnitt „Vom Geist der Zeit: Zwischen ‚juste milieu‘ und neuer Unruhe“ von K. D. Bracher, S. 417 ff.; Hermann Lübke, *Endstation Terror. Rückblick auf lange Märsche*, Stuttgart 1978. Siehe zum anderen: Die alte Straßenverkehrsordnung, Dokumente der RAF mit Beiträgen von W. Pohrt, K. H. Roth u. a., Berlin 1986, sowie kritisch O. Kallscheuer/M. Sontheimer (Hrsg.), *Einschüsse. Besichtigung eines Frontverlaufs zehn Jahre nach dem Deutschen Herbst*, Berlin 1987.

zahlreichen und schmerzlichen „Holzwegen“ – die 68er-Bewegung uneingelöste Impulse in sich trägt, die (recht verstanden) Auswege aus der gegenwärtigen politischen und kulturellen Krise zeigen können und dabei keineswegs mehr auf die politische (extreme) Linke allein zugeschnitten sein müssen, mit anderen Worten *kulturhegemoniale Potenz* besitzen.

Historisierung ist nun aber mehr als jene „Erinnerungen“, die derzeit über das Publikum hinweggehen und allzu stark auf ereignisgeschichtliche Details und biographische Kontinuitäten und Kehrwendungen kapriziert sind: Jener ist Minister, dieser ein tragischer Fall geworden, ein dritter wiederum ist sich eisern treu geblieben... 1968 als „Roman einer Generation“ ergibt noch keine Historiographie, sondern bleibt in die Gegenwart verstrickt und mit triumphalen oder verleumderischen Zügen überdeckt. Anzustreben ist vielmehr eine Sozialgeschichte politischer Widerstandsideen und politisch-kultureller Hegemonialkonzepte, die sich aktualisierender ebenso wie musealer Betrachtung entzieht: Das 68er Denken ist heute weder völlig antiquiert noch unvermittelt aktuell, wie die ideologiepolitischen Aktivitäten beider Seiten unterstellen. Im Wettstreit liegen heute zwei geistige Strömungen, die man durchaus als „Zwillingsgeburt“ der sechziger Jahre ansehen kann: Der sogenannte Neokonservatismus und der libertäre Entwurf einer „ökologischen Demokratie“.

Der Neokonservatismus ist als „Paradigma“ bezeichnet worden, „in dem kulturelle Grundvorstellungen, sozialphilosophische Menschenbilder, sozialwissenschaftliche Theoriestücke und empirische Beschreibungen zu politischen Argumenten verdichtet sind“ und das als Deutungsmuster „für große Teile der an öffentlicher Wirkung interessierten Sozialwissenschaftler und der auf sozialtheoretische Legitimation bedachten politischen Eliten mentalitätsprägend geworden ist“^{7a)}. Die Ideen von '68 hatten, vor der „Tendenzwende“, ähnlichen Rang und vergleichbare Brisanz für die älteren „Paradigmen“ des technokratischen Konservatismus und der Sozialdemokratie, die in den sechziger Jahren an die (ökonomischen, ökologischen, politisch-institutionellen) Grenzen ihrer Legitimität gestoßen waren. Das 68er Denken und der Neokonservatismus (der in vieler Hinsicht ja ein *Neoliberalismus* ist) waren die sich parallel entwickelnden und miteinander konkurrierenden Antworten auf diese

^{7a)} Helmut Dubiel, *Was ist Neokonservatismus?*, Frankfurt 1985, S. 11.

Doppelkrise, aus der weder die reaktionäre Bekräftigung vormoderner Werte und Institutionen noch affirmativer Modernisierungstraditionalismus herausführen konnten.

Die Denkanstöße und Bewegungsimpulse von '68 sind natürlich weder „Patentrezepte“ für „alternatives“ Krisenmanagement, noch sind sie einer simplen Generalrepetition würdig. Die antiautoritäre Revolte war vielmehr, so meine dritte These, ein „Laboratorium“ *postindustrieller Entwicklungstypen*, deren „genetischer Code“ noch nicht eindeutig determiniert war und sozusagen links liegengelassen wurde; die Experimente wiederaufgenommen, käme es nun auf eine zeit- und situationsgemäße Neukombination der 68er Anstöße an, die — um im Bild vom sozialen und politischen Laboratorium zu

bleiben — obsolete „Prototypen“ entgültig abschreibt, vielversprechende Projekte jedoch bis zur „Serienreife“ voranbringt.

Die Zielrichtung solcher Projekte hat ein SDS-„Veteran“, Ulrich K. Preuß, mit dem Begriff „ökologische Demokratie“ angegeben. Als Ziel angestrebt wird damit — im Unterschied zum noch sehr traditionellen Gesellschafts- und Staatsverständnis der 68er Linken — eine „Kultur der Heterogenität (Verschiedenheit), des Dissenses und des Experiments als Elementen einer sozialen ‚Diversität‘, die ihrerseits die genetischen und kulturellen Verschiedenheiten der Individuen reflektiert, eine Vielfalt von Austauschbeziehungen ermöglicht und insofern ein ‚soziales Ökosystem‘ konstituiert“⁸⁾.

II. 1968 — der Kairos der antiautoritären Protestbewegung

Die mittellange Welle der nationalen und internationalen Proteste auf eine einzige Jahreszahl zusammenschumpfen zu lassen, entspricht der Wahrnehmung jener „Bresche“ (Edgar Morin), die die Revoltierenden damals in die historische Normalität und Kontinuität eingehauen haben. Im chronologisch-objektiven Strom der Geschichte haben sie an der richtigen Stelle und zum richtigen Zeitpunkt (kairós) eine Zäsur markiert, die in dieser Weise weder vorher noch nachher historisch möglich war⁹⁾. 1968 fokussiert also raum- und zeitspezifische Empörungsmotive am „Ende der Nachkriegszeit“ (Ludwig Erhard), die durch die massenmedial verallgemeinerte Wahrnehmung eines katalysierenden Ereignisses (Vietnam-Krieg) international synchronisiert wurden und sich gegenseitig verstärkten¹⁰⁾. Dabei schloß die überwiegend, aber nicht ausschließlich von Studenten und Schülern getragene und von Intellektuellen artikulierte Protestbe-

wegung der sechziger Jahre aktionstypologisch und ideengeschichtlich an eine bereits ältere Protestgeschichte an. Sie mündete in die fortgesetzte Widerstandshistorie der „neuen sozialen Bewegungen“. Zäsur und Zeitfluß, Krisenmoment und Kontinuität von '68 müssen also gleichermaßen bedacht werden, wenn man nun die Ursachen der Protestbewegung näher untersucht. Ich greife hier zunächst auf verschiedene sozialwissenschaftliche Erklärungsansätze zurück.

1. Das „Generationsparadigma“

Die gängige Rede vom „typischen 68er“, den die Massenmedien und die Nachgeborenen schon phänotypisch identifizieren zu können glauben und den die Konsumwerbung fest ins Visier genommen hat, verweist auf mögliche kollektive, stabile Einstellungsmuster und Handlungsorientierungen der betreffenden Geburtsjahrgänge zwischen ca. 1940 und 1950, die durch ihren Schimpf- bzw. Ehrentitel „68er“ eine Aura ewiger Jugendlichkeit besitzen. Konsistent wäre ein solches Generationsparadigma, wenn sich ein soziodemographischer Generationstypus durchgehalten hätte: Bei den heute 40- bis 50jährigen wären dann immer noch generationspezifische Werte, Attitüden und Optionen (z. B. auch im Wahlverhalten) anzutreffen und, in die Zukunft verlängert, bei den Rentnern und Pensionären nach der Jahrtausendwende wären spezifische Muster des Altwerdens zu vermuten.

⁸⁾ Ulrich K. Preuß, Die Zukunft der Demokratie. Vortrag auf dem „Prima Klima-Kongreß“ 1986, erweitert in: Jahrbuch '86 des Komitees für Grundrechte und Demokratie, Sensbachtal 1987, S. 147–160.

⁹⁾ Vgl. E. Morin/C. Lefort/C. Castoriadis, La Brèche. Premières réflexions sur les événements, Paris 1968.

¹⁰⁾ Zum konstitutiven Charakter des Dritte-Welt-Protestes vgl. etwa R. Dutschke u. a., Die Rebellion der Studenten, Reinbek 1968, sowie die nachgelassenen Texte von Dutschke: Mein langer Marsch, Reinbek 1980; Geschichte ist machbar, Berlin 1980; Die Revolte, Reinbek 1983; ferner H. J. Krahl, Konstitution und Klassenkampf, Frankfurt 1971 u. ö.; J. Horlemann/P. Gäng, Vietnam — Analyse eines Exempels, Frankfurt 1966, P. Gäng/R. Reiche, Modelle der kolonialen Revolution, Frankfurt 1967, H. Hamon/P. Rotman, Génération. Bd. 1, Les années de rêve, Paris 1987.

Hypothesen zu historisch-politischen Sozialisationsmustern von Generationen sind empirisch noch nicht hinreichend erforscht. Gleichwohl wird man zumindest zwei Merkmale notieren können, die die 68er Generation auszeichnen: Sie war die erste „echte“ Nachkriegs- und nachfaschistische Generation, die von persönlicher Verstrickung in die Katastrophe des Nationalsozialismus, des Weltkriegs (und auch des Stalinismus) frei, von deren psycho-politischer Verarbeitung jedoch um so intensiver betroffen war. Die 68er Generation erlebte also *erstens* besonders stark die „Ungnade später Geburt“. *Zweitens* durchlebte sie im Stadium der frühen politischen Sozialisation eine historisch ungewöhnlich lange Phase des Friedens und relativen materiellen Wohlstands, die allerdings unter der permanenten Drohung nuklearer Zerstörung stand und von andauernder Friedlosigkeit an der Peripherie der Weltgesellschaft begleitet war. Verglichen mit der heutigen Situation der (akademischen) Berufsanfänger hatte diese Generation (als letzte) einen überwiegend reibungslosen Einstieg in das Erwerbsleben und schritt auch noch auf der Karriereleiter relativ zügig ins heutige „Establishment“, sofern hier nicht direkte oder indirekte Berufsverbote dazwischenkamen¹¹⁾.

Aus beiden Generationserfahrungen resultierte eine auch politisch anspruchsvolle Haltung, die sich von der politischen „Skepsis“ und instrumentellen Wiederaufbauorientierung unterschied, die vorherigen Jugendgenerationen zugeschrieben worden ist. Diese auch als „Reideologisierung“ und „Linksverschiebung“ zu deutende Entwicklung nahm ganz verschiedenartige Elemente auf und amalgamierte sie:

- solche eines radikalen, subkulturell fundierten Modernismus und Hedonismus;
- solche einer auf Verwirklichung westlicher Demokratie- und Freiheitsideale abzielenden Bürgerrechtsbewegung
- und solche einer angestrebten „Vollendung des Demokratisierungsprozesses“ unter sozialistisch-kommunistischen Vorzeichen.

¹¹⁾ Vgl. zur „politischen Generation“ jetzt H. Fend, Sozialgeschichte des Aufwachsens, Frankfurt 1988, und als Biographiematerial P. Mosler, Was wir wollten, was wir wurden, Reinbek 1977, sowie B. Vesper, Die Reise. Romanessay, Frankfurt 1977. Zum folgenden vgl. K. Allerbeck, Soziologie radikaler Studentenbewegungen, München – Wien 1973; A. Mitscherlich, Die vaterlose Generation, München 1964; M. Horkheimer, Autorität und Familie in der Gegenwart, in: Festschrift für Theodor Litt, Düsseldorf 1960, S. 87 ff.; J. Bopp, Vatis Argumente. APO-Generation und heutige Jugend, in: Kursbuch, (1979) 58, S. 1 ff.

Die Protestbewegung trug international das Etikett einer *Neuen Linken*. Ihre Argumentationsformen waren zwar – dem geistesgeschichtlichen Hintergrund wie dem Aktualitätsbezug nach – noch „alt-europäischer“ Natur und ihre Argumentationshorizonte noch ganz industrie-gesellschaftlich; aber die innere Dynamik der Infragestellung bestehender Herrschafts- und Gesellschaftsstrukturen reichte über beides hinaus.

Weil einiges für den Generationsbefund spricht (vor allem bei den meinungsbildenden Teilen) und weil die (damals noch vielköpfigere) Familie als zentrale Konfliktarena antiautoritären Protests in Erinnerung geblieben ist, könnte man die These vom *Generationskonflikt* als Auslöser der Revolte vertreten: Die „ewige“ Auflehnung Jugendlicher gegen ihre Eltern sei zeittypisch nach links ausgeschlagen und habe eher unpolitisch-private Protestformen (unkonventionelle Moden, Musik und Manieren der Jugendsubkulturen) durch gesellschaftskritisches Totalengagement „aufgeladen“. Eine solche Vermutung wird gefördert durch die (oftmals plastischen) Lebensgeschichten einzelner VertreterInnen der Studentenbewegung: Hier demonstrierte der Sohn eines Oberstaatsanwaltes mit NS-Vergangenheit, dort die Tochter eines sozialdemokratischen Polizeipräsidenten... Solche stilisierten Szenarien beginnen mit eindrucksvollen Belegen familiärer, besonders väterlicher Repression und enden in Feststellungen anhaltender Entfremdung. In der Selbstdarstellung von späteren RAF-Mitgliedern spielt dieses Motiv der gewaltförmigen Entladung verweigerter „Anfrage“ (Christian Geissler) an die Nazi-Väter in befreienden Taten eine wichtige Rolle.

Repräsentative Studien über die Herkunft und Entwicklung von 68er Akteuren sowie die sozialisationstheoretische Gegenhypothese von der „vaterlosen Gesellschaft“ (Alexander Mitscherlich) widersprechen jedoch dieser zugespitzten Deutung: Das spätödpale Szenario, ausgemalt im (keineswegs ganz frei erfundenen) Märchen von der „Generation, die auszog, das Fürchten zu lernen“, bietet nämlich nur begrenztes Anschauungsmaterial für das „abweichende Verhalten“ von Zigtausenden (wobei in international vergleichenden Studien diese typisch deutsche Generationenkonstellation ohnehin zurücktreten müßte). Solche Studien belegen eher, daß Generationsspannungen weniger Auslöser denn *Folge* politischen Engagements waren, das seinerseits eine weite Strecke mit liberalen bis linken Dispositionen „daheim“ im Einklang

stand und diese radikalisierte. Opposition, Protest und politisch-kultureller Nonkonformismus waren Resultat „ganz normaler“ Erziehungsprozesse, die noch wenige Jahre zuvor mit einiger Wahrscheinlichkeit zu eher „angepaßten“ Überzeugungen und Handlungsdispositionen geführt hätten.

Autoritärer oder permissiver Erziehungsstil an sich war ebensowenig Auslöser oder Verstärker radikalen Protestverhaltens — gleich, ob man nun von der anhaltenden Vorherrschaft „starker“ Elternfiguren oder bereits, wie wohl eher zutreffend, von einer weitgehend „vater- (und mutter)losen Gesellschaft“ ausgeht, in der die Familie ihre traditionelle, auch gegen totalitäre Vereinnahmung oder spätkapitalistische Manipulation des Individuums widerständige Funktion verloren hatte. Die Protestbewegung ist somit *auch* Reflex eines familiensoziologisch diagnostizierbaren Wandels gewesen, und es war kein Zufall, daß Sozialisations-, Erziehungs- und Bildungsangelegenheiten sich um 1968 ganz besonderer öffentlicher Aufmerksamkeit und Veränderungsbereitschaft erfreuten.

2. Das „Studentenparadigma“

Die Vorkämpfer der Protestbewegung haben sich stets gegen die einschränkende Bezeichnung „Studentenbewegung“ gewehrt¹²⁾. Unbestritten ist natürlich, daß die Hochschulen Aktionszentren waren und Studenten, vor Schülern und Lehrlingen, in allen öffentlichkeitswirksamen Aktionen und ganz besonders in der Theorie den Ton angaben. Außerhalb der Hochschule spielten Intellektuelle, darunter viele Angehörige des akademischen „Mittelbaus“ (Assistenten, Hilfskräfte) besonders aus den geistes- und sozialwissenschaftlichen Fakultäten, eine exponierte „Vordenker“-Rolle. Das Milieu der „Massenuniversität“ war damit ohne Zweifel der Vermittlungsort zwischen „protestbereiten“ Individuen und gesamtgesellschaftlichen Problemlagen.

Doch ist es zu kurz gegriffen, subjektive oder objektive Merkmale dieses Milieus allein für die besondere Protestbereitschaft studentischer Jugend geltend zu machen: Kritik an den sich verschlechternden Studienbedingungen, Antizipation späterer akademischer Arbeitslosigkeit und Statusunsicherheit, Abwehr der Indienstnahme wissenschaftlich-technischer Intelligenz für Kapitalverwertungsinteressen, aber auch die „Priestertrug“-These, wie

sie bei einem bestimmten Typus der Intellektuellen-Schelte von rechts anzutreffen ist, gehen in diese Richtung. All diese Motive wären aber mit den Mitteln einer — wie auch immer gearteten — Hochschul(gegen)reform zu bearbeiten gewesen. Das zunehmende „Überschießen“ ausbildungsbezogener Protestanlässe über den Campus hinaus zeigt aber, daß die Universitäten eher ein Exerzierfeld bereits ausgeprägter Gesellschaftskritik und symbolisches Ziel von weiterreichendem Protest waren. Studenten, Assistenten, Intellektuelle ließen sich eben nicht auf hochschul- und kulturpolitische Reformen verpflichten und einschränken, auch wenn dies später ihr primäres Betätigungsfeld sein mochte.

In der Bundesrepublik sind die protestierenden Studenten oftmals als Totengräber der verdienstvollen deutschen Universität karikiert worden; dabei waren sie, ironischerweise, in mancher Hinsicht eher Verteidiger des klassischen Kommilitonenideals, das zwischen Studenten und Professoren nur graduelle Unterschiede gelten ließ und beide auf staatsferne und zweckentlastete Wahrheitssuche verpflichtete. Daß dieses durch Reedukationsziele angereicherte und aktualisierte Humboldtsche Ideal nicht der Wirklichkeit entsprach, erfuhren sie täglich. Ihre Forderung nach Hochschulautonomie und Demokratisierung der Universität, vertreten im Zweifrontenkampf gegen „Ordinarienwillkür“ und technokratische „Staatsaufsicht“ für die „Freiheit von der Manipulierung durch gesellschaftliche Partikularinteressen“ (SDS-Denkschrift 1961) und verfochten in Experimenten der „Kritischen Universität“ oder des „Aktiven Streiks“, war gemeint als ein Rettungsversuch der Universitäten als Foren kritischer Öffentlichkeit und Reflexion¹³⁾. Heute, da sich die Hochschulen in Selbstverwaltungsbürokratie und verschiedenen Formen der Privatisierung aufzureiben drohen, muß dieser (oftmals ungestüme) Versuch in einem ganz anderen Licht gesehen werden, als es angeblich der „Freiheit der Wissenschaft“ dienende Standesbünde immer noch suggerieren. Nach einer (gelegentlich vandalischen) „heißen Phase“ des Studentenprotestes 1968/69 verabschiedeten sich die kritischen Studenten aus der Alma mater — ein „Abschied für länger“, wie sich herausgestellt hat.

Studentenbewegung war die Protestbewegung insofern, als sich im Hochschulmilieu dank der beson-

¹²⁾ Z. B. R. Dutschke in: Geschichte ist machbar, Berlin 1980, S. 129 ff. Vgl. auch J. Habermas, Protestbewegung und Hochschulreform, Frankfurt 1969, S. 137 ff.

¹³⁾ Siehe dazu etwa Hochschule in der Demokratie, Denkschrift des SDS, 1961/1965², und Universität und Widerstand. Versuch einer Politischen Universität in Frankfurt, Frankfurt 1968, sowie St. Leibfried, Wider die Untertanenfabrik, Köln 1967.

deren Soziallage des akademischen Nachwuchses, der Homogenität der Studenten-Rolle und der hohen Reflexivität bestimmter Fachbereiche (heute ist diese eher bei den Naturwissenschaften zu finden!) latent ausgeprägte politische Protestmotive in einem Prozeß sekundärer politischer Sozialisation zuspitzen und aktualisieren konnten. Doch war die Protestbewegung mehr als das, nämlich eine von Studenten und „Massenintellektuellen“ aktivierte, breitere *soziale und politische Bewegung*, die bald aus den Hochschulen hinausdrängte und das Bündnis zum einen mit den wissenschaftlich-technischen Professionellen und dem liberalen Bürgertum, zum anderen mit den Organisationen und Akteuren der Arbeiterbewegung suchte.

Die Protestbewegung der sechziger Jahre ist somit *nicht allein* individual- oder gruppenpsychologisch als „Jugendprotest“ oder „Studentenrevolte“ zu interpretieren, sondern als Nukleus einer politisch-sozialen Bewegung, deren „strategische“ Gruppen einem noch diffusen, ungerichteten Strukturbruch und Wertewandel spätkapitalistischer Gesellschaften Subjektcharakter verliehen und eine Richtung zu geben versuchten.

3. Das „Krisenparadigma“

Ihre Kritiker haben die Protestbewegung eine „ideologiepolitische Bewegung zur Aufdeckung von Legitimationsschwächen eines Systems“ (Hermann Lübke) genannt: Nicht die gescheiterte, weil verschleppte oder verweigerte Lösung von Problemen, sondern der Schwund von Verbindlichkeiten, Motivation und Identität hätte hochentwickelte Industriegesellschaften in die Situation gebracht, in der die „Provokateure“ von der Wirksamkeit ihrer Provokation überzeugt sein konnten. „Die antiautoritäre Bewegung... war selbstverständlich keine Bewegung gegen autoritäre Bedrückung, sondern eine Bewegung der Abschüttelung von Resten einer Autorität, die ihrer selbst nicht mehr sicher ist.“¹⁴⁾

Eine solche Deutung stellt freilich Ursache und Wirkung auf den Kopf. Denn es war in der Tat nicht allein (und sozusagen mutwillig und aus heiterem

Himmel) Vertrauen geschwunden, sondern auch die Funktionsfähigkeit der Wachstumsökonomien und ihrer politischen Institutionen; beides zusammen konnte dann als Legitimationskrise des Spätkapitalismus interpretiert werden, weil die (in der Bundesrepublik genauso wie in Frankreich) spürbare Unterbrechung der „dreißig glorreichen Jahre“ (Jean Fourastié) zwischen 1945 und 1975 Realität war: Sinkende Wachstumsraten und Stagnationstendenzen, wachsende Beschäftigungsprobleme und Finanzierungslücken der öffentlichen Haushalte kündigten bereits Mitte der sechziger Jahre, in einem Ambiente unendlich scheinender Wohlstandsmehrung, das spätere Ende des „kurzen Traums immerwährender Prosperität“ (Burkhard Lutz) an, der ja nicht von intellektuellen Miesmachern herbeigeredet worden ist. Nicht deswegen, weil jugendliche „Provokateure“ Respektspersonen, Institutionen und den common sense lächerlich machten, ist es zu dieser Glaubwürdigkeitschwäche gekommen, sondern weil die monomane Ausrichtung auf Wachstum, Konsum und Vergeudung normativ bestimmend war für „postkonventionelle“ Industriegesellschaften (womit übrigens, auf eine ganz unausgegrenzte Weise, auch spätere „Sinnfragen“ antizipiert waren, die sich nach der ökologischen Dämmerung derselben stellten).

In den sechziger Jahren traten tatsächlich drei Krisenphänomene gemeinsam auf: Das wirtschaftliche Wachstum kam ins Stocken, die politisch-institutionellen Grundlagen der westlichen liberalen Demokratien unterlagen einem „Involutionenprozeß“ (Johannes Agnoli), und nach der Befriedigung vieler materieller Sicherheitsbedürfnisse begann ein Prozeß der Verschiebung von Werthierarchien zugunsten „postmaterialistischer“ Orientierungen. In diesem Zusammenhang erschienen die überkommenen Muster der Lebensgestaltung als unerwünschte Restriktionen von Selbstverwirklichungschancen, und „die Gesellschaft“ meldete wachsenden Autonomiebedarf gegenüber Staat und politischer Klasse an, ebenso „das Individuum“ gegenüber gemeinschaftlichen Ordnungsgefügen.

Die Legitimationskrise der sechziger Jahre war mithin eine Reaktion auf das Auseinanderklaffen von technokratischer Supermodernisierung (alle heute gegen viele Widerstände verwirklichten großtechnischen Projekte sind damals erdacht und vorbereitet worden) und konservativer Lebenswelt — im Adenauerschen „CDU-Staat“ ebenso wie in „Opas

¹⁴⁾ H. Lübke, Endstation Terror (Anm. 7), S. 42; siehe auch D. Bell, Die Zukunft der westlichen Welt. Kultur und Technologie im Widerstreit, Frankfurt 1976. Zur Legitimationskrise seinerzeit v. a. C. Offe, Strukturprobleme des kapitalistischen Staates, Frankfurt 1972, zum folgenden B. Lutz, Der kurze Traum immerwährender Prosperität, Frankfurt 1984, und J. Fourastié, Les trente glorieuses, Paris 1979.

Frankreich“ zu Zeiten Charles de Gaulles¹⁵). Das von studentischen Protestgruppen, Publizisten, Schriftstellern und sonstigen „Meinungsführern“ artikulierte Unbehagen überlappte sich hier mit der Veränderungsbereitschaft größer werdender Bevölkerungsteile, die sich am wenig partizipativen und arkan-politischen Stil der „Kanzlerdemokratie“ (oder auch des Neobonapartismus der Fünften Republik) stießen.

Technokratische, auch linkstechnokratische Lesarten nahmen dieses „Unbehagen“ als Anstoß eines Readjustierungs- und Reformprojekts, d. h. sie interpretierten die Verweigerungen und Aufstandskeime als Signale eines zu kurz gekommenen Modernisierungsbedarfs¹⁶). Wo moderne Gesellschaften politisch und sozial „blockiert“ sind, bedarf es eben einer im Extremfall jähren Korrektur durch Außenseiter, um die Deblockierung einzuleiten. Die diagnostizierten Modernisierungsdefizite wurden dann so beschrieben, daß die Techno- bzw. Kapitalstruktur und die Alltagskultur nicht übereinstimmen; daß Demokratisierung und Industrialisierung nicht mehr synchron liefen oder daß die politische Demokratie nun durch die wirtschaftliche

oder eine Demokratisierung „aller Lebensbereiche“ zu flankieren sei. Ein solcher Ansatz, der den Protest objektiviert und für die Selbstanpassungskapazität moderner Systeme funktionalisiert, argumentiert indessen bereits aus der Kenntnis der Nachgeschichte von '68, in der etwa die sozialliberale Koalition in der Bundesrepublik antiautoritäre Impulse in „Strukturreformen“ verwandelte oder in Frankreich das große Tarifwerk des Grenelle-Abkommens anachronistische Überbleibsel der sozialen und industriellen Beziehungen mit einem Schlag außer Kraft setzte bzw. auch dort einen sozialliberalen Reformismus nach vorn brachte.

1968 erhält in dieser Deutung also die Funktion, Energien der „Lebenswelt“ aus dem Gefängnis konservativer Institutionen und Normen freigesetzt zu haben. Man wird sagen können, daß dies tatsächlich eine Wahrheit jenes Prozesses ist, der sich „hinter dem Rücken“ der enragés vollzog, aber auch, daß diese systemische Selbstmodernisierung nicht aufgegangen ist. Die systemtheoretische Objektivierung der Protestbewegung wird den speziellen Empörungsmotiven der Protestbewegung nicht gerecht.

III. Auf 1968 hin: Auschwitz — Vietnam Das Skandalon der Protestbewegung

I. „Unser Auschwitz“: Empörungsmotive aus der Vergangenheit

Die vehemente Entlarvung des „hilflosen Antifaschismus“ (W. F. Haug), wie das „Bewältigungs“niveau der nationalsozialistischen Vergangenheit in den sechziger Jahren charakterisiert worden ist, hat man zu Recht als wesentliches Antriebsmoment der westdeutschen Protestbewegung bezeichnet. In seiner Rede im Berliner Reichstagsgebäude 1983 hat

Hermann Lübbe dieses tiefliegende Motiv der Empörung als „eine zunächst theoretische, dann aber auch politisch-moralische Delegitimierung der zur Frühgeschichte der Bundesrepublik gehörenden Versuche, die nationalsozialistische Vergangenheit ins politische Gegenwartsbewußtsein zu heben“, verurteilt. Lübbe, Jahrgang 1926, verteidigt dagegen das Verfahren, mit dem seine eigene Generation nach 1945 den Nationalsozialismus „bearbeitet“ hat und das er treffend mit dem Begriff „kommunikatives Beschweigen“ umschreibt: In „Verhältnissen nicht-symmetrischer Diskretion“ (nämlich zwischen Opfern und Tätern) sei es bis zur Revolte „weniger wichtig (gewesen), woher einer kommt, als wohin er zu gehen willens ist“¹⁷).

Aus diesem im Grunde zustimmungsfähigen Satz spricht die Verletzung einer nach- und unstrittig

¹⁵ Zum „CDU-Staat“ siehe die gleichnamige Sammelanalyse, hrsg. von G. Schäfer/C. Nedelmann, München 1967, und schon vorher die rororo aktuell-Bände, hrsg. von M. Walsler (Die Alternative oder Brauchen wir eine neue Regierung?, Reinbek 1961), H. W. Richter (Plädoyer für eine neue Regierung oder Keine Alternative, Reinbek 1965) sowie W. Jens (Politik ohne Vernunft oder Die Folgen sind absehbar, Reinbek 1965). Grundlegend auch P. Brückner/J. Agnoli, Die Transformation der Demokratie, Frankfurt 1967; dazu ders., Zwanzig Jahre danach: Die Transformation der Demokratie, in: Prokla, (1986) 62, S. 7 ff., und andererseits C. Offe, Zwischen Bewegung und Partei. Die Grünen in der politischen „Adoleszenzkrise“?, in: O. Kallscheuer (Hrsg.) Die Grünen — Letzte Wahl?, Berlin 1986, S. 40 ff.

¹⁶ Siehe z. B. M. Crozier, La société bloquée, Paris 1964, oder auch R. Debray, Modeste contribution aux cérémonies officielles du dixième anniversaire, Paris 1978.

¹⁷ „Unser Auschwitz“ war der Titel eines Essays von Martin Walsler in: Kursbuch, (1965) 1; H. Lübbe, Es ist nichts vergessen, aber einiges ausgeheilt. Der Nationalsozialismus im Bewußtsein der deutschen Gegenwart, in: FAZ vom 24. 1. 1983, S. 9; Lübbe nimmt Bezug auf W. F. Haug, Der hilflose Antifaschismus, Frankfurt 1967 u. ö.

antinationsozialistischen Generation, die man später die der „Flakhelfer“ genannt hat. Ihr machten in den sechziger Jahren und seither in eher wachsender Unnachgiebigkeit „spätgeborene“ Angehörige der APO-Generation den Vorwurf, sich erstens niemals ausreichend mit dem Nationalsozialismus auseinandergesetzt und zweitens braune Anteile, personeller wie ideologischer Art, im bundesrepublikanischen Gemeinwesen wissentlich inkorporiert zu haben — eine Vorhaltung, die jeden Älteren, der die Frühgeschichte der Bundesrepublik erlebt und mitgestaltet hat, kränken kann. Dennoch war die dahinterstehende Ambition, die Bundesrepublik unter Bruch des diskreten „Beschweigens“ in antifaschistischer Absicht sozusagen noch einmal zu gründen, keinesfalls ein Anschlag zu ihrer „Delegitimierung“. Wenn ein Mentor der Protestbewegung schon 1959 (angesichts eines neu aufkeimenden Antisemitismus) erklärt hatte, er „betrachte das Nachleben des Nationalsozialismus in der Demokratie als potentiell bedrohlicher denn das Nachleben faschistischer Tendenzen gegen die Demokratie“¹⁸) und wenn ein prominenter Studentenführer mehr noch als die atemberaubenden Wahlerfolge der NPD in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre den „Faschismus in der Struktur“ (Rudi Dutschke) der bundesrepublikanischen Gesellschaft anklagte, dann geschah dies eher *aus Sorge* um diese Republik denn aus antidemokratischer Zerstörungsneigung.

Es ist heute unbestritten, daß die damals wiederbelebte Faschismustheorie (besonders sowjetmarxistischer Prägung) große Schwächen und Blindstellen aufwies und daß der ubiquitär entgrenzte Faschismusvorwurf mit taktischen Momenten überfrachtet war, daß also der 68er Antifaschismus seinerseits eine Menge problematischer Seiten besaß. Aber der *Gewinn* dieser neuerlichen Thematisierung der nationalsozialistischen Vergangenheit — besonders unter sozioanalytischen Gesichtspunkten — kann schwerlich bestritten werden, und es ist nicht im mindesten einzusehen, warum diese wachgehaltene Erinnerung an Auschwitz, aber auch an den Zusammenhang von Nationalsozialismus und kapitalistischer Krise als „Verletzung“ der bundesrepublikanischen Rumpfnation eingestuft wird.

¹⁸ Th. W. Adorno, Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit?, in: Eingriffe, Frankfurt 1963, S. 126; zum folgenden vgl. D. Claussen, Grenzen der Aufklärung. Zur gesellschaftlichen Geschichte des modernen Antisemitismus, Frankfurt 1987, und D. Diner (Hrsg.) Ist der Nationalsozialismus Geschichte?, Frankfurt 1987, sowie C. Leggewie, Antifaschisten sind wir sowieso, in: Die ZEIT, (1988) 8, S. 62.

Aus Sorge über ein Nachleben totalitärer Tendenzen in der Demokratie opponierte die Protestbewegung gegen die „formierte Gesellschaft“ (Rüdiger Altmann), suchte sie politische Bündnisse gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze, veranstaltete sie die Anti-Springer-Kampagne und nahm sie „die Straße“, den öffentlichen Raum, in Besitz. Daß sie hierbei die relative Standfestigkeit der Zweiten Republik gelegentlich unterschätzte und in Akte defensiver Überdramatisierung verfiel, war kaum zu vermeiden. Wichtiger scheint mir, daß dieser republikanische Substitutionalismus notwendig war, um Demokratie *als Prozeß* in der Bundesrepublik gegen immanent antidemokratische Regressionstendenzen zu ermöglichen. Am 2. Juni 1967, nach dem tödlichen Pistolenschuß auf den Studenten Benno Ohnesorg, „begann der langfristig möglicherweise erfolgreiche Versuch, die Bundesrepublik republikanisch und demokratisch zu begründen, nachdem sie bis dato nur oder doch überwiegend ein Produkt der militärischen Niederlage des Deutschen Reiches und der Fremdbestimmung der Siegermächte gewesen war und noch ist“ (Ekkehart Krippendorff). In dieser resümierenden Feststellung artikuliert sich der republikanische Anspruch der Protestbewegung ebenso wie die unausgetragenen Ambivalenzen der politisch-kulturellen wie politisch-institutionellen „Westbindung“ Nachkriegsdeutschlands¹⁹).

2. „... und Vietnam und ...“: Empörungsmotive in der Gegenwart

Das „antifaschistische“ Engagement trug gewiß zur anhaltenden Entfremdung der Protestgeneration vom politischen Establishment bei, wozu übrigens auch das keineswegs leichtfertige Abrücken dieser SDS-Kader von der sich allzu glatt zur Volkspartei entwickelnden Sozialdemokratie zählt. Diese Prozesse gegenseitiger Distanzierung (und Feinderklärung) werden oft als deutsche Besonderheit gesehen, doch läßt sich zeigen, daß analoge, gleichfalls „beschwiegene“ Vergangenheitsereignisse auch andernorts zum aktuellen Skandalon wurden. Dies zeigt das französische Beispiel der in einem kaum weniger prekären ideologiepolitischen Akt geborenen „Schild- und Schwert-Theorie“, die Kollaborateure und Widerständler post festum in ein vergleichbares Diskretionsverhältnis gerückt hatte. Diese Konstruktion wurde in den sechziger Jahren durch politische, literarische und filmische Kritik

¹⁹ E. Krippendorff, Die Deutschen sind nicht mehr, was sie waren, in: Der Spiegel, (1987) 23, S. 34.

unhaltbar, besonders weil sich die Bürgerkriegsfrontstellung von 1940 an (Marschall Pétain versus General de Gaulle) reaktualisierte. Die Beteiligung von Franzosen an der Judenvernichtung und die Kontinuität der extremen Rechten wurde nun ein (zunächst von Ausländern aufgebrachtes) Thema.

Für die 68er in Frankreich besonders relevant war dabei die „Lehre“ (Pierre Vidal-Naquet), die das Engagement zugunsten der algerischen Befreiungsbewegung zwischen 1954 und 1962 darstellte. Von hier führte personell wie programmatisch ein direkter Weg zu dem zentralen Politisierungsmotiv der sechziger Jahre überhaupt: dem Widerstand gegen die amerikanische Intervention in Indochina und den Vietnam-Krieg. Die Protestbewegung war nicht allein „antifaschistisch“, sie war in der Konsequenz auch *antiimperialistisch*²⁰⁾.

Mehr als das marginal gebliebene „Algerienprojekt“ der westdeutschen Linken schlug die Lektüre eines in Algerien aktiven Theoretikers, Frantz Fanon, in der Bundesrepublik ein und schuf die „abstrakte Präsenz der Dritten Welt in den Metropolen“ (Oskar Negt). Es war kein Zufall, daß sich die ersten Demonstrationen in westdeutschen Großstädten und vor allem in West-Berlin auf diesen Umstand bezogen und Auslöser der „heißen Phase“ des Protestes die Anti-Schah-Demonstration vom 2. Juni 1967 mit dem bereits erwähnten Resultat war. Die APO hatte nicht nur der festgefahrenen „deutschen Frage“ den Rücken zugewandt; sie entprovinzialisierte die politische Debatte aus den Frontstellungen des Ost-West-Konflikts und begründete auch von daher ihren Anspruch, *Neue Linke* zu sein. Die nachfaschistische Bundesrepublik hatte sich ein abstraktes Gewalttabu verordnet; der Vietnam-Krieg, aber auch theoretische Analysen von der Art Fanons zeigten nun schockhaft, daß ein globaler Gewaltkontext vorhanden war und eine neue politisch-moralische Herausforderung sich stellte.

Dieses weltgesellschaftliche Faktum struktureller wie akuter Gewalt ins Bewußtsein gehoben zu haben und – notabene – durch weltweiten Protest das Vietnam-Debakel der USA mit herbeigeführt

²⁰⁾ „und Vietnam und“ war der Titel eines Essays von Peter Weiss 1968; vgl. außer der in Anm. 10 angegebenen Literatur noch F. Fanon, *Die Verdammten der Erde*, Frankfurt 1966, und die ersten Jahrgänge von *Kursbuch* und *Argument* sowie W. Balsen/K. Rössel, „Hoch die internationale Solidarität“, *Zur Geschichte der Dritte-Welt-Bewegung in der Bundesrepublik*, Köln 1986; zum Verhältnis „SPD und SDS“ vgl. jetzt die gleichnamige Studie von Tilman Fichter, Opladen 1988.

zu haben, gehört gleichermaßen zu dem heute kaum noch zu bestreitenden Gewinn der 68er Bewegung. Aus den antiimperialistischen Komitees, Zirkeln und Gruppen (darunter vielen kirchlichen) hat sich seither eine der breitesten neuen sozialen Bewegungen formiert. Wenngleich diese oft genug in sektiererische Haltungen abgerutscht ist und bisweilen einem unerträglichen, völlig verselbständigten Gewaltmythos unterliegt, ist der „Internationalismus“ gleichwohl eine der Botschaften der sechziger Jahre, an denen es unter keinesfalls gelinderten Gewaltverhältnissen in den Nord-Süd-Beziehungen festzuhalten gilt. „Antiimperialismus“ dieser Art ist dabei nicht zu verwechseln mit dem kruden Anti-amerikanismus und Antijudaismus der „Stadtguerilla“, deren paranoide „Opferhaltung und desperate Militanz eher an den Konkurrenzimperialismus z. B. der deutschen Rechten gemahnt²¹⁾.

Antifaschismus und Antiimperialismus, die beiden zentralen Empörungsmotive der 68er also, waren vermittelt in einem dritten „Anti“: Beide Übel entsprangen ja der theoretischen Analyse nach vor allem der widersprüchlichen Dynamik und Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Produktionsweise. Dem Studium und der Kritik der politischen Ökonomie des Kapitalismus waren folglich eine Legion theoretischer Analysen gewidmet, die an die verschiedenen Schulen und Traditionsstränge des Sozialismus bzw. Marxismus anschlossen. Daß Kapitalismus, Marktwirtschaft und Profitmaximierung heutzutage wieder unverblümt gefeiert werden, sich darüber hinaus aber auch bei 68ern eines erheblich besseren Ansehens erfreuen, stellt vielleicht weniger die prinzipielle Berechtigung der Kapitalismuskritik in Frage als ein zentrales Manko des 68er Denkens heraus: daß es nämlich weitgehend steril blieb bei der Hervorbringung alternativer ökonomischer und gesellschaftlicher Ordnungsvorstellungen, die zwischen „wildem Kapitalismus“ und „Planwirtschaft“ auf Dritte Wege wiesen²²⁾.

²¹⁾ Grundlegend D. Diner, *Imperialismus, Universalismus, Hegemonie. Zum Verhältnis von Politik und Ökonomie in der Weltgesellschaft*, in: I. Fetscher/H. Münkler (Hrsg.) *Politikwissenschaft*, Reinbek 1985, S. 326 ff.

²²⁾ Ansätze dazu in den Publikationen von Th. Schmid (Hrsg.), *Die Linke neu denken. Acht Lockerungen*, Berlin 1984; *Das pfeifende Schwein. Über weitergehende Interessen der Linken*, Berlin 1985; *Das Ende der starren Zeit*, Berlin 1985; *Befreiung von falscher Arbeit. Thesen zum garantierten Mindesteinkommen*, Berlin 1987². Vgl. zum libertär-ökosozialistischen Ansatz aus der Neuen Linken heraus auch André Gorz, *Wege ins Paradies*, Berlin 1983. Zuletzt dazu: *Freibeuter*, (1988) 35.

IV. 1968—1988: Tradition — Die Ideen der Protestbewegung

Die „Ideen von '68“ bilden keine geschlossene (revolutionäre oder reformistische) Programmatik der Gesellschaftsveränderung. Zu verschiedene Vorhaben sind in sie eingegangen, und zu undeutlich waren viele Ziele und Begründungen, manches blieb im Stadium fixer Ideen und „Traumtänzeri“ (Fritz Teufel). Die sozialen Utopien einer nachkapitalistischen, nichtautoritären Gesellschaft waren immer in Aktionen und Kampagnen verwoben, weil sich der „neue Mensch“ und die „neue Geschichte“ (Rudi Dutschke) im Verweigern und Aufbegehren selbst erst herauskristallisieren konnten. Voluntaristische und exemplarische Aktion würden, so war die Vorstellung, die versteinerten Verhältnisse zum Tanzen bringen. Zu einer Programmfestschreibung ist es auch deswegen nicht gekommen, weil die Protestbewegung als relativ diffuses Gebilde im Verhältnis zu früheren sozialen Bewegungen kein organisierendes Zentrum besaß; gleichwohl waren die außerparlamentarischen Oppositionen der sechziger Jahre noch stärker zentralisiert und institutionalisiert, mehr *Partei* als die späteren amorpheren „neuen sozialen Bewegungen“ der siebziger Jahre.

In der Bundesrepublik sind vor allem der „Sozialistische Deutsche Studentenbund“ (SDS) (nebst weiteren politischen Studentenverbänden) und die „Republikanischen Clubs“ (RC) (auch diese ergänzt durch andere politische Vereinigungen) als Ideenträger zu nennen. Daneben spielten Taschenbuchreihen, Zeitschriften („Das Argument“, „Kursbuch“, „neue kritik“, „diskus“, „alternative“), Theoriezirkel, autonome Projekte einer „kritischen Universität“ etc. eine bedeutende Rolle, für die ihrerseits eine zumeist unorthodoxe, lebendige Bezugnahme auf ältere Theoretiker des „westlichen Marxismus“ (Jean Paul Sartre, „Frankfurter Schule“, Herbert Marcuse, André Gorz u. a.) und sozialistische bzw. kommunistische Traditionsbestände von den Frühsozialisten bis zur Dritten und Vierten Internationale konstitutiv war²³).

Ganz wesentliches Selbstdefinitionsmerkmal der Protestbewegung war ihre *antiautoritäre* Zielset-

zung. Auch hier scheint wieder das Anti-Denken vorzuherrschen, doch enthält der versuchte Abschied von der „autoritären Persönlichkeit“ durch die Einübung neuer Generations- und Geschlechterverhältnisse und der Kampf gegen den „autoritären Staat“ (in asymmetrischer Weise) jenes soziokulturelle und politische Modernisierungspotential, das „1968“ bis heute wirksam und interessant macht. Hier liegen die „positiven“ Transformationsansätze, die über das defensive „weg mit...“ hinausreichen, ohne in einem schlechten Sinne selbst wieder autoritär Vorgaben zu machen.

Asymmetrisch nenne ich dieses Potential deshalb, weil — so schließlich meine *vierte These* — die sozialen und kulturellen Impulse zur Veränderung der konservativen „Lebenswelt“ und damit der *kultur(r)evolutionäre Zug der Protestbewegung* eindeutig stärker und weitreichender waren als ihr politisch-institutionelles Innovationspotential. Die Perspektive gesellschaftlicher Selbstverwirklichung und Selbstverwaltung war bei den Antiautoritären stärker ausgeprägt als ihr politisches Gestaltungsvermögen.

Diese These mag überraschen — bedenkt man den Innovationsschub, den die Protestbewegung zugunsten wohlfahrtsstaatlich-massendemokratischer Reformen ausgelöst hat, oder die Langzeitwirkung in Form der *Spaltungslinien* „neuer Politik“ und nicht zuletzt der Herausbildung grün-alternativer Parteikonstellationen. Jürgen Habermas hat hier kürzlich von einem durch die Kulturrevolte ausgelösten „Prozeß der Fundamentalliberalisierung“ gesprochen²⁴). Doch war dieses „mehr“ an Demokratie, Liberalität der politischen Kultur, Bürgerbeteiligung an Planungsentscheidungen etc. im Sozialliberalismus sehr viel staatsvermittelter, als es dem antiautoritären, und das heißt libertären Selbstverständnis entsprach; die gegenwärtige Verflüssigung der politischen Zuordnungen — am deutlichsten ablesbar am Typus des „intelligenten Wechselwählers“ — deutet gerade auf das schließlich offenkundig gewordene Defizit an politisch-institutioneller Alternativgestaltung hin.

²³) Das Verhältnis der Studentenbewegung zur Theorie behandeln J. Bopp, *Geliebt und doch gehaßt*, in: *Kursbuch*, (1984) 78, S. 121 ff., und O. Kallscheuer, *Das ‚System des Marxismus‘ ist ein Phantom. Für den theoretischen Pluralismus der Linken*, in *ebda.*, (1977) 48, S. 59 ff.

²⁴) Jürgen Habermas, *Der Marsch durch die Institutionen hat auch die CDU erreicht*, in: *Frankfurter Rundschau* vom 11. März 1988, S. 1. In diesem Tenor auch Habermas' einstiger Assistent und 68er Kontrahent Oskar Negt (*Frankfurter Rundschau* vom 23. April 1988), im ersten Interview einer Gesprächs-Serie. Siehe auch den Beitrag Ulf Fink in diesem Heft.

1. „Neues Leben“

Was die soziale und kulturelle Dimension anbetrifft, konzentrierten sich die Experimente „neuen Lebens“ vor allem in den kollektiven Wohn- und Erziehungsprojekten der sechziger Jahre, deren Vorbilder den Subkulturen der Vereinigten Staaten entnommen waren. Sie waren auf Selbstveränderung der Individuen gerichtet und sollten sich modellhaft „gesamtgemeinschaftlich“ verallgemeinern. Die spielerisch-verfremdenden Regelverletzungen provozierten neben einem hohen Maß an Abwehr und Widerstand eine verwickelte Imitationspraxis, so daß à la longue in der Tat eine über marginale Gruppen („Kommunarden“, „freaks“, „Hippies“, „Provos“) hinausreichende Bewußtseinsänderung die Folge sein konnte. Dies war umso leichter möglich, als zwanzig Jahre nach Kriegsende auf der Basis eines noch nie dagewesenen materiellen Reichtums und schrumpfender Arbeitszeiten eine latente Bereitschaft zum „Wertewandel“ in breiten Kreisen bestand. Übernommen wurden von den „ausgeflipten“ Subkulturen weder die (mehr proklamierte als gelebte) sexuelle Libertinage noch der explizite Anspruch, Kommunen seien die „adäquaten Einheiten zur Führung des Klassenkampfes“ (Bernd Rabehl). Wohl aber haben sich seither in moderater Form sowohl in den dominant gebliebenen Erziehungseinrichtungen (Familie, Kindergärten, Schulen) als auch in den bald massenhaft etablierten Alternativprojekten (Wohngemeinschaften, Kinderläden, freie Schulen) Utopien der „hedonistischen Linken“ teilverwirklicht, so daß man von der Absorption minoritärer „Pilotprojekte“ — vermittelt durch relevante Minderheiten — in die Mehrheitskultur und einer deutlichen Neuzentrierung des *common sense* sprechen kann. Diese beschränken sich mittlerweile keineswegs mehr auf die begüterten bürgerlichen Mittelschichten, sondern haben längst die proletarischen Lebenszusammenhänge erreicht (und zu ihrer Auflösung beigetragen!).

Der Anspruch auf Selbstveränderung polarisierte nicht allein die Normalgesellschaft, sondern führte auch in den linken „Avantgarden“ zu einem exemplarischen Konflikt: Anders als in der Traditionslinken, in der mittelalte berufstätige Männer dominierten und die die Teilung in „privat“ und „öffentlich“ faktisch respektierte, machten die Antiautoritären das im spätkapitalistischen Zusammenhang „verratene“ Private in einem antifunktionalen Affekt, als Unmittelbares, selbst zum politischen Thema und Kampfplatz. Alle nur denkbaren (Herr-

schafts-)Verhältnisse zwischen Generationen und Geschlechtern wurden zum Experimentierfeld einer nicht-autoritären Praxis. Als „Sozialismus in einem Haus“ ironisierten linke Kritiker dieses Vorhaben — was war eine befreite soziale und sexuelle Kommunikation in synthetischen Großfamilien gegen einen den ganzen Globus umspannenden Befreiungsprozeß der Völker? Die Gegenfrage lautete dann: Was war dieser ohne die Vorab-Revolutionierung der Revolutionäre?²⁵⁾

Daß mittlerweile der Abschied von der „geliebten Revolution“ (Daniel Cohn-Bendit) genommen worden ist, veranlaßt viele Akteure von 1968, den Sieg in dieser Niederlage zu ignorieren. Er besteht, wie gesagt, darin, daß die Gesellschaften zahlreiche antiautoritäre Impulse der Revolte angenommen haben und etwa im westlichen Deutschland die „autoritäre Persönlichkeit“ als Sozialcharakter eindeutig zurückgetreten ist. Diesen Erfolg zu verteidigen, heißt nicht bloß, liberalere Erziehungsstile auf den verschiedenen Ebenen gegen die im Zeichen der „Wende“ vorgenommene Schulgegenreform und ein neokonservatives „rollback“ zu schützen, sondern auch das allzu simple Konzept der „Selbstverwirklichung“ einer verfeinerten Dialektik von Autorität und Autonomie auszusetzen. „Autorität“ ist, autonomiefähigen Individuen gegenüber, ebenso vergänglich wie unvermeidlich²⁶⁾.

2. „Neue Politik“

Was die politisch-institutionelle Dimension von 1968 anbelangt, so schwankte die Protestbewegung damals zwischen einer republikanisch-bürgerrechtlichen Defensiv- und einer linksradikalen Offensivstrategie. Sie legte äußerst kritische Diagnosen des Zustands der liberalen Demokratien, der parlamentarischen Repräsentationsfunktion und der Außerkräftsetzung von Kontrollfunktionen durch Pressekonzentration, korporatistische Vertretung von Großinteressen und Volksparteimonismus vor — ohne dabei übrigens unbedingt *antiparla-*

²⁵⁾ Zu den antiautoritären „Quellen“ s. außer der bereits angegebenen Literatur: Subversive Aktion. Der Sinn der Aktion ist ihr Scheitern, Frankfurt 1978; R. Reiche, Sexualität und Klassenkampf, Frankfurt 1968; Kommune 2, Versuch der Revolutionierung des bürgerlichen Individuums, Berlin 1969; R. Langhans/F. Teufel, Klau mich, Berlin 1968, sowie die Auseinandersetzungen von Peter Brückner (Anm. 15) und Heide Berndt in: Kursbuch, (1967) 17.

²⁶⁾ In diesem Sinne R. Sennett, Autorität, Frankfurt 1986, und W. Gottschalch, Das Autoritäre im Antiautoritären, in: Freibeuter, (1986) 29, S. 48 ff. Zur Diskussion um die Persistenz bzw. Überholung autoritärer Charakter- und Persönlichkeitsstrukturen vgl. einerseits T. Schmid (Anm. 22), andererseits die Aufsätze von W. Kraußhaar und M. Brumlik in: H. Dubiel (Hrsg.), Populismus, Frankfurt 1987.

mentarisch zu sein. Man wird eher sagen können, daß die Neue Linke in ihrem melancholisch getönten Aparlamentarismus auf der Einlösung verfassungsmäßiger Bürgerrechte und Demokratieprinzipien insistierte, bevor sie angesichts des tatsächlichen Zustands der Verfassungswirklichkeit in darüber hinausreichende sozialistisch-kommunistische Transformationskonzepte einstieg. Das von vielen APO-Vertretern vorgeschlagene rätendemokratische Modell — in Frankreich in der Folge des Mai '68 von der „deuxième gauche“, also der linkssozialistischen Partei PSU bzw. Gewerkschaft CFDT auch unter dem Stichwort „autogestion“ in die Diskussion gebracht — belegt die Ambivalenz der damaligen „Fundamentalopposition“. Denn modern verstanden enthält dieser Selbstverwaltungssozialismus eine Menge partizipatorischer Impulse, die dem autoritären Verwaltungsstaat bzw. der politischen Technokratie Kompetenzen entziehen und dem mündigen Bürger das Politische zurückgeben. Als Dezentralisierungs-, Mitbestimmungs- und Selbstverwaltungsforderung ist der libertäre Anstoß von '68 überaus aktuell und implizit in allen Diskussionen über Bürgerbeteiligung, Volksabstimmung und Kommunalisierung der Politik präsent. Doch die sich „proletarisierende“ Protestbewegung rekurrierte damals zunehmend auf autoritäre, staatssozialistische Modelle, die die dialektische Einheit von Sozialismus und Demokratie mißachteten. Die Begeisterung vieler Antiautoritärer ausgerechnet für die chinesische Kulturrevolution — entstanden aus deren Kritik an der Teilung von Hand- und Kopfarbeit — und damit für ein hypertotalitäres politisches Regime belegt diesen selbstverschuldeten Rückfall in politischen Traditionalismus.

Die Neue Linke in ihrer Avantgardemanier hatte zu wenig Zutrauen in die Selbstgestaltungsfähigkeiten der Gesellschaft und in die Entwicklungschancen nachliberaler Regimeformen; dies bedingte ihre latente Neigung zu autoritären, ja zu erziehungsdiktatorischen Lösungen, die nur ihrer politischen Schwäche wegen nicht die Chance bekamen, sich praktisch zu verwirklichen. Der unzeitgemäße Avantgardismus der späten Protestbewegung deutet auf ein Manko von Beginn an hin: Dem sozialen, ästhetischen und übrigens auch technischen Modernismus²⁷⁾ entsprach ein politisch-institutioneller Traditionalismus, der letztlich für die politische Er-

folglosigkeit der Neuen Linken verantwortlich ist. Aus der erwähnten „Durchmischung“ politischer Milieus und Einstellungen profitieren vorerst allerorts die liberal-konservativen Vertreter der politischen „Mitte“, alliiert mit einem rabiaten Neoliberalismus angelsächsischen Typs. Dessen Gesellschaftstheorie, unverhohlener Besitzindividualismus und Leistungsideologie, greift die Befreiungswünsche der Menschen auf; das beste Exempel für diese Verdrehung ist die heute gängige Kritik am sozialdemokratischen Wohlfahrts- und Sozialstaat, die nur bei sehr oberflächlicher Betrachtung mit dem libertären Antietatismus und der Bürokratiekritik von links übereinstimmt.

Da der selbst altgewordenen Linken (bisher) aber ein massenattraktives Alternativkonzept fehlt, rückversichern sich Bürger als Wähler in einer Periode gegenwärtig eindeutig ansteigender Lebensrisiken und sozialer Unsicherheiten beim *juste milieu* der „Wende“-Regierungen, die ihnen den Anschein politischer Initiative und Führung erwecken. Von ihnen wird vor allem wirtschaftspolitische Kompetenz erwartet, das heißt aber unter anderem Besitzstandswahrung aus den „goldenen Jahren“ und, vertrackterweise, Garantie von Freiheits- und Beteiligungserrungschaften, die oftmals „68er Erbschaft“ darstellen. Aus diesem Verschiebungsprozeß hat sich im Lauf der letzten beiden Dekaden die widersinnig erscheinende Koexistenz „rot-grüner“ mit „schwarzen“ Gefühlen, Einstellungen und Erwartungen ergeben, die die heute wohl schon dominierenden Wertgemengelage in spätkapitalistischen Gesellschaften und den Eindruck zunehmender „Unübersichtlichkeit“ erzeugen²⁸⁾.

Die „Bewährungsprobe“ der 68er Tradition bestünde also darin, „Individualismus“ als hegemoniales Konzept anders zu bestimmen, als dies gegenwärtig in der schleichenden, gleichwohl forcierten sozialen Atomisierung und der rasanten Fragmentierung der Öffentlichkeit der Fall ist, also gegen die sozialdarwinistischen Kampfregeln und unkontrollierten „privaten“ Machtkonzentrationen in den westlichen Industriegesellschaften. Nichts Geringeres als die Rekonstruktion des Sozialen und die Erneuerung des Politischen stehen auf der Tagesordnung. Zu larmoyanter Resignation besteht dabei genausowenig Anlaß wie zu selbstzufriedenem Spätsiegertum.

²⁷⁾ Als ein Beleg unter vielen das „Gespräch über die Zukunft“ mit R. Dutschke, B. Rabehl und Chr. Semler, in: Kursbuch, (1968) 14, S. 146 ff. Geschichtsphilosophisch stand die Neue Linke um 1968 noch eindeutig in der progressistischen Tradition der sozialen Utopien. Hierin liegt ihre

gewisse „Veraltung“, aber auch ihre Stärke gegenüber rein ökologistischen, zivilisationspessimistischen und „postmodernen“ Argumentationsweisen heute.

²⁸⁾ Dazu etwa H. Hanolka, Schwarzrotgrün. Die Bundesrepublik auf der Suche nach ihrer Identität, München 1987.

Hermann Lübbe

Der Mythos der „kritischen Generation“

Ein Rückblick

I.

Väter mit schwachem Selbstgefühl neigen dazu, sich Illusionen über ihre Söhne zu machen. Das ist es, was in Deutschland bis heute verklärende Mythen über die Studentenbewegung in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre verbreitet sein läßt. Es lohnt sich, publizistischen Tendenzen der Verfestigung dieser Mythen zum maßgebenden historischen Urteil über die fragliche Episode entgegenzutreten.

Der erste dieser Mythen erzählt uns, erst die Studentenbewegung habe in unübersehbarer Weise auf Fälligkeiten der Hochschulreform aufmerksam gemacht und die entsprechenden administrativen und gesetzgeberischen Maßnahmen politisch erzwungen. Die historische Wahrheit ist: Nicht unter dem Druck verkrusteter Zustände hat sich die studentische Protestbewegung entfaltet, vielmehr inmitten einer sehr dynamischen Hochschulreformpolitik, die in ihren wirksamen Anfängen mindestens zehn Jahre älter war als diese Protestbewegung.

Die Fakten, die diese Behauptung belegen, sind den inzwischen ins Pensionärsalter eingerückten Aktivisten der Hochschulreform um die Wende der fünfziger zu den sechziger Jahren noch in Erinnerung. Im übrigen sind sie längst historiographisch aufgearbeitet. Man braucht sie nur zur Kenntnis zu nehmen. Exemplarisch verweise ich auf die Gründung des deutschen Wissenschaftsrats 1957. Die Reformempfehlungen dieses Rats verstaubten nicht in den Archiven. Die Zahl der Dozenten- und Assistentenstellen wuchs seit 1960 sprunghaft an. Sie wuchs sogar rascher als die Zahl der Studenten. Der Quotient beider Zahlen schrumpfte und die Ausbildungssituation verbesserte sich entsprechend. Gründungsausschüsse neuer Universitäten konstituierten sich — in Bochum und Dortmund, in Konstanz, in Regensburg und in Bielefeld. In Bo-

chum vergingen zwischen der Verabschiedung des Gründungsplans und der Eröffnung des Lehrbetriebs weniger als drei Jahre. Nur die Ahnungslosigkeit könnte im Rückblick finden, es hätte mehr und dieses rascher getan werden müssen.

Kapazitätserweiterungen, gewiß, waren damals nicht das einzige, was man von der Hochschulreform zu erwarten gehabt hatte. Aber auch insoweit bedurfte es der Provokation durch die Studentenbewegung nicht, um naheliegende Reformen akademischer Organisations- und Selbstverwaltungsstrukturen einzuleiten. Versuche, die Schwächen traditioneller Honoratiorenselbstverwaltung durch Professionalisierung zu stärken, wurden in Hessen bereits Anfang der sechziger Jahre eingeleitet. Fakultäten, die sich zu Übergrößen entwickelt hatten, wurden geteilt. Durch konzentrierte finanzielle und organisatorische Begünstigungen sollte die Hochschulforschung gefördert werden und durch die Reform von Laufbahnstrukturen der Forschernachwuchs. Es wäre unbillig zu erwarten, daß diese Maßnahmen in jedem Einzelfall ausgereicht oder sich als dauerhaft zweckmäßig erwiesen hätten. Die These ist lediglich die, daß es des Anstoßes der zweiten deutschen, nämlich akademischen Jugendbewegung nicht bedurfte, um die Hochschulreformpolitik überhaupt erst in Gang zu bringen. Um es zu wiederholen: Sie war längst, und zwar überaus dynamisch und wirksam, in Gang gekommen, als die Protestbewegung sich schließlich erhob. Diese Protestbewegung hat die Hochschulreformpolitik sekundär überlagert und dabei zugleich zum Schaden der deutschen Hochschulen verbogen. Von besonders gravierenden Schädigungen, die die deutschen Universitäten durch den skizzierten Überlagerungseffekt erlitten haben, wird später noch die Rede sein.

II.

Ein zweiter Mythos zur Verklärung der Studentenbewegung erzählt uns, sie sei eine Antwort auf die Unbereitschaft der Vätergeneration gewesen, sich ihrer nationalsozialistischen Vergangenheit zu stellen. Eine Oppositionsbewegung gegen die nachkriegsdeutsche Verdrängungspraxis — darum würde es sich somit gehandelt haben. Wahr ist, daß die Faschismus-Theorie in den ideologienpolitischen Prozessen der späten sechziger Jahre eine zentrale Rolle spielte. Wie die faschistischen Diktaturen historisch zu begreifen seien und unter welchen gesellschaftsformationellen Bedingungen ihre Wiederkehr definitiv ausgeschlossen sein würde — das sind allerdings zentrale Fragen damaliger studentischer Theorie- und Textproduktion gewesen.

Nichtsdestoweniger kann gar keine Rede davon sein, daß moralische Empörung über verdrängungsbeflissene Schweigsamkeit der Väter die unbestreitbare Renaissance der Faschismustheorien im Kontext der Studentenbewegung bewirkt hätte. Das aktuelle Phänomen individuell gezielter biographischer Vergangenheitsaufdeckung in anklagender Absicht spielte in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre in der deutschen Öffentlichkeit, von seinem gehörigen Ort in juridischen Prozessen abgesehen, kaum eine Rolle, und auch die studentische Professorenenkritik hatte ihr Hauptobjekt keineswegs in den braunen Biographieanteilen der damals noch zahlreich amtierenden Alt-Nazis unter den Dozenten. Man darf nicht vergessen: Das Ende des „Dritten Reiches“ lag gerade erst zwanzig Jahre zurück, und in der akademischen Öffentlichkeit einschließlich ihres studentischen Anteils pflegte man doch zu wissen, wer unter den älteren Professoren der nationalsozialistischen Bewegung verbunden gewesen war und wer, auf der anderen Seite, zur inneren Opposition, ja zum Widerstand gehört und ein Emigrantenschicksal hinter sich hatte. Es wäre somit gegenstandslos gewesen, die vom nationalsozialistischen Aufbruch geprägten Verlautbarungen des Rektors Martin Heidegger in individuell adressierter anklagender Absicht hervorziehen zu wollen, und so in den weniger prominenten Fällen desgleichen. Man kannte das doch, die wachen und interessierten Studenten zumal, und die Aufarbeitung der Details und ihre angemessene politische Einschätzung überließ man der historischen Forschung.

Kurz: Endlich einmal über das zu reden, was zuvor vermeintlich beschwiegen gewesen wäre — das war

schlechterdings nicht der dominante Impuls der Studentenbewegung. Um einen Aufstand jugendlicher Moralisten angesichts der Verdrängungsbeflissenen ihrer Väter handelte es sich nicht. Worum handelte es sich? Das ausgeprägte faschismustheoretische Interesse der damaligen Jahre erfüllte vor allem die ideologienpolitische Funktion einer Delegitimierung des gesellschaftspolitischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Die damals in der Studentenbewegung kultivierte Faschismustheorie war ja keineswegs ein Resultat mühseliger historischer Forschung. Das Interesse an ihr war nicht das Interesse, zur Kenntnis zu nehmen, wie es wirklich gewesen war, und aufzudecken, was ohne historische Spezialstudien der Öffentlichkeit hätte unbekannt bleiben müssen. Die Absicht war, nachzuweisen, daß die Wurzeln des Faschismus im Gesellschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland nicht ausgerottet, vielmehr konserviert und lebendig geblieben seien. Um diesen Nachweis zu führen, bedurfte es gar nicht des Rekurses auf die moralische oder ideologische Binnenbefindlichkeit irgendwelcher individueller Alt- oder auch Neofaschisten. Es genügte herauszustellen, daß mit dem sogenannten Dritten Reich nicht zugleich auch der Kapitalismus untergegangen war, und ohne Kapitalismus kein Faschismus. Faschismus — was war das denn? Es war die terroristische Form der Selbstverteidigung des kapitalistischen Systems im Horizont seines drohenden Untergangs. So hatte es, im Zeitalter des Frühstalinismus, Dimitroff gelehrt, und die tätige Aneignung dieser Lehre war die Quintessenz des Antifaschismus der Studentenbewegung. „Wer vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen“ — dieser verblüffende Satz Max Horkheimers ist ein Schlüsselsatz fürs Verständnis der Renaissance der Faschismustheorie im Zusammenhang der Studentenbewegung, und nicht zufällig begegnet er uns im Schrifttum der damaligen Jahre immer wieder in mottohafter Zitation.

Um es zu wiederholen: Der Anti-Faschismus der Studentenbewegung war nicht eine moralisch-kritische Aneignung vermeintlich verdrängter Väter-Vergangenheit; er war ein Medium ideologienpolitischer Delegitimierung des Systems der Bundesrepublik durch Erhebung des fortdauernden Kapitalismus zum wichtigsten Faktor in den Voraussetzungen des Faschismus. Aus der Perspektive dieses Ideologems war man damals auch gar nicht sonder-

lich interessiert, den politischen Repräsentanten der Bundesrepublik Deutschland Verdrängungsbeflissenheit nachzuweisen. Das hätte für die antifaschistischen Fälligkeiten, wie sie im Horizont jener Faschismus-Theorie definiert waren, nicht das mindeste hergegeben. Daß die Gründer-Väter der Bundesrepublik auf ihre bürgerliche oder auch sozialdemokratische Weise in Opposition zum Nationalsozialismus gestanden hatten und standen, lag doch auf der Hand. Die Verfassung der zweiten deutschen Demokratie war ersichtlich eine Verfassung bürgerlich-liberaler und sozial-staatlicher, aber eben nicht sozialistischer Prägung. Nicht wenige Landesverfassungen, wie zum Beispiel die bayerische, vollzogen die Absetzung vom Nationalsozialismus bis in ihre Präambel hinein ausdrücklich, und mit rezenten Antisemitismen gar hätte niemand sich hervortun können, ohne sich unmöglich zu machen.

Aber was hätte das alles und weiteres mehr aus der Perspektive der damals im jungakademischen Intellektuellenmilieu revitalisierten, frühstalinistischen Faschismus-Theorie bedeuten können? Der Erz-makel seiner kapitalistischen Prägung war doch vom deutschen Gesellschaftssystem auch im Akt der Gründung der Bundesrepublik unabgewaschen geblieben, und das genügte, ihm eine auch nach dem Untergang des Nationalsozialismus verbliebene faschistoide Prädisposition zuzusprechen. „Hilfloser Antifaschismus“ — so lautete daher der einschlägige Kommentar zur bemühten Art deutscher Universitäten, die bereits in der ersten Hälfte der sechziger Jahre in eigenen Vorlesungsreihen

ihre Verwicklungen in den Nationalsozialismus aufzuarbeiten begonnen hatten. Selbst Widerständler, ja Opfer nationalsozialistischer Terrors mußten sich daher, soweit sie ihren Widerstand nicht in marxistischer Orientierung geleistet hatten, gefallen lassen, „objektiv“ den faschistischen Wirkungszusammenhängen zugerechnet zu werden. So geschah es zum Beispiel, wie man sich erinnert, den Geschwistern Scholl und ihren Freunden. Akademische Feiern zu ihrem Gedenken wurden gestört, und uneingeschränkte Zustimmung fand nicht die schlichte Tapferkeit im Widerstand gegen das manifeste gemeine Unrecht, vielmehr einzig erwiesene Orthodoxie in den ideologischen Prämissen des Widerstands.

Man erkennt: Der hier kritisierte Mythos, die Studentenbewegung repräsentiere in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland die erste Generation, die zur Aufarbeitung nationalsozialistischer Vergangenheit vorbehaltlos bereit gewesen sei, ist kein folgenloser Mythos. Er vollzieht auf seine Weise die Delegitimierung der Gründungs- und Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland durch Unterstellung unzureichender Ernsthaftigkeit im Willen zur Abkehr vom nationalsozialistischen Unrechtssystem mit. Er anerkennt überdies den Antifaschismus der Studentenbewegung, der in seinem linken Kern nichts anderes als ein wiederbelebtes ideologisches Konstrukt totalitären, nämlich frühstalinistischen Ursprungs war, als Ausdruck eines endlich gewonnenen, zustimmungspflichtigen und anerkennungsbedürftigen Verhältnisses junger Deutscher zum Nationalsozialismus.

III.

Ein dritter Mythos erzählt uns, erst durch wirksame Einforderungen der Studentenbewegung sei es auch an den deutschen Hochschulen möglich geworden, Gelegenheiten zum Studium marxistischer Traditionen einzurichten. Das klingt plausibel: Marxistische Orientierungen hatten ja in der Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland in der Tat keine erhebliche, jedenfalls eine sich fortschreitend abschwächende Rolle gespielt. Die Kommunisten verschwanden mangels Wählerzustimmung rasch aus den Parlamenten, wurden schließlich sogar, wie ihr rechts-radikales Pendant, durch Verfassungsgerichtsurteil verboten, und was in der großen theoretischen Tradition der Sozialdemokratie noch an Elementen kautskyanisch geprägter marxistischer Orthodoxie verblieben war, wurde im Godes-

berger Programm von 1959 zu einem Element historischen Andenkens herabgestuft. Dem entsprach, daß auch in den akademischen Räumen das Interesse an der Aufarbeitung marxistischer Theorie nicht von ausgeprägter Art war.

Nichtsdestoweniger ist es Geschichtsklitterung, daß in den fünfziger Jahren den Studenten Gelegenheiten zu Marxismus-Studien, womöglich systematisch und politisch gezielt, vorenthalten gewesen wären. Als Dementi dieser historisch schlicht unzutreffenden These zitiere ich exemplarisch einige Fakten aus eigenen frühen Studien- und Dozentenjahren. In Freiburg im Breisgau war Wilhelm Szilasi mein Doktor-Vater, wie man damals sagte, gewesen.

Dieser war immerhin seinerzeit Sekretär bei Georg Lukács gewesen, als dieser im Revolutionsregime Bela Kuns als Kultusminister amtierte. So hatten wir also, sogar in der Sonderbeglaubigung autobiographischer Vermittlungen, als Freiburger Studenten reichlich Gelegenheit, kommunistische Bewegtheiten einschließlich ihrer sie inspirierenden theoretischen Quellen zu studieren. So geschah es, sozusagen als Komplementärprogramm zum Studium der Philosophie Martin Heideggers, in Freiburg im Breisgau bereits um die Wende der vierziger zu den fünfziger Jahren. Dabei war allein an diesem Ort Wilhelm Szilasi keineswegs der einzige Vermittler von Kenntnissen des Marxismus aus seinen Quellen. Robert Heiss zum Beispiel hielt damals seine sehr wirksam gewordenen Vorlesungen, die uns über die Herkunft der marxistischen Theorie aus der Philosophie des sogenannten Deutschen Idealismus unterrichteten. Heidegger höchstselbst widersprach solchen Studieninteressen gar nicht, erhob sie sogar noch in einen höheren philosophischen Rang, indem er den real herrschenden Marxismus zu einem Teil der „Seinsgeschichte“ erklärte. In Frankfurter Assistentenjahren bald darauf blieben im Studium bei Adorno auch dann, wenn man seine Ästhetik und Musik-Theorie für den interessanteren Teil seines Werks hielt, gesellschaftstheoretische Analysen marxistischer Inspiration eindrucksvoll, und bei Horkheimer nicht minder seine Transformation des Marxismus in ein Medium großbürgerlich-intellektueller Selbstkritik.

Wer dann in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre am politischen Geschehen in der Bundesrepublik Deutschland Anteil nahm, konnte ohnehin nicht umhin, sich für die Auseinandersetzungen mit den marxistischen Traditionen zu interessieren, die der Beschlußfassung des neuen Programms durch die SPD 1959 in Bad Godesberg vorausgingen. Bis in die Volkshochschulen und Akademien hinein war damals die Auseinandersetzung mit dem Marxismus ein aktuelles Thema — in den Hochschulen sowieso, und als junger Dozent bot ich dann selber Übungen und Vorlesungen an, die vom frühen Marx bis zum späten Lenin und von Karl Kautsky bis zu Benedict Kautsky zum Studium der Klassiker und ihrer Kritiker einluden. Keine akademische Oberbehörde schritt ein, ja man ermunterte solche Lehrangebote. Wieso denn auch nicht? Schließlich wurde inzwischen mehr als ein Viertel der Menschheit im Namen des Marxismus regiert und mußte daran glauben. Was immer man über die deutsche Nachkriegsuniversität sagen mag — jener Borniertheit, die nötig gewesen wäre, das Studium einer

Doktrin von manifester weltgeschichtlicher Bedeutung zu inhibieren, war sie denn doch nicht fähig, und die administrativen, gar rechtlichen Mittel dazu hätten ihr ohnehin nicht zur Verfügung gestanden.

Zusammengefaßt heißt das: Zu den akademischen Voraussetzungen der Studentenbewegung gehört gerade nicht der unterdrückte, in den Giftschrank gefährlicher Lehren verbannte Marx, vielmehr der allbekannte Marx. Soeben noch, sagen wir im November 1966, hatten die eigenen Studenten eine Seminararbeit über Lenins „Staat und Revolution“ geschrieben, und nunmehr, nur ein Jahr später, tagten sie in Vollversammlungen unter Lenin-Bildern und faßten Resolutionen, die als sinnvoll einzig unter der Voraussetzung gelten konnten, daß Lenin mit seinem Traktat von 1917 recht gehabt hatte, ja im wesentlichen unverändert auf die eigene Lage anwendbar war.

Das also war der Zusammenhang: Man forderte nicht etwa vermeintlich vorenthaltene Gelegenheiten zum Studium wichtiger Leute ein, sondern man nahm deren Theorien, die die wachenden Studenten längst kannten, verblüffenderweise plötzlich ernst und verlangte die Transformation des akademischen Katheders zur politischen Tribüne. Nicht ausgreifende theoretische Interessen, nicht Wirklichkeitshunger und nicht gesteigerte Rezeptionslust prägten die intellektuelle Anmutungsqualität der Studentenbewegung, sondern ideologische Suche nach dem Punkt, aus dem sich die Welt kurieren läßt. Einheit von Theorie und Praxis — das war die Parole, und als der krude Kern dieser Parole enthüllte sich alsbald jene intellektuelle Selbstprivilegierung, die es einem — nachdem man die richtige Theorie endlich gefunden hat — gestattet, an der Nichtübereinstimmung mit ihr den politischen Feind zu erkennen. Nicht um die Mehrung pluralistischer Liberalität auch in den akademischen Räumen war es zu tun, vielmehr um die Eroberung jener Majoritäten, die es möglich machen, Minderheiten nach den Regeln der Volksfrontlogik zu behandeln.

Das klingt reichlich dramatisch, und wahr ist, daß außerakademisch das politische Leben in der Bundesrepublik Deutschland von solchen Erscheinungen kaum berührt worden ist. Aber innerakademisch haben sie doch ganze Fachbereiche nachweislich bestimmt, und einige bedeutungslose Relikte dessen sind für das geschulte Auge des politischen Paläontologen auch heute noch identifizierbar.

IV.

Ein vierter Mythos erzählt uns, die Studentenbewegung habe als Beitrag zur nötigen Emendation der demokratischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland gewirkt. Wahr ist, daß man im Kontext der Studentenbewegung plötzlich sich Fähigkeiten entwickeln sah, über die sich politische Partizipationschancen verbessern. Rhetorische Talente traten hervor, auf die man angewiesen ist, um sich in den Emotionsstürmen von Vollversammlungen behaupten zu können. Geschäftsordnungsroutiniers nutzten zweckrational die Skrupelhaftigkeit von Subjekten residualen Respekts vor juristischen Formen meisterhaft aus. Die Bereitschaft zum selbstlosen politischen und sozialen Engagement war ausgeprägt. Um es in der Sprache der ersten deutschen Jugendbewegung zu sagen: Die Anmutungsqualität der zweiten, akademischen deutschen Jugendbewegung war „idealistisch“.

Unübersehbar ist überdies das demokratietheoretische Vokabular in der Selbstverständigung der Studentenbewegung. Aber man darf doch nicht vergessen: Zur Geschichte der Demokratie gehören nicht nur die Ideale liberaler Demokratie, vielmehr die Ideale identitärer, nämlich totalitärer Demokratie desgleichen, und im Rückblick scheint mir die Studentenbewegung von den Grundsätzen identitärer Demokratie ungleich stärker geprägt gewesen zu sein als von Vorstellungen liberaler demokratischer Ordnung. Man kann dasselbe auch so ausdrücken: Nicht die Verbesserung der Verfahrensformen von Parlament, Regierung und Rechtssystem standen auf der Tagesordnung, vielmehr die Evokation und Inanspruchnahme des irrisistiblen Volkswillens, wie er sich in der unwidersprechlichen Hundertprozentmajorität spontaner und daher formal ungebundener Vollversammlungen und Volksversammlungen bekundet.

Kurz: Ich habe die akademische Jugendbewegung nicht zuletzt als eine antiparlamentarische Bewegung wahrgenommen. Als signifikanten Beleg zitiere ich einen in der Frühzeit der Studentenbewegung einflußreichen, prominenten Theoretiker, der 1969 fand, „die Einrichtungen einer verwirklichten Demokratie“ würden sein „wie verschwebende Netze, aus zerbrechlichster Intersubjektivität gewoben“. Wohl gemerkt: Von den *Einrichtungen* einer künftigen, erst wahrhaft verwirklichten Demokratie ist hier die Rede. Vom Kitsch-Aspekt jener Formulierung einmal abgesehen — man fasse aus ihrer Perspektive die Wirklichkeit des britischen Parla-

ments ins Auge, oder auch die Verfahrenspraxis kantonaler Landesgemeinden in der Schweiz. Es ist evident: Unmeßbare Abstände trennen diese alten Demokratien und ihre Verfahrenspraktiken von diesem neudeutschen Demokratie-Ideal. Genauer gesagt: Die Orientierung an diesem Ideal müßte, anstatt die bestehenden Einrichtungen real existierender Demokratien zu verbessern, auf diese zerrüttend wirken. Enthusiasmiert von diesem Ideal scheuten selbst bekannte deutsche Professoren sich damals nicht, beim Blick auf die Grenzen zum Beispiel die erwähnte Schweiz „ein ganz undemokratisches Land“ zu nennen.

Politisches Schwärmertum eher denn Engagement bei mehrheitsfähigen pragmatischen politischen Zwecken prägte damals die jugendbewegte akademische Sphäre. Bis in Kleinigkeiten hinein ließe sich nachweisen, daß der Sinn für die Erfordernisse des politischen Lebens im System liberaler Demokratie damals nicht erstarkte, vielmehr schwächer wurde. Worum handelte es sich denn sonst, wenn man das Recht des politischen Mandats für zwangskörperschaftlich verfaßte Studentenschaften, statt für verfassungswidrig, für erlaubt, ja für demokratisch geboten hielt? Wie mußte man orientiert sein, um die sogenannte Drittelparität, die in Wahrheit eine pseudodemokratische, überdies ständeromantische und verfassungswidrige Posse war, für ein Erfordernis aus Demokratisierungsgeboten halten zu können?

Alle Feinde der Weimarer Republik haben bekanntlich diese mit dem Vorwurf zu delegitimieren versucht, sie sei das System einer „bloß formalen“ Demokratie. Im Kontext der akademischen Studentenbewegung wurde dieser Formalismus-Vorwurf plötzlich wieder lebendig. In der Realität bedeutete das Selbstergreifung des Rechts zum Verfahrens- und Regelverstoß. Die Selbstermächtigung zur Gewalt suchte und fand ihre sie ermöglichende radikaldemokratische Theorie. Es ist ja gewiß unbestreitbar, daß in dramatischen Ausnahmefällen auch die Demokratie zu Mitteln der Selbstverteidigung greifen muß, die in Normallagen gewährleistetester Integrität der demokratischen Verfahrensordnungen niemandem zur Verfügung stehen. Aber die Bundesrepublik — sagen wir, der Jahre zwischen 1967 und 1972 — für ein System gehalten zu haben, das in formaldemokratischer Selbstbindung der Politik sich nicht mehr entwik-

keln lasse: das bezeugte weniger demokratische Sensibilität als mangelnde politische Urteilskraft.

In Teilen der Studentenbewegung schwand der Sinn dahin, daß im Normalfall gerade die Demokratie ihren Bestand in der Integrität ihrer Verfahrensordnungen hat. Die ungenierte, demonstrative Verletzung der Verfahrensnormen wurde alsbald aber geradezu zum Signum der Studentenbewegung. Das begann mit gelinder Aggression gegen die Regeln bürgerlicher und akademischer Gesittung, die nicht einfach vertraute akademische Rüpelhaftigkeit, vielmehr politisch gezielte Schikane war. Alltagsterrorismen in der Absicht, Subjekte mit schwachen Nerven in Irritation zu versetzen, wurden phantasiervoll ausgedacht und praktiziert — von der Einschüchterung ganzer Familien durch die Telefonandrohung von Säureattentaten gegen hübsche Töchter bis zur effektiven Aufhebung der Freiheit der Lehre durch Aktionen der Dauerstörung mißliebiger Dozenten.

Ich erinnere an diese Vorgänge nicht, weil ich ihr politisches Gewicht im Rückblick immer noch für erheblich einschätzte oder damals dafür gehalten hätte. Es ist wahr: Den Zustand der Republik hat all das nur wenig berührt. Aber die akademischen Institutionen hat es berührt, und daß man außerhalb der Hochschulen, wo ich mich seinerzeit aufhielt, von diesen Aktivitäten kaum berührt und betroffen war, sollte auch im Rückblick nicht dazu verführen, sie nicht für widerspruchsbedürftig zu halten. Es will mir noch im nachhinein als Vorgang der Selbsttäuschung vorkommen, daß man eine Generation zur „kritischen Generation“ zu ernennen vermochte, die abermals, enthusiastisch durch eine große Lehre, aufbrach, sich in Zwölferreihen im Geschwindmarsch unter roten Fahnen und Führerbildern durch die Hauptstraßen von Universitätsstädten bewegte, die Augen gläubig irgendwelchen theoriegeborenen Idealen zugewandt. Ältere Deutsche, die erst wenige Jahre zuvor aus der von den

Nazis erzwungenen Emigration zurückgekehrt waren, sind im Anblick dieser Bewegtheit in Tränen ausgebrochen — nicht, weil sie die 68er Generation für Neo-Nazis gehalten hätten, sondern weil das Behaviour unverkennbar neototalitär war. Man hatte es, insoweit, nicht mit einer „kritischen Generation“ zu tun. Eher trifft die gegenteilige Kennzeichnung den Nagel auf den Kopf.

Die Reihe analoger Mythen ließe sich über die skizzierten vier Mythen hinaus erheblich verlängern. Es erübrigt sich, das hier zu tun. Es bleibt lediglich noch hinzuzufügen, daß ich mit meinem Widerspruch gegen die genannten Mythen nicht den Anspruch verbunden habe, ein umfassendes Erinnerungsbild der Studentenbewegung gegeben zu haben. Es kam mir lediglich darauf an, die zitierten Mythen als Mythen zu kennzeichnen, und ich habe mich entsprechend auf Erinnerungen beschränkt, die dazu geeignet sein mögen.

Wenn die fraglichen Mythen denn nichts als Mythen sind — was war es dann, was sie die öffentliche historische und politische Meinung über die Studentenbewegung bis heute so wirksam hat prägen lassen? Zur Beantwortung dieser Frage wiederhole ich meine Eingangsthese: Es ist die Schwäche des deutschen demokratischen Selbstgefühls, die die Älteren, komplementär zu ihrer wohlbegründeten Bereitschaft zur Selbstkritik, dazu verführt, das neue und bessere, nämlich demokratische Deutschland in den Köpfen und Herzen der jeweils Jüngeren unausrottbar verwurzelt zu sehen, und das eben selbst dort noch, wo der unbefangene Blick — nächst demokratisch indifferenten Rüpelzenen — neue ideologische Aggressivitäten, heilsgläubige Fanatismen, Rechts- und Verfahrensmißachtung, Kleinterror, allerlei Selbstermächtigung zur Gewalt, Maschinenpistolenromantik, Fahnen seligkeit, politische Ikonenverehrung und Spruchbandglauben sich betätigen sah.

V.

Nach den vier Mythen, über die wir uns in deutscher herkunftsschwächebedingter Geneigtheit, in der Jugend den politisch gereiften Teil unserer Bürgerschaft zu erblicken, die zweite deutsche, nämlich akademische Jugendbewegung als zustimmungsfähigen, ja zustimmungspflichtigen Teil unserer jüngeren Vergangenheit zurechtzulegen pflegen, habe ich nun noch ankündigungsgemäß auf einige Scha-

densfolgen zu verweisen, die diese Jugendbewegung, indem der politische Widerspruch gegen sie zu schwach blieb, ausgelöst hat. Im Vergleich mit den wirtschaftlichen und ökologischen, sicherheits- und menschenrechtspraktischen Problemen, die heute auf der nationalen und internationalen Politik lasten, handelt es sich dabei gewiß um Schäden von äußerst geringer Größenordnung. Aber in einem

bilanzierenden Rückblick auf die Studentenbewegung darf man sie nicht unerwähnt lassen. Das gebietet auch der Respekt vor denjenigen, die bis heute unter diesen Folgeschäden zu leiden haben.

An erster Stelle möchte ich Folgeschäden eines überzogenen Reformtempo erwähnen, zu dem sich die verantwortlichen politischen und administrativen Instanzen unter dem Druck studentischer Forderungen damals haben verführen lassen. Bei der deutschen Beflissenheit, im Zug der Zeit nur ja möglichst weit vorn zu sitzen, muß man damit rechnen, daß gefragt wird, ob es denn überhaupt ein überzogenes Tempo in der Erfüllung berechtigter Reformforderungen geben könne. In Wahrheit liegen die Dinge so — jeder Betriebswirt oder Organisationssoziologe, auch jeder in Wirtschaft und Verwaltung Erfahrene weiß das —, daß das maximale Tempo der Annäherung an grundsätzlich erstrebenswerte Ziele mit dem optimalen Tempo höchst selten identisch ist. Es traf ja zu, daß, im internationalen Vergleich, das deutsche Hochschulsystem nicht zuletzt auch in personeller Hinsicht entwicklungsbedürftig war. Das leugnete bereits in den fünfziger Jahren niemand; in den frühen sechziger Jahren hat man, wie ich dargestellt habe, daraus die Konsequenzen gezogen, und es bedurfte des Anstoßes der Studentenbewegung nicht, um diese vernünftigen Reformen in Gang zu setzen. Indem man aber, wie geschildert, sich diese Bewegung als eine von grundsätzlich berechtigten Reformforderungen getragene Bewegung zurechtlegte, glaubte man zu ihrer Beruhigung durch ein forciertes Reformtempo beitragen zu sollen: Exekutieren wir die Hochschulreform, und zwar möglichst in allen Teilen, jetzt — dann werden die Demonstranten von den Straßen verschwinden, ja uns Beifall spenden, und zwar am ehesten derjenigen Partei, die im Reformgeschwindigkeitswettbewerb die Nase vorn hat.

Das war die Erwartung, von der damals in nicht wenigen Ländern Regierungen, Landtagsfraktionen und Koalitionen sich leiten ließen — zum Beispiel auch in der massenhaften Neubesetzung neu geschaffener akademischer Dienstposten. Dabei hätte jeder gestandene Verwaltungsmann, Personalabteilungschef zumal, sagen können — und mancher hat es gesagt —, daß man in Hochschulen wie in Verwaltungen beim Stellenzuwachs wie bei der Stellenbesetzung temporal auf einen ausgewogenen Aufbau der Alterspyramide der Beschäftigten achten muß. Just dieser Grundsatz wurde bei der Massenernennung und Massenbeförderung zumeist jüngerer Wissenschaftler sträflich vernachlässigt

— mit der bis heute nachwirkenden, überaus mißlichen Konsequenz, daß nach dem unvermeidlicherweise eingetretenen Stopp der Stellenvermehrung dem nunmehr antretenden Wissenschaftlernachwuchs wie nie zuvor in der deutschen Hochschulgeschichte die Karrierechancen verdorben sind. Bedienung der Protestgeneration auf Kosten späterer Generationen — darum handelte es sich. Im Widerspruch gegen alle bewährten Grundsätze des Verwaltungshandelns, in offener Verletzung von Ansprüchen der Gerechtigkeit, deren gegenwärtige Beachtung man den nachrückenden Generationen schuldig gewesen wäre, bestimmte die Beflissenheit in der Erfüllung lästiger, weil in lautstarken Protesten erhobener Forderungen das Handeln der Verantwortlichen. Es war, um es kraß zu sagen, ein unverantwortliches Handeln aus Feigheit, und die Erhebung der lästigen Protestler in den moralischen Rang einer „kritischen Generation“ diente dieser Feigheit als Feigenblatt. Die Schäden, die das deutsche Wissenschaftssystem durch die skizzierten personalpolitischen Folgen des überzogenen Tempos seiner Entwicklung erlitten hat, werden, wie man leicht erkennt, noch lange nachwirken. Die Lasten haben vor allem die gegenwärtigen jüngeren Wissenschaftler zu tragen, und Notmaßnahmen von der Art des verdienstvollen Fiebinger-Programms reichen evidenterweise als Kompensation der fraglichen Schäden, die das deutsche Hochschulsystem erlitten hat, nicht aus.

Geschädigt wurden die deutschen Universitäten auch durch einen entpragmatisierten Selbstverwaltungsstil, in den sich die Bewegtheit der Studentenbewegung, Teile der Professorenschaft schließlich ergreifend, alsbald umsetzte. In der inzwischen eingetretenen Ernüchterung mag man zur angemessenen Reaktion des Kopfschüttelns auf die Tatsache wieder fähig sein, daß in den siebziger Jahren manche Universitäten einen halben Arbeitstag pro Woche, einige Universitäten sogar einen ganzen, exklusiv für Gremiensitzungen reservierten und Vorlesungen und Übungen an diesem Tag ausfallen ließen. Selbstverständlich war dabei nicht etwa der Samstag Gremientag, vielmehr in Anpassung an die Usancen des tarifvertraglich geregelten Arbeitslebens wirklich ein gewöhnlicher Arbeitstag, an welchem man zu studieren und zu forschen gehabt hätte. Es gewänne Züge der Lächerlichkeit und es wäre zugleich eine verblüffende Ausdeutung der Verfahrenskonsequenzen von Demokratisierungsprozessen, wenn man vermeinte, es sei doch eine schlichte und gerechtfertigte Konsequenz der Selbstverwaltungsrechte von Körperschaften, wenn

sie ein Fünftel ihrer Gesamtbetriebszeit, statt unmittelbar ihren studien- und forschungspraktischen Zwecken, der Selbstdarstellung ihrer Autonomie widmen.

Selbstverwaltung als Palaver — das ist der harte Kern dieser Unglaublichkeit, in der man vermeinte, in der Gesamtheit aller Universitätsmitglieder einen ganzen Tag für diskursive Erörterungen und Beschlußfassungen darüber nötig zu haben, wie an vier übrigen Betriebstagen in Orientierung am Betriebszweck zu arbeiten sei. Dabei hat dieser Selbstverwaltungsexzess damals nicht nur intern die Hochschulen geschädigt. Er hat in nicht wenigen Fällen auch in der Außenwirkung ihr Ansehen lädiert. Die steuerzahlende Bürgerschaft war doch wohl anzunehmen berechtigt, daß die Hochschulen, wie andere mit Selbstverwaltungsrechten ausgestattete Körperschaften auch, sich in ihrer Selbstverwaltungspraxis im wesentlichen um ihre eigenen Angelegenheiten kümmern würden.

Statt dessen sah sich nun die Öffentlichkeit mit Resolutionen von Fakultäten konfrontiert, die sich wider die Repression baskischer Arbeiter durch das Franco-Regime richteten oder, zum ideologischen Ausgleich, auch wider die Niederknüppelung Danziger Werftarbeiter auf Veranlassung der regierenden polnischen Kommunisten. Nicht, daß Bekundung der Solidarität mit Unterdrückten in anderen Ländern und Systemen nicht ihre Nötigkeit und auch Zweckmäßigkeit hätte. Aber der Mangel an Urteilskraft, auf die man angewiesen gewesen wäre, um erkennen zu können, auf wen wessen Protestresolutionstelegramme Eindruck zu machen geeignet sind — dieser Mangel war in den allermeisten Fällen das auffällige Kennzeichen solchen gesinnungstüchtigen Polit-Aktivismus. Gelegentlich wurde damals sogar der Anspruch erhoben, die Universitäten hätten sich zur Komplettierung der drei Staatsgewalten in eine vierte, nämlich in die Gewalt der Kritik zu verwandeln. Nicht, daß Auskünfte über das, was der Fall ist, wie wir sie von der Wissenschaft erwarten, zumal im Kontrast zu verbreiteten Vorurteilen, nicht auch ihre kritische Bedeutung hätten. Aber die Idee, die damals sogar in gedruckter Gestalt aufschien, die Universität könne sich als jene Instanz kritischer Vernunft etablieren, deren praktischem Urteil das öffentliche Leben einschließlich der Politik zu unterwerfen wäre, mußte das Ansehen der Hochschulen durch die Hypertrophie dieses Anspruchs schädigen.

Tatsächlich ist damals die Distanz zwischen dem akademischen und dem sonstigen öffentlichen Le-

ben, die in Deutschland ohnehin schon über nötige Maße hinaus groß gewesen war, noch in ungueter Weise vergrößert worden. Auch heute noch wird der außeruniversitär tätige Besucher unserer Hochschulen in diesen immer wieder einmal mit Szenen konfrontiert, die eine subkulturelle Anmutungsqualität haben. Auch heute noch gibt es im Studienmilieu Nester randgruppenhafter Befindlichkeiten, die der Kultur emotionaler Distanz gegenüber dem Rest des gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Lebens dienen. Entsprechend schwer fällt hier der Absprung vom akademischen ins berufliche Leben. Die Studienzeiten werden hier grotesk überdehnt und der Bürgersinn der Daueraufenthalter in den erfahrungsverdünnten akademischen Räumen zeigt Entwicklungsschäden.

Als weitere Schadensfolge der Studentenbewegung möchte ich abschließend gewisse Devianzen vom Mittelweg liberaler Demokratie erwähnen. Der Antiparlamentarismus des zitierten professoralen Ideals, „die Einrichtungen einer verwirklichten Demokratie“ „wie verschwebende Netze“ „aus zerbrechlichster Intersubjektivität“ zu weben, ist in seiner vollendeten Wirklichkeitsfremdheit leider nicht eine akademische Skurrilität geblieben. Das traditionsreiche deutsche Unverständnis des liberalen Sinns parlamentarisch-demokratischer Institutionen sitzt tief, und aus diesem Unverständnis nährt sich ein residualer Antiliberalismus jugendbewegter Herkunft bis heute. Der schwärmerische Polit-Ekel vor der liberal-demokratischen Zumutung, institutionell Mehrheit vor jener Wahrheit, als deren Repräsentanten man sich selber weiß, gelten lassen zu sollen, der von diesem Ekel erfüllte Formalismus-Vorwurf an die Adresse der verfahrensrechtlich sich bindenden politischen, administrativen und juristischen Entscheidungsinstanzen, der verbreitete Mangel an Institutionentreue somit und die Neigung zur Bewunderung aktiver Verfahrensverächter als Zeitgenossen und Bürger höherer moralischer Sensibilität — das alles sind Spätfolgen jenes politromantischen Aufbruchs, als den sich mir insoweit die Studentenbewegung im Rückblick darstellen will.

Sogar die doch zunächst einmal ganz unverfängliche, ja zustimmungspflichtige politische Demokratisierungs-Forderung hat von da her einen bis heute nachwirkenden Stich ins Romantisch-Totalitäre erhalten. „Demokratisierung aller Lebensbereiche“ — das ließe sich ja unter Bürgern mit gefestigtem Sinn für die institutionellen Bedingungen der Freiheit durchaus hören. Den Stich ins Totalitäre, den

diese Forderung nicht zuletzt durch die Studentenbewegung und die sie prägenden Ideologien erhalten hat, schmeckt man, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Fortschritte in der verfassungspolitischen Sicherung unserer Bürger- und Menschenrechte seit der Aufklärung doch nicht zuletzt Fortschritte in der Ausweitung derjenigen Lebensbereiche gewesen sind, die wir gerade nicht zur Disposition von Mehrheitsentscheiden gestellt wissen möchten und die man daher auch in genau diesem Sinne nicht demokratisieren kann.

Eine demokratische Bewegung — das war die Studentenbewegung gewiß. Aber Demokratiekon-

zepte des identitären, das heißt in der realen Auswirkung totalitären Typus spielten nachweislich in ihr eine ideologiepolitisch nicht unerhebliche Rolle. Im Rückblick darauf mißtraue ich den Versuchen, die just in dieser Bewegung einen bedeutenden Beitrag zur Stärkung der Demokratie in Deutschland erkennen wollen. Die Episode der zweiten deutschen, nämlich akademischen Jugendbewegung hat mein Vertrauen in die Stärke der zweiten deutschen Demokratie gerade deswegen gestärkt, weil diese Demokratie, im ganzen, sich als so überaus resistent gegen die Verführungen durch die politromantischen Ideale dieser Jugendbewegung erwiesen hat.

1968 — Die Antwort der CDU: Programmpartei

I. Abgeschlossen, aber nicht folgenlos — 20 Jahre Studentenbewegung

Die Studentenbewegung scheint die Gesellschaft noch heute zu entzweien. Auf den Veteranenkongressen des SDS herrscht der Eindruck vor, die Geschichte der APO sei trotz einiger Teilerfolge eine Geschichte der Niederlagen. Eine Linke, die diesen Namen verdiene, gebe es in der Bundesrepublik Deutschland nicht. Auf der anderen Seite des gesellschaftlichen Spektrums ist vom „späten Sieg des SDS“ die Rede. Jürgen Busche schreibt in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, das Bürgerturn in der Bundesrepublik habe sich — im Gegensatz zu dem anderer westeuropäischer Staaten — von dem Ansturm linkssozialistischer Programmatik und antiautoritärer Ideen nie erholt. Der Marsch durch die Institutionen sei halb zurückgelegt.

Sicher, mißt man die heutige politische Realität an den Zielvorstellungen und Utopien des SDS in den sechziger Jahren, so bleibt nur das Urteil des Scheiterns. Andererseits sind die von der Studentenbewegung bewirkten Veränderungen — andere als die vom SDS geplanten — so tiefgreifend, daß sie die politischen Entwicklungen in der Bundesrepublik bis heute prägen.

Die Gesellschaft wurde in Frage gestellt . . .

Die Studentenbewegung war kein deutsches Phänomen. Auch in den anderen westlichen Industriestaaten bekehrten die Studenten gegen Lebensart und Wertvorstellungen der älteren Generation auf. Die Kritik an überkommenen Strukturen im Bildungsbereich oder dem amerikanischen Engagement in Vietnam war länderübergreifend. In der Bundesrepublik traf die Außerparlamentarische Opposition aber auf politische Umstände, die ihre Ausbreitung besonders begünstigten. In Bonn regierte die Große Koalition, und die Wirkungslosigkeit der innerparlamentarischen Opposition erschien vielen bedenklich, zumal sich die Koalition als wichtiges Gesetzgebungsvorhaben die Notstandsgesetzgebung vorgenommen hatte, die weit über die Studenten hinaus auf Kritik stieß. Es gab hier übrigens die einzige Gemeinsamkeit der APO mit den Gewerkschaften. Empfindlich traf die

Nachkriegsgesellschaft auch, daß die kritische Jugend von der Elterngeneration eine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, seinen Entstehungsbedingungen und Strukturen, mit Mitläufer- und Mitwissertum einforderte.

Die Bundesrepublik erlebte ihre erste Totalopposition. Kultur, Kleidung, Kindererziehung, Sexualität, Partnerschaft — alle diese bis dahin als privat geltenden Bereiche wurden politisiert und zum Gegenstand der Konfrontation mit der älteren Generation gemacht. Die Studenten suchten die Provokation; man entdeckte das Instrument der „begrenzten Regelverletzung“, wählte Aktionsformen, die schockieren sollten: sit-ins, smoke-ins, love-ins. Die Studentenbewegung fühlte sich moralisch und intellektuell einer Gesellschaft überlegen, die sie als von Meinungsbildungsmonopolen entmündigt und nur mit der Schaffung und Sicherung des eigenen Wohlstands beschäftigt ansah. Für sie als intellektuelle Avantgarde lag nahe, der Wirtschaftswunder-Gesellschaft auch die politische Theorie entgegenzusetzen, die als das geschlossene Gegenmodell verstanden wurde und gerade im geteilten Deutschland als die Provokation wirken mußte, als die sie gedacht war: Der Marxismus wurde in der Bundesrepublik gesellschaftsfähig. Kaum eine Vorlesung, kaum ein Seminar ohne die Beschäftigung vor allem mit dem Marx'schen Frühwerk und anderen linkssozialistischen Schriftstellern. Die kritische Theorie der Frankfurter Schule diente als Einstieg.

. . . und blieb die Antwort schuldig

Die Gesellschaft war auf die umfassende und totale Infragestellung nicht vorbereitet und sie war ihr nicht gewachsen. Die Repräsentanten des Staates und der Gesellschaft reagierten überwiegend hilflos. Der „konkreten Utopie“ einer veränderten Gesellschaft hatten sie zu wenig demokratisches Selbstbewußtsein entgegenzusetzen. Angesichts roter Fahnen, marxistischer Thesen und spontaner Aktionsformen jenseits der Grenze des bislang Gewohnten fand eine differenzierte Auseinandersetzung kaum statt. Wo sie stattfand, entwickelte sich die Protestbewegung nicht annähernd so radikal.

Wo ein Lehrerkollegium auf Kritik der Schüler an Strukturen und Verhaltensregeln an einer Schule nicht schroff ablehnend reagierte und das Gespräch scheute, sondern das Gespräch suchte und die eigenen Standpunkte argumentativ vertrat, hatten radikale Schülergruppen auffallend wenig Erfolg. Das blieb jedoch die Ausnahme. Nur wenige Professoren und Politiker verstanden es, eine Diskussion über die angemessene Einordnung und Würdigung des Marx'schen Werkes zu führen. Karl Marx war ja durchaus nicht der fortschrittlichste Staatstheoretiker, als der er damals angesehen wurde. Die Repräsentanten der parlamentarischen Demokratie wichen der Auseinandersetzung aus. Sie erließen der Studentenbewegung damit auch die argumentative Beschäftigung mit ihren eigenen Widersprüchen und Gegensätzen.

Eine Bewegung der Widersprüche

Einig war sich die Studentenbewegung nur in der emanzipatorischen Zielrichtung und der Ablehnung der bestehenden Gesellschaftsstrukturen. Was man positiv an deren Stelle setzen wollte, blieb umstritten. Wollte man gesellschaftliche Teilbereiche wie Schule und Universität so weit wie möglich reformieren, oder verzichtete man auf jede Reformbereitschaft, weil Reformen nur das System stabilisieren und eine Universität keine „Sozialistische Insel“ sein könne?

Und entsprach die radikale Ablehnung der modernen Industriegesellschaft, die man ja nicht als notwendige Vorstufe späterer Wirtschaftsformen weiterentwickeln, sondern abschaffen wollte, tatsächlich marxistischen Vorstellungen? Hätte ein orthodoxer Marxist 1967 die Parole vertreten: „Macht aus Stalinisten gute Sozialisten“ — wie dies die DDR-Flüchtlinge Dutschke und Rabehl getan haben? Unmarxistisch war auch die Organisationsfeindlichkeit des SDS, der bis zu seiner Auflösung 1970 die Studentenbewegung anführte und durchaus keine straff gegliederte Kaderschmiede war. Cohn-Bendit hat die Notwendigkeit einer revolutionären Partei, die die Führung zu übernehmen habe, immer bestritten. Adorno, einer der Väter der kritischen Theorie, konnte in dem von ihm so bezeichneten „Aktionismus der Studentenbewegung“ keine Verbindung zu seinen Vorstellungen entdecken.

Die aktionistische und stark emotionale Ablehnung der Gesellschaft überdeckte auch andere tiefgreifende Meinungsunterschiede und Widersprüche. Die pauschale und undifferenzierte Ablehnung der

Anliegen der Studenten ließ eine Diskussion jedoch kaum zu und erließ der Studentenbewegung auch eine angemessene Auseinandersetzung mit der Gewaltfrage. „Über Gewalt redet man nicht, man wendet sie an.“ Auch das war eine Parole der Studentenbewegung, und Gudrun Ensslin erklärte bereits 1967, nach dem Tode von Benno Ohnesorg, mit der „Auschwitz-Generation“ gebe es kein Reden mehr. Die Kaufhausbrandstiftungen in Frankfurt folgten. Man konstruierte Unterschiede zwischen Gewalt gegen Personen und Gewalt gegen Sachen; erklärte, die eigentliche Gewalt gehe vom Staate aus und überzogene Polizeieinsätze müßten zwangsläufig zur Gegengewalt führen.

Teile der Linken erkennen es heute an, daß die Gewaltfrage bislang nicht befriedigend analysiert und beantwortet worden ist. Die Verdrängung dieser Frage hat bis heute Tradition.

Die „antiautoritäre Bewegung“ — Suche nach Autorität?

Eine Beurteilung lediglich auf die marxistische Rhetorik oder die ungeklärte Gewaltfrage zu beschränken, würde der Studentenbewegung jedoch nicht gerecht werden. Richard Löwenthal sieht sie vielmehr als „romantischen Rückfall“, als Revolte gegen die pluralistische, moderne, unerklärliche Welt, aus der fundamentalen Unsicherheit heraus, die die tiefgreifenden Veränderungen der Gesellschaftsstrukturen und Lebensgewohnheiten verursacht hatten. Die Studentenbewegung sei weniger eine antiautoritäre Bewegung als vielmehr ein Ausdruck der Erbitterung über das Fehlen von begründeter Autorität. Arnulf Baring erkennt „ein tiefes Mißtrauen gegen alles rechnende Denken, gegen die Rationalität der Dingwelt mit ihren anonymen Mechanismen von Wirtschaft und Technologie . . . die erklärte Abscheu vor einer total verwalteten, einer technokratisch verkommenen Welt“.

Das erklärt, warum die Studentenbewegung in Deutschland ein länger andauerndes und tiefer wirkendes Phänomen gewesen ist als in anderen Staaten. In der Bundesrepublik hatte sich eine selbstbewußte demokratische Kultur nicht etablieren können. Zahlreiche Einrichtungen, die in anderen Ländern bei Sinnstiftung und -vermittlung für junge Menschen aus einem gefestigten Selbstbewußtsein mitwirken konnten — z. B. das Schul- und Hochschulsystem —, galten in Deutschland schon deshalb als diskreditiert, weil sie die Zeit des National-

sozialismus relativ unbeschadet überstanden hatten. Die „verunsicherte Gesellschaft“ bot weder das Selbstbewußtsein noch die Überzeugungskraft, sich der Kritik, wo sie angebracht war, zu stellen.

Die Nachkriegsgeneration hatte das Wirtschaftswunder geschaffen und die Städte wieder aufgebaut. Eine politische Kultur, die auch abweichenden Lebensvorstellungen Raum bot, ließ sich hier-

durch nicht ersetzen. Die Gesellschaft, die bislang zu wenig demokratisches Selbstbewußtsein entwickelt hatte, war nicht in der Lage, auf den Bewußtseinswandel der studentischen Jugend angemessen zu reagieren. Es fiel der Studentenbewegung nicht schwer, auch dieses mangelnde Selbstbewußtsein als Bestätigung ihrer These von der „Krise des Kapitalismus“ zu deuten.

II. Die neuen sozialen Bewegungen als Erben der Studentenbewegung

Das „reinigende Gewitter Studentenbewegung“ (Kurt Sontheimer) endete mit dem Regierungsantritt der SPD/FDP-Koalition, der SDS löste sich 1970 auf. Spätestens der Zerfall der Außerparlamentarischen Opposition machte deutlich, wie vielfältig ihr Spektrum gewesen war. So zahlreich und unterschiedlich die Strömungen gewesen waren, so unterschiedlich waren auch die Reaktionen nach dem Auseinanderfallen der Studentenbewegung. Große Teile des zu Reformen bereiten Spektrums wurden in die Koalitionsparteien und damit in das traditionelle politische System eingebunden. Sie glaubten der Brandtschen Ankündigung, die Demokratie habe jetzt erst richtig begonnen und erfülle sich im demokratischen Sozialismus. Horst Mahler rief dazu auf, der SPD beizutreten.

Andere schlossen sich den zahlreich entstehenden, straff gegliederten und dogmatisch ausgerichteten kommunistischen Gruppen wie der KPD oder dem KB an. Aus Enttäuschung über den ausgebliebenen „revolutionären Sprung“ der bundesdeutschen Gesellschaft richteten sich ihre Hoffnungen und Erwartungen auf Vorbilder in kommunistischen Ländern und Befreiungsbewegungen der Dritten Welt. Studenten, die gerade noch gegen Autorität und Autoritäten Sturm gelaufen waren, zeigten sich schnell bereit, sich hierarchischen, ultra-autoritären Strukturen in den K-Gruppen unterzuordnen. Richard Löwenthal hat recht, wenn er von der Suche nach Autorität spricht, die die Studentenbewegung auszeichnete. Es ist kein Zufall, daß auch religiöse Sekten und spiritistische Gruppen zu Beginn der siebziger Jahre aufblühten.

Besondere Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit fanden in der Folgezeit diejenigen, die eine Veränderung des „Bewußtseinsstandes der Massen“ durch terroristische Anschläge herbeibomben wollten. Auch sie hatten ihre Politisierung fast durchweg in der Zeit der Studentenbewegung erfahren.

Da öffentlichkeitswirksame Aktionen ausblieben, fand zunächst nur wenig Beachtung, was sich als folgenschwerstes Ergebnis der von der Studentenbewegung erreichten Veränderungen herausstellen sollte: Vor allem an den Hochschulorten hatte sich eine Szene etabliert, die sich in ihren gesamten Lebensumständen als Gegenkultur zur bürgerlichen Gesellschaft verstand. Zwar hatte das parlamentarisch-demokratische System sich als haltbarer erwiesen, als dies manche erwartet hatten. Auch waren in zahlreichen gesellschaftlichen Teilbereichen — vor allem im Bildungswesen — die notwendigen Reformen eingeleitet worden. Das hatte die in weiten Teilen der akademischen Jugend verbreitete Skepsis gegenüber dem parlamentarischen System jedoch keineswegs beseitigt. Die Vorbehalte gegen die repräsentative Demokratie und die technokratische Industriegesellschaft hatten den Zerfall der Studentenbewegung überlebt.

Die Gestaltung des eigenen überschaubaren Lebensbereiches hatte jedoch zunächst Vorrang vor der Propagierung gesellschaftlicher Veränderungen. Der Konflikt zwischen den Generationen ruhte, die Sprach- und Kontaktlosigkeit dauerte fort. Die neue Alternativ-Kultur war nicht unpolitisch. Ihre Politisierung äußerte sich zunächst jedoch nicht in politischem oder gar parteipolitischem Engagement. Sie bildete aber den Nährboden für Bürgerinitiativen, Dritte-Welt-Projekte, Stadtteilgruppen.

Die Hoffnungen, die viele Studenten auf die sozial-liberale Koalition gesetzt hatten, verflohen rasch. Die gesamtgesellschaftlichen Reformen enttäuschten. Die Ankündigung Willy Brandts, die Demokratie werde erst im Sozialismus vollendet, entpuppte sich als die Anmaßung, die sie war. Als der Bundeskanzler und die Ministerpräsidenten der Bundesländer 1972 — eingedenk des von Dutschke angekündigten Marsches durch die Institutionen —

den Extremistenbeschluß verabschiedeten, beschleunigte sich der Prozeß der Abwendung von der SPD. Die großen Gesamtutopien — ob sozialdemokratisch oder marxistisch — hatten an Überzeugungskraft endgültig verloren, die Reformeuphorie war verblaßt.

Zu der inneren Unsicherheit kamen äußere Faktoren wie der Ölpreisschock 1973 oder der Bau von Atomanlagen. Es verbreitete sich gerade bei sensibleren Menschen das Bewußtsein, am Ende einer Epoche zu stehen und nicht zu wissen, welche einschneidenden Änderungen und neuen Zukunftsprobleme zu erwarten seien. Kennzeichnend für die Entstehung und Ausbreitung von Anti-Kernkraft-, Ökologie- und später auch der Friedensbewegung ist diese Angst vor atomaren und ökologischen Katastrophen. Angst vor den Folgen industriellen Wachstums überhaupt, vor der Verschärfung der Nord-Süd-Problematik, vor Waffensystemen, elektronischen Kontrollmöglichkeiten des Staates usw. Die neuen sozialen Bewegungen, unter denen all diese Bewegungen und auch die Frauenbewegung zusammengefaßt werden, stellten eine Fundamentalopposition dar. Ob sich nun eine lokale Bürgerinitiative gegen den Bau einer Straße wandte oder Zehntausende aus dem ganzen Bundesgebiet gegen eine Kernkraftanlage demonstrierten — der Protest ging über die Verhinderung eines konkreten Projektes hinaus. Viele Menschen bezweifelten die Problemlösungskompetenz des modernen Industriestaates überhaupt, richteten sich gegen die Strukturen seiner Entscheidungsfindung.

Kontinuitäten und Unterschiede

Dieser Charakter als Fundamentalopposition ist ein übereinstimmendes Merkmal zwischen den neuen sozialen Bewegungen und der Studentenbewegung. Auch diese hatte überwiegend nicht nur Reformen in gesellschaftlichen Teilbereichen gefordert, sondern die Gesellschaft insgesamt, ihre Strukturen und Entscheidungsmechanismen ändern wollen. Die zahlreichen personellen Übereinstimmungen sowie ähnliche Aktionsformen lassen einige zu dem Schluß kommen, daß die neuen sozialen Bewegungen zwar andere thematische Schwerpunkte setzen, im übrigen aber die Unterschiede so gering seien, daß die Studentenbewegung den neuen sozialen Bewegungen zugerechnet werden könne.

Wer so argumentiert, verkennt, daß die neuen sozialen Bewegungen nicht nur Reaktion darauf sind, daß bestimmte Themen — u. a. Umweltschutz — in der Programmatik und Alltagsarbeit der Parteien

zu kurz kamen, sondern auch und nicht zuletzt eine Reaktion auf die Erfahrungen mit der Studentenbewegung darstellen. Die inhaltlichen Unterschiede sind so gravierend, daß Ähnlichkeiten hinsichtlich der Aktionsformen und personelle Überschneidungen demgegenüber nicht ins Gewicht fallen. Daß viele aktive Mitglieder von Ökologie-, Anti-Kernkraft-, auch der Frauenbewegung sich aufseiten der APO engagiert haben, ist unübersehbar. Aber abgesehen davon, daß dies auch für die Mitglieder anderer politischer Parteien zutrifft, haben sich viele ehemalige Anhänger der Studentenbewegung, eben weil sie von den großen utopischen Gesellschaftsmodellen enttäuscht waren, jetzt auf konkrete Themen bezogen und in überschaubaren Gruppen betätigt.

Die neuen sozialen Bewegungen stellen — im Gegensatz zur Studentenbewegung — die rationale Tradition der Aufklärung ebenso in Frage wie die primäre Zuordnung der Probleme zum kapitalistischen Wirtschaftssystem oder einer Klassengesellschaft.

Umweltprobleme gibt es in West- wie in Osteuropa. In den neuen Bewegungen erfolgte auch keine materialistische Gesellschaftsanalyse, sondern im Vordergrund steht nach wie vor die eigene Betroffenheit. Das Geschlecht, die Gegend, in der man wohnt, wurden als Bezugspunkte des Engagements entdeckt, nicht eine Klassenzugehörigkeit. Hinzu kamen äußere Faktoren: das Niederwerfen des Prager Frühlings durch die Sowjetunion, Nachrichten über die Massenmorde durch Pol Pot in Kambodscha oder die Greuelthaten der chinesischen Kulturrevolution — all das hatte die Illusionen über die Verwirklichung marxistischer Ideen gründlich beseitigt.

Die neuen sozialen Bewegungen sehen ihre Aufgabe nicht mehr darin, die Welt zu verändern, sondern sie zu erhalten (Amery). Trotz aller linkssozialistischer Rhetorik bestehen bereits erhebliche Zweifel daran, ob die Studentenbewegung im Kern tatsächlich eine marxistische Bewegung war. Die neuen Bewegungen sind es sicher nicht. Ihre Theorieunlust bis hin zum Irrationalismus mußte Marxisten suspekt sein. Wo diese überhaupt theoretische Ansätze entdecken konnten, schienen diese sozialromantisch und konservativ. Der angebliche Verzicht auf hinreichende Gesellschaftsanalyse und die Betonung subjektiver Kriterien galten ihnen als reaktionär.

Ohne die Studentenbewegung, die durch sie bewirkte Politisierung der Gesellschaft und das Ent-

stehen einer Alternativkultur sind die neuen sozialen Bewegungen nicht denkbar. Trotzdem stellen sie keine inhaltliche Weiterentwicklung dar, sondern sind Reaktion auf die Probleme und Zwänge der Industriegesellschaft ebenso wie auf Widersprüche und den Zerfall der Studentenbewegung.

Seit Mitte der siebziger Jahre zeigten die Aktionen der verschiedenen Bewegungen immer weniger Perspektiven auf, dafür wurden sie zunehmend für die Veranstalter selbst problematisch. Die Anti-Kernkraft-Demonstrationen in Grohnde und Brokdorf wurden von Militanten in bürgerkriegsähnliche Ausschreitungen umfunktioniert. Teile der Anti-Kernkraft-Bewegung erhofften sich daher von einer parlamentarischen Vertretung ein Zurückdrängen radikaler Gruppen vor allem aus dem kommunistischen Spektrum, die zunehmend Einfluß auf die Aktionen gegen die Kernkraft nahmen. Andere wollten parlamentarische mit außerparlamentarischen Aktionen verbinden. Wieder andere versprachen sich von der Vertretung in den Parlamenten eine wirkungsvolle Unterstützung der außerparlamentarischen Aktivitäten. Ein großer Teil lehnte aber eine Parlamentarisierung des Protestes auch aus grundsätzlicher Institutionenkritik heraus ab. Bereits an die Überlegungen, eine Partei zu gründen, die die Interessen der neuen sozialen Bewegungen parlamentarisch wahrnehmen sollte, knüpften sich damit unterschiedliche, ja gegensätzliche Erwartungen, aber auch Befürchtungen. Die Pläne zur Parteigründung kamen daher weniger aus den Bürgerinitiativen als von Personen, die bislang in anderen Parteien gearbeitet hatten.

Die GRÜNEN als „Bewegungspartei“?

Diese unterschiedlichen Positionen machen deutlich, daß die GRÜNEN selbst in ihrer Ursprungsphase nicht die ausschließliche parlamentarische Vertretung der neuen sozialen Bewegungen darstellten. Trotz der zahlreichen personellen Verknüpfungen zwischen diesen und den GRÜNEN war ein Alleinvertretungsanspruch zu keiner Zeit begründet. Es geht den GRÜNEN hier nicht besser als allen anderen Parteien auch, die ihren Ursprung ja ebenfalls auf soziale Bewegungen zurückführen können und trotzdem kein Monopol auf deren Vertretung besitzen. Weder haben die Sozialdemokraten einen Alleinvertretungsanspruch hinsichtlich Arbeitnehmer- oder Gewerkschaftsinteressen, noch kann die CDU dies bezüglich christlicher Laienbewegungen behaupten. Für die GRÜNEN und die neuen sozialen Bewegungen gilt das ge-

nauso, wenngleich viele ihrer Mitglieder sie zunächst als gleichsam natürliche Ansprechpartner betrachteten.

Die Diskussion über das Verständnis der parlamentarischen Arbeit prägt die Richtungsauseinandersetzungen innerhalb der GRÜNEN bis heute. Der Parlamentarisierungsprozeß der GRÜNEN wird aber auch die Konflikte zu den außerparlamentarischen Bewegungen verstärken. Dies ist die notwendige Folge der politischen Etablierung. Um politikfähig zu sein, muß nämlich jede Partei oder Fraktion — und die GRÜNEN verfahren hier nicht anders — sich vorbehalten, sowohl Schwerpunkte in der Arbeit anders zu setzen, als dies die außerparlamentarische Basis erwartet, wie auch eventuell Interessengegensätze auszugleichen. Während der kurzen Zeit der Regierungsmitverantwortung in Hessen haben die GRÜNEN viele der Initiativen und Projektgruppen, die auf sie gesetzt hatten, in ihren Erwartungen enttäuschen müssen. In etlichen Fällen haben sich sogar außerparlamentarische lokale Bewegungen gegen die Regierungspolitik der GRÜNEN in Hessen gebildet, auch auf dem Gebiet des Umweltschutzes. Dazu kommt, daß bestimmte Themen, sofern sie nicht ohnehin Allgemeingut sind, spätestens dann auch von anderen Parteien aufgegriffen werden, wenn sie sich als wählerwirksam herausgestellt haben. Die Erfahrung, daß diese politischen Gesetzmäßigkeiten die GRÜNEN genauso betreffen wie die anderen Parteien, ist eine Ursache dafür, daß bei vielen GRÜNEN die Ablösung aus der Regierungsverantwortung durchaus befreiend wirkte.

Ein Monopol auf ökologisch verantwortungsvolle Politik haben die GRÜNEN heute weniger denn je. Leisten sie sich dann noch den Luxus, mit Leidenschaft darüber zu streiten, ob sie überhaupt politische Macht, d. h. Regierungsverantwortung anstreben wollen, um so die von ihnen vertretenen Interessen auch in parlamentarische Entscheidungen umzusetzen, dann werden sie auch bei Themen, bei denen ihnen über die Zahl ihrer Wähler hinaus Kompetenz zugesprochen wird, diese verlieren.

Schon heute wird den GRÜNEN vorgeworfen, daß seit ihrer parlamentarischen Etablierung die sozialen Bewegungen, aus denen sie überwiegend hervorgegangen sind, an Dynamik verloren haben und geschwächt sind. Dieses Ergebnis ist zwar zutreffend, kann aber den GRÜNEN nicht angelastet werden. Mit der parlamentarischen Vertretung eines Themas, erst recht wenn es Allgemeingut bei den Parteien und der Regierung ist, entfällt nämlich

die Notwendigkeit für den interessierten Bürger, sich im außerparlamentarischen Raum hierfür zu engagieren. Es ergibt sich zwangsläufig die Konfliktsituation, daß die GRÜNEN, wenn sie parlamentarisch erfolgreich sind, ihren Charakter als „Bewegungspartei“ verlieren, und wenn sie es nicht sind, Gefahr laufen, Anhänger an die Parteien, die sich mit den Problemen ebenfalls glaubwürdig auseinandersetzen, zu verlieren.

Die GRÜNEN gefallen sich in der Rolle, ihr „Standbein“ in außerparlamentarischen sozialen Bewegungen zu haben und mit ihrem „Spielbein“ im Parlament zu stehen. Sind sie aber tatsächlich die parlamentarische Vertretung von Menschen, die sich in Ökologie- und anderen sozialen Gruppen engagieren?

Seit ihrer Gründung sind die GRÜNEN bevorzugtes Ziel der Machtübernahme durch Anhänger der kommunistischen Splittergruppen, die seit Anfang der siebziger Jahre als ein Ausläufer der Studentenbewegung ein von der Öffentlichkeit kaum beachtetes Dasein fristeten. Auch viele GRÜNE selbst meinen, daß ohne die disziplinierte, kontinuierliche Aufbauarbeit durch die K-Gruppen eine Parteigründung nicht möglich gewesen wäre. Es bedarf nicht umfangreicher Zusammenstellungen darüber, welche führenden Mitglieder der GRÜNEN Angehörige kommunistischer Gruppen waren oder sind. Denn diese machen daraus kein Geheimnis. Der KB rief seine Mitglieder dazu auf, „einzeln, aber möglichst geschlossen“ den GRÜNEN beizutreten. Thomas Ebermann vertritt weiterhin das „Prinzip der besonderen Organisation der Marxisten“ und möchte das „pseudo-ökologische Sektierertum“ überwinden. In einem von ihm und Rainer Trampert herausgegebenen Buch wurden noch 1984 Anti-Kernkraft-, Friedens-, Frauen- und Umweltbewegung als die „einzig relevanten Träger des pro-

letarischen Klassenkampfes“ bezeichnet. Als genau das dürften sich diese wohl nicht verstehen. Deutlicher aber kann man die jedenfalls beabsichtigte Vereinnahmung der neuen sozialen Bewegungen durch das K-Spektrum der GRÜNEN kaum kennzeichnen. Sie ist vor allem in Norddeutschland schon weit fortgeschritten. Das ehemals so breite politische Spektrum der GRÜNEN verkommt zu einem zunehmend öko-sozialistischen Rinnsal. Inwieweit hier tatsächlich noch ökologische Interessen vertreten werden, beschreibt Bettina Krems-Hemesath, ehemaliges Vorstandsmitglied der GRÜNEN NRW, in ihrem Austrittsschreiben: „... für mich völlig unvertretbar ist es, ganz hinten im Wahlprogramm unter ‚Ökologie, Wirtschaft und Soziales‘ nur platte und wirklich völlig unaufgeklärte Gesellschaftsanalysen zu finden, die mit Ökologie nichts zu tun haben. Die Ökologie wird nämlich bei GRÜNENS aus den ökonomischen Strukturen und beides aus den gleichen Gesetzmäßigkeiten hergeleitet. Die Eigenproblematik der Umweltpolitik wird schlicht geleugnet. Sie führt ein jämmerliches Wurmfortsatzleben in diesem Machwerk. Das kommt davon, wenn sich die frühvergeisteten KB-Fritzen und die Leute aus dem sozialistischen Büro, die von Imperialismus-These und zentralistischer Weltansicht nicht lassen können, unter die Ökos mischen und Programme mitschreiben.“ (Der Spiegel, [1986] 41, S. 104f.)

Bei den GRÜNEN ist die klare inhaltliche Abgrenzung zu marxistisch-leninistischen Splittergruppen, die nicht Moskau-orientiert sind, nicht populär. Offensichtlich ist die Abgrenzung zur DKP bereits schwierig genug. Jede Bestimmung der eigenen Position ist aber notwendigerweise eine Ausgrenzung der hiermit nicht zu vereinbarenden Standpunkte. Strategiekongresse und Selbstverständnisdiskussionen werden die notwendige Ausgrenzung marxistischer Positionen nicht ersetzen können.

III. Die CDU seit 1968 — eine Partei besinnt sich auf ihre Grundsätze

„Was ist von der Studentenbewegung geblieben?“ — „Frau Süßmuth“, so antwortete Jürgen Habermas in einem im März 1988 erschienenen Artikel. Er sieht sie als Beispiel dafür an, daß der Marsch durch die Institution auch vor der CDU nicht haltgemacht habe. Nun ist Frau Süßmuth keine Vertreterin der 68er. Aber Habermas hat insofern recht, als Politik und Ansehen von Rita Süßmuth deutlich machen, wie wenig die CDU von 1988 mit der

von 1968 vergleichbar ist. Diese Erkenntnis hat auch die ehemaligen Aktivisten des SDS erreicht. Als eine Frau auf einem Veteranen-Kongreß des SDS die Frage stellte, was man denn dem Erfolg von Frau Süßmuth entgegenzusetzen wolle, erntete sie betretenes Schweigen. Die Politik Rita Süßmuths ist aber keine Marschetappe, sondern das Ergebnis einer Entwicklung innerhalb der CDU.

1968 galt die CDU als parteipolitischer Inbegriff dessen, was die Studentenbewegung ablehnte. „CDU“- oder „Adenauer-Staat“ waren gängige Kennzeichnungen der Bundesrepublik in den sechziger Jahren. Die anderen Parteien hatten einen besseren Stand. Die FDP genoß als Oppositionspartei aus der Zeit der Großen Koalition noch einen Sympathievorschuß, und auch die SPD stellte sich als Partei gesellschaftlicher Reformen dar. Beide Parteien galten als theoriefreundlicher und programmorientierter. Die CDU als Regierungspartei seit Gründung der Bundesrepublik hingegen wurde mit allen negativen Erscheinungen der Nachkriegsgesellschaft assoziiert. In einem politisierten und stärker ideologisierten Klima verübelte man ihr die Neigung, Persönlichkeiten statt programmatischer Entwürfe in den Vordergrund zu stellen ebenso wie ein übergroßer Hang zum Pragmatismus kritisiert wurde.

Tatsächlich war Ende der sechziger Jahre von der programmatischen Kraft, mit der die CDU im ersten Jahrzehnt ihrer Regierungstätigkeit innenpolitisch große Reformvorhaben verwirklicht und außenpolitisch entscheidende Weichenstellungen durchgesetzt hatte, nicht mehr viel übrig geblieben. Die Bundestagswahl von 1969 markierte das Ende einer mehrjährigen Entwicklung, in der die CDU an Regierungsfähigkeit verloren hatte. Und doch fiel es der CDU zunächst schwer, sich auf die ungewohnte Oppositionsrolle einzustellen. Schlecht war auch das Wahlergebnis von 1969 nicht gewesen, das neue Regierungsbündnis sah man als Koalition der Verlierer an. Erst in den siebziger Jahren nahm die CDU die Oppositionsrolle an und begriff sie als Herausforderung.

Die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für Politik hatten sich im Zuge der gesellschaftlichen Entwicklungen seit den sechziger Jahren grundlegend geändert. Staat und Parteien konnten sich nur noch bedingt auf einen ethischen Grundkonsens verlassen. Denn die Einrichtungen, die bis dahin sinnstiftend und -vermittelnd gewirkt hatten — Elternhaus, Kirche, Schule — hatten die Infragestellung der bisherigen Autoritäten durch die Studentenbewegung nicht bewältigt und besaßen eigene Identitätsprobleme. Glaubwürdige Wertmaßstäbe wurden nur unzureichend weitervermittelt. Auf ihre Frage nach dem Sinn des Lebens fanden viele Jugendliche keine sie überzeugende Antwort. Dies ist der Grund dafür, daß Angst seit den siebziger Jahren in Deutschland ein politischer Faktor werden konnte. Wo nämlich ein Sinn des Lebens nicht

mehr gesehen wird, da ist das einzelne Menschenleben der einzige absolute Wert. Auch die Angst um dieses Leben wird damit absolut. Sie äußert sich in Angst vor atomaren Waffen, vor Kernkraftwerken, vor chemischen Fabriken, vor elektronischer Kontrollierbarkeit, aber auch vor dem Mitmenschen, dem Unternehmer, Politiker, Militär. Sowohl die neuen sozialen Bewegungen der siebziger Jahre als auch die GRÜNEN verstanden es, diese Angst politisch auszudrücken. Damit konnten sie zwar noch keine Vorstellung von politischer Ethik und ihrer praktischen Anwendung vermitteln, sie machten aber das Sinndefizit der Gesellschaft augenfällig.

Bis dahin hatte es nicht den Vorstellungen der CDU entsprochen, daß eine politische Partei sich mit der Frage nach dem Sinn des Lebens beschäftigen sollte. Gegenstand der Politik sollten die vorletzten Fragen sein, nicht die letzten, wie es Dietrich Bonhoeffer einmal formuliert hat. Es wurde aber deutlich, daß das mangelnde Wertebewußtsein von extremistischen Gruppen ausgenutzt werden konnte, die den Sinn des einzelnen Lebens in der bedingungslosen Unterwerfung unter einen gesellschaftlichen Endzustand sahen. Es äußerte sich auch in der Abqualifizierung des Staates als Formaldemokratie, die von keinem sittlichen Fundament getragen würde.

Zentraler Punkt der programmatischen Erneuerung war daher die Grundwertediskussion, die die CDU von 1971 bis zur Verabschiedung des Grundsatprogramms 1978 in allen Parteigliederungen und unter Einbeziehung unabhängiger Wissenschaftler führte. Eine solche Diskussion war in der deutschen Parteiengeschichte bis dahin einmalig. Es wurde nicht verschwiegen, daß der moderne Industriestaat Krisensymptome und Defizite aufweist. Bereits in dem ersten Zwischenbericht der Grundsatzkommission unter Richard von Weizsäcker 1972 wurden die Kehrseiten des wissenschaftlich-technischen Fortschritts wie Umweltgefährdung, die Gefahr biotechnischer Manipulationen oder globaler Überbevölkerung ebenso deutlich angesprochen wie die wachsende Vereinsamung und Isolierung vieler Menschen. Wirtschaftlicher Wohlstand und ein differenziertes System der sozialen Sicherung können überschaubare Lebensverhältnisse, Mitmenschlichkeit und Geborgenheit nicht ersetzen. Im Gegenteil: Mit der materiellen Sicherung werden Werte jenseits von Angebot und Nachfrage immer wichtiger. .

Auch die strukturellen Probleme der parlamentarischen Demokratie traten deutlicher hervor: Die Notwendigkeit langfristiger politischer und wirtschaftlicher Planung läßt kurzfristige Einflußnahme als immer schwieriger erscheinen. Demokratie verspricht Teilhabe aller, muß aber auf besondere Sachkunde Einzelner hören. Die Abhängigkeit der Parteien von Experten und Interessengruppen wächst. In der Analyse vieler dieser Probleme stimmen Christdemokraten und zahlreiche Anhänger der neuen sozialen Bewegungen überein. Diese Übereinstimmung beruht darauf, daß beide einen nichtmaterialistischen Politikansatz haben. Zentrale Begriffe wie Staat, Fortschritt, Glück können nicht materialistisch definiert werden. Parallelen lassen sich auch finden in der Skepsis gegenüber einem dirigistischen Staat, in der Sorge vor den freiheitsbedrohenden Aspekten einer immer stärker ausufernden Staatstätigkeit. Ernst Friedrich Schumacher, Ivan Illich, Albert Schweitzer, Erich Fromm — diese Namen sind mit den geistigen Grundlagen alternativer Politik untrennbar verbunden. Ihre Gedanken stehen christlich-demokratischer Programmatik nicht fern. „Die Rückkehr zum menschlichen Maß“ — dieser Buchtitel Schumachers könnte auch über der Sozialpolitik der CDU stehen, wie sie in den siebziger Jahren entworfen wurde und seitdem umgesetzt wird.

Die Parallelen, die über den nicht materialistischen Politikansatz hinaus bestehen, haben viele überrascht. Das nicht zuletzt deshalb, weil sich die SPD mit alternativem Politikverständnis erheblich schwerer tut. Darüber kann auch die gelegentlich geübte Annäherungsrhetorik zwecks Mehrheitsbildung nicht hinwegtäuschen. Peter Glotz stellt fest: „Es ist ganz offensichtlich, daß z. B. die alternative Kultur geradezu eine Kampfansage an das ist, was viele als Sozialdemokratismus bezeichnen.“ Ein weiteres Zitat von ihm: „Es gibt in der Arbeiterbewegung ein ganz eingewurzelt Mißtrauen gegen kleine Netze, gegen Subsidiarität, Spontanität und ein großes Vertrauen auf große Apparate, auf Professionalisierung.“

Theoretische Überlegungen, wo sich Übereinstimmungen finden zwischen einer CDU, die sich auf ihre Programmatik besonnen hat und diese ernst nimmt, und alternativem Politikverständnis, sind sicherlich spannend. Wenngleich die GRÜNEN heute alles tun, um ihren wertkonservativen Ansatz, ohne den ihre Entstehung nicht denkbar ist, zu verleugnen und zu unterdrücken. Noch spannender aber ist es, in der Praxis zu erleben, ob und inwie-

weit Übereinstimmungen in den Problemanalysen gemeinsam in eine verbesserte Politik umgesetzt werden können. Dies ist ein Ziel des Berliner Senats seit 1981.

Die Selbsthilfebewegung — Chance und Herausforderung

Berlin ist immer schon eine Stadt gewesen, in der gesellschaftliche Veränderungen besonders früh und besonders deutlich spürbar werden. Die Studentenbewegung hatte hier ebenso ihr Zentrum wie die neuen sozialen Bewegungen der siebziger Jahre. Vor allem seit Beginn der achtziger Jahre hat sich hier auch eine umfangreiche, höchst lebendige Selbsthilfebewegung etabliert. In ca. 1500 Selbsthilfegruppen sind heute fast 15 000 Menschen engagiert. Das Aufkommen dieser Selbsthilfebewegung fällt zeitgleich zusammen mit einem Abflauen der sozialen Bewegungen der siebziger Jahre. Das verwundert nicht, denn viele Menschen, die sich früher dort engagiert hatten, sind heute in Selbsthilfegruppen aktiv. Fast die Hälfte dieser Gruppen führte bei einer wissenschaftlichen Untersuchung von Joseph Huber ihren Ursprung auf die neuen sozialen Bewegungen, z. T. auch auf die Studentenbewegung direkt zurück. Und fast zwei Drittel der Gruppen bekennen sich zu ihren Ideen und Verhaltensweisen.

Auch wenn sich die meisten Gruppen als politische Aktionsgruppen verstehen, so besteht ein ideologischer Anspruch noch weniger als bei den sozialen Bewegungen der siebziger Jahre. Der Prozeß der Entideologisierung hat sich seit den sechziger Jahren fortgesetzt. Es geht heute um die Verbesserung des begrenzten persönlichen Lebensbereiches, um Bedürfnisse, die in der technischen, arbeitsteilig organisierten Massengesellschaft nicht hinreichend befriedigt werden. Wer Selbsthilfe praktiziert, dem geht es allemal eher um den Spatz in der Hand als um die Taube auf dem Dach, wie es Joseph Huber einmal formuliert hat.

Der Berliner Senat erkennt die Arbeit, die die Selbsthilfegruppen vor allem im Gesundheits- und Sozialbereich leisten, an. Das herkömmliche professionelle System sozialer Dienste erfährt durch sie eine unverzichtbare Ergänzung. Wir werden den professionellen Dienstleistungsbereich angesichts der gesellschaftlichen Entwicklungen weiter ausbauen müssen. Die steigende Zahl Pflegebedürftiger, vor allem älterer Menschen ist ja nur ein Beispiel für den wachsenden Bedarf an sozialen Dienstleistungen. Allein auf den professionellen

Bereich zu setzen, wird jedoch nicht möglich sein. Vor allem aber ginge es an den Bedürfnissen der Menschen vorbei. Selbsthilfegruppen gelingt vielfach eher, woran staatliche Stellen scheitern. Das liegt daran, daß die Menschen in diesen Gruppen oft vergleichbare Probleme haben und die Situation kennen, in der ein Hilfsbedürftiger steckt. Es ist kein Geheimnis, daß Gruppen, die sich im Bereich der Drogenentziehung engagieren, wie z. B. Synanon, erfolgreicher sind als staatliche Therapieeinrichtungen. Selbsthilfegruppen im Bereich der AIDS-Problematik haben einen Akzeptanzvorsprung gegenüber staatlichen Stellen bei den Gruppen, die von dieser Krankheit besonders betroffen sind. Der Staat muß dies anerkennen und ihre Arbeit fördern. Das sind nur Beispiele. Der Berliner Senat wird, wo immer er das durchsetzen kann, nach Möglichkeiten suchen, um Solidargemeinschaften, kleine überschaubare Einheiten, Selbst- und Nächstenhilfe zu ermöglichen und zu fördern.

Natürlich ist die Zusammenarbeit zwischen staatlichen Stellen und der Selbsthilfebewegung, die sich ja zu einem erheblichen Teil als autonom begreift, auch in Berlin nicht ohne Probleme. Wir streiten über die Verteilung der naturgemäß nicht unbegrenzt zur Verfügung stehenden finanziellen Fördermittel. Das gilt auch für den Umfang des Einsatzes professioneller Kräfte in diesem Bereich.

Entscheidend ist, daß auch diese Auseinandersetzungen von beiden Seiten mit dem Willen zu einer konstruktiven Einigung geführt werden, ohne ideologische Schärfe. Wo einige Gruppen meinen, Richtlinien und Förderkriterien seien autonomiefeindlich, und Unverständnis für demokratische Entscheidungsfindungen zeigen, wird der Senat seine Position mit Selbstbewußtsein und gelassen vertreten.

Die mangelnde Gesprächs- und Kooperationsbereitschaft der Gesellschaft hat zur Zeit der Studentenbewegung viele Jugendliche der parlamentarischen Demokratie innerlich entfremdet. Die Reform euphorie der siebziger Jahre, die nicht halten konnte, was sie versprochen hat, führte zu Enttäuschung und dem stillschweigenden Rückzug aus der Politik. In Berlin kann es gelingen, durch eine konstruktive und unideologische Zusammenarbeit viele Berührungsängste und gegenseitige Vorurteile abzubauen. Gesprächsbereitschaft und Toleranz gegenüber abweichenden Lebensformen sind unerläßliche Voraussetzungen für die Festigung unserer politischen Kultur.

Die 68er haben versucht, die Gesellschaft im Großen und Ganzen zu verändern. Wie wird sie tatsächlich verändert? Vielleicht im Kleinen und Besonderen?

Michael Sontheimer

Rebellion ist gerechtfertigt

Bericht eines „Post68ers“

I. Selbstbestimmung, Freiheit und Abenteuer

„Die Idole der Jugend bewohnen
nicht mehr die Welt der Erwachsenen.“

Kollektiv RAF, 1971

Es war Ostern 1968. Wir hatten unsere Carrera-Autobahn aufgebaut und rasten durch die Steilkurven, als der Vater meines Freundes hereinkam. Er erklärte mehr sich selbst als uns, daß „diese Studenten jetzt völlig durchdrehen“ würden. Nach den Schüssen auf Rudi Dutschke hatten Demonstranten das Springer-Hochhaus belagert. Eine BZ lag auf dem Tisch und auf der ersten Seite prangte ein Foto mit brennenden Springer-Autos. Es hatte eine größere Faszinationskraft auf uns als die elektrischen Rennautos. „1968 fing der Planet Feuer“, sagt Dany Cohn-Bendit.

Wir waren gerade dreizehn geworden und kannten Rudi Dutschke aus den Zeitungen und aus dem Fernsehen. Er gefiel uns. Weniger, weil wir seine scharfsinnigen Analysen verstanden hätten, sondern weil er mit seinen Bartstopplern wie ein Rebell aussah. Wir hatten das Gefühl, daß er gegen die Falschheit und den Stumpfsinn predigte, von denen wir uns eingekreist fühlten. Wir interessierten uns schon für Politik, lasen von der Ermordung Martin Luther Kings und den Ghettoaufständen der Schwarzen, vom Pariser Mai und dem elenden Ende des Prager Frühlings. Gleichwohl waren diese aufregenden Ereignisse weit weg von unserer Welt pubertärer Bürgerkinder.

Wir — das heißt Jahrgang 55. Wir gehörten naturgemäß nicht zum Kern der Revolte, doch wir gerieten sehr schnell in ihren Sog. Ohne daß es uns damals so recht bewußt wurde, formten uns die Ideen von 68. Wir fanden unsere Identität im Widerspruch zu den herrschenden Verhältnissen. Die Ideen von 68 — an ihnen sind die letzten 20 Jahre nicht spurlos vorübergegangen. Sie wurden modifiziert und reformiert, pervertiert und begraben, weiterentwickelt und verraten. Bei diesem Prozeß spielte unsere Generation eine nicht unwichtige

Rolle. Wenn schon ein Etikett gefordert ist, dann sind wir „Post68er“.

Wir kamen zunächst durch einen geographischen Zufall in Kontakt mit den Aktivisten der Studentenbewegung: An unserer Schule vorbei führte eine große Straße. Sie verband die heruntergekommenen Quartiere der Berliner Innenstadt mit Dahlem, wo die Freie Universität liegt. Wenn wir mittags von der Schule nach Hause trampelten, luden uns Studenten in ihre Enten, Käfer oder R4's. Es waren zumeist freundliche Figuren, die einen ernst nahmen — endlich mal Erwachsene, die einen ernst nahmen. Sie sprachen über Vietnam — und wir lauschten interessiert. Es gab Parties bei Studenten mit Matratzen auf dem Boden und lauter Musik. Das gefiel uns.

Von heute aus betrachtet, gerieten wir sehr zufällig in die Bewegung, jedenfalls war dies kein rationaler Prozeß. Uns zog die Auflehnung an. „Rebellion ist gerechtfertigt.“ Den Satz von Mao Tse-tung merkten wir uns schnell. Was uns abstieß, waren Gewalt, Unterdrückung und Krieg. Ich bin sicherlich nicht der einzige, der nie mehr jenes Foto vergessen wird, auf dem das angstverzerrte Gesicht eines namenlosen Vietcong festgehalten ist, Sekunden, bevor ihn der Polizeichef von Saigon auf offener Straße hinrichtet. Andere, noch schrecklichere Bilder, die — auch wenn das pathetisch klingt — mein Leben verändert haben, fand ich im Bücherregal meiner Eltern: einen Foto-Band mit dem Titel „Der gelbe Stern“ — über den Holocaust.

Mit unserem kindlichen Erschrecken über grausames Unrecht waren wir allein. Die Lehrer belästigten uns wieder und wieder mit ihren Geschichten aus Stalingrad oder der russischen Gefangenschaft. Die Erwachsenen sprachen nicht über die Jahre zwischen 1933 und 1945 oder sie stellten sich als die schändlichen Betrogenen hin. Sie waren als Vorbilder unbrauchbar, also suchten wir uns eigene. Die Rolling Stones sangen „I can't get no satisfaction“, später „street fighting man“. Janis Joplin's *message*

hieß: „Freedom is just another word for nothing left to loose.“ Jim Morrison: „We want the world an we want it now!“

1969 war die Studentenbewegung auch an unser ehrwürdiges Berliner „Gymnasium zum Grauen Kloster“ geschwappt, in Gestalt von zwei Lehrern. Im Deutsch-Unterricht wurde nicht mehr „Die Kraniche des Ibcus“ gepaukt, sondern über den Vietnamkrieg diskutiert. Wir hingen in der letzten Reihe, legten die Füße auf die Schulbank, rauchten und kamen uns wichtig vor. Als die beiden besagten 68er-Lehrer nach einem halben Jahr wieder entlassen werden sollten, organisierten wir ein „Sit In“ vor der Aula. Die Andacht zu Beginn des Schuljahres wurde zu einem „Teach In“ umfunktioniert.

Für diese Aktion brauchte die „Ad hoc-Gruppe“ ein Megaphon, um die Mitschüler stilgemäß zu agitieren, also marschierten wir in eine Seitenstraße des Kurfürstendamm, wo die Kommune 2 residieren sollte. Dort übergab uns ein freundlicher Herr mit Brille das Megaphon, und zu unserer Verblüfung, ja Enttäuschung, entsprach er gar nicht dem bürgerscheckenden Schauerbild eines Kommunarden. Er hatte keine langen Haare und nicht mal einen Bart. Wir waren dennoch beeindruckt; es war unsere erste Begegnung mit einem Pionier des kollektiven Lebens — von dem wir alle träumten. Das „Elend der bürgerlichen Kleinfamilie“ hatten wir ja zur Genüge im Elternhause studiert. Später, in den siebziger Jahren, zogen wir dann selber in Wohngemeinschaften.

In düsteren Kneipen, bei Rockkonzerten oder in den Gruppen und Komitees aller Couleur erlebten wir zuvor ein völlig neues Gefühl von Gemeinschaft. Ob Aristokratentochter oder Arbeitersohn, wir fühlten uns als *brothers and sisters* — es gab nur noch Genossen. Unser Ziel war die „klassenlose Gesellschaft“, das Ende der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Wir — das war zwar nur „eine kleine radikale Minderheit“, aber doch ein beträchtlicher Teil der Jugend Ende der sechziger Jahre, die in der Rebellion und der Verweigerung eine eigene Identität fand.

Die meisten meiner Freunde und mich faszinierte an der Studentenbewegung weniger die Auseinandersetzung um die demokratische Hochschule oder um Imperialismus- und Revolutionstheorien, als vielmehr unser eigenes Leben. Wir wollten leben, wie es uns gefiel: Selbstbestimmung, Freiheit und Abenteuer. „On the road“ von Jack Kerouac vermittelte dieses individual-anarchistische Lebensgefühl. Ebenso Allen Ginsbergs wilde Gedichte oder

William S. Bourroughs düstere *Drop Out*-Romane. Die Beatniks predigten die permanente Ekstase und den Genuß von Drogen wie Marihuana und LSD. Das Bewußtsein wurde erweitert, oft auch nur verwirrt. Die Parole hieß Selbsterfahrung, Selbsterkenntnis, das Bedürfnis war Transzendenz. *The summer of love* in San Franzisco. *Love, peace and freedom*. Wir wurden Hippies. Alles Gute kommt aus Amerika.

Das galt paradoxerweise auch für unsere Eltern, die John F. Kennedy verehrten und daran glaubten, daß die Freiheit von Berlin mit Napalm in den Dschungeln Vietnams verteidigt werden muß.

Unsere Eltern nahmen wir damals ohnehin nicht ernst. Sie hatten sich ja nicht mal getraut, uns vernünftig aufzuklären. Wir redeten hingegen von der sexuellen Revolution und lasen Wilhelm Reich. Die Post68er gingen da schon etwas unbelasteter heran, als die 68er, die von der Verklemmtheit der fünfziger Jahre geprägt waren. Wir kamen später — das hatte eine ganze Reihe von Vorteilen. Was uns allerdings nicht davor bewahrte, mit unseren Ansprüchen der Auflösung der „bürgerlichen Zweierbeziehung“ mit Besitzanspruch und Eifersucht ebenso zu scheitern wie die ersten Kommunen.

„High sein, frei sein, Terror muß dabei sein.“ Trotz solcher radikaler Sprüche und rebellischer Posen: Zumindest anfangs waren wir harmlose Idealisten. Was uns allerdings nicht in den Kopf gehen wollte, war, daß dieses Land — wie Eltern, Lehrer und Politiker unentwegt beteuerten — der „freieste Staat auf deutschem Boden“ sein sollte. Die Reaktionen, die wir provozierten, sprachen eine andere Sprache: In der U-Bahn wurden wir wegen unserer langen Haare angepöbelt, Proleten beschimpften uns als „schwule Säue“. In der Großstadt ging es eigentlich noch. Als ein Freund von mir in einem niederbayerischen Bierzelt nicht aufstand, als die Blaskapelle „Alte Kameraden“ intonierte, fand er sich mit einem Schädelbruch im Krankenhaus wieder. Die Gewalt geht vom Volke aus. Der Nachhilfeunterricht in Staatsbürgerkunde, den uns die Polizei mit ihren Knüppeln auf der Straße verabreichte, tat sein übriges.

Wenn wir demonstrierten, brach sich das gesunde Volksempfinden freie Bahn: „Geht doch nach drüben“ war noch harmlos, „ab ins Arbeitslager“ normal, „alle vergasen“ nicht unüblich. Um uns herum — und das war eine bedrohliche Erkenntnis — ein Volk von Mitläufern, das vor 25 Jahren weniger vom Faschismus befreit, als zur Demokratie

zwangsbekehrt worden war. Nazis in Amt und Würden. Daß Bachmann, der Dutschke niederschloß, ein Hitlerporträt über dem Bett hatte, paßte bestens in dieses Bild.

Wer da nicht radikal wurde, war in unseren Augen ignorant, feige oder korrupt — unser Reflex auf den Haß, der uns entgegenschlug, war Arroganz: „Spieß, Neckerkämmer, Faschisten.“

II. Das schwere Erbe von '68

„Ich bin gegen die Diktatur des Proletariats, weil ich gegen jede autoritäre Herrschaft bin.“

Dany Cohn-Bendit, 1968

Die Studentenbewegung von 1968 demonstrierte, wie schnell soziale Bewegungen scheinbar aus dem Nichts hervorbrechen, aber sich auch in Windeseile völlig verändern, ja geradezu umkippen können. „Alles drehte sich ungeheuer schnell vom Antiautoritären ins Autoritäre“, erinnert sich Astrid Proll, die nicht viel später bei der RAF landete. „Es wurde sehr ernst und es setzte sich eine Rigidität durch, die ich heute überhaupt nicht mehr nachvollziehen kann.“ Che Guevara, so Astrid Proll, zuvor noch strahlender Held, sei als „Abenteurer“ verurteilt worden. Bereits 1970 nach der Auflösung des Sozialistischen Deutschen Studentenverbandes, SDS, begann die Mehrheit der Studenten Lenin, Stalin, Trotzki, Thälmann und andere kommunistische Führer zu verehren. Man öffnete die Kostümkiste der internationalen Arbeiterbewegung, der „Proletkult“ brach aus: Die langen Haare mußten ab, Drogen waren fortan verpönt — ein anständiger Arbeiter säuft schließlich. Ein Bruch, der aus Erfahrung der eigenen Ohnmacht und der Suche nach politischen Bündnispartnern verständlich war, doch wir standen skeptisch am Rande. Die ‚deutsche Arbeiterklasse‘, in der die Gründer der diversen kommunistischen Parteien das Heil wähten, war und blieb uns suspekt. Wir, Anfang der Siebziger noch Schüler, glaubten nicht recht an die Revolution; vielleicht irgendwo in der Dritten Welt, aber nicht ausgerechnet in Deutschland. Schon da deutete sich ein Skeptizismus und Pragmatismus an, der uns von den 68ern, jedenfalls von ihrer selbsternannten Avantgarde, unterscheidet.

Als wir Mitte der siebziger Jahre an die Universitäten kamen, fanden wir dort das Erbe der Studentenbewegung vor, eine jämmerliche Hinterlassenschaft. Ein halbes Dutzend Studentenorganisationen der verschiedenen kommunistischen Parteien bekämpften sich ebenso unentwegt wie unerbittlich. Diese Vereine, hießen sie nun KSV, KHG,

KSBML oder KB, belagerten rund um die Uhr den Campus mit ihren Büchertischen. Wer sich allzu sehr für eine Broschüre interessierte, mußte sich alsbald dagegen wehren, einer Rekrutierung zum Opfer zu fallen. Die einen sammelten für einen Landrover für die simbabwesische Befreiungsfront ZANU, die anderen für eine Poliklinik in Kreuzberg. Die einen waren erschüttert über den blutigen Militärputsch gegen die Unidad Popular Salvador Allendes in Chile, die anderen begrüßten ihn als verdientes Ende eines „Sozialfaschisten“. Es ging soweit, daß die Maoisten mit Eisenstangen auf die Trotzlisten einschlugen. Die politische Ohnmacht dieser Sekten führte dazu, daß sie sich wesentlich verbissener untereinander bekämpften, als den „Klassenfeind“, „die Bourgeoisie“ oder den „Imperialismus“, das alles umfassende Feindbild.

Unvergeßlich das Frühstück am 1. Mai 1975 in unserer Wohngemeinschaft: Als die Sponti-Fraktion in die Küche stürmte, um noch schnell einen Kaffee zu trinken, bevor wir zur Mai-Demonstration aufbrachen, saßen dort die beiden Maoisten in ihren Konfirmationsanzügen, weißen Hemden und Krawatten. Wir kriegten uns vor Lachen kaum ein über ihren Aufzug. „Heute ist der Festtag der Arbeiterklasse“, erklärten sie zutiefst beleidigt und weigerten sich, zusammen mit uns in unseren schmutzigen Lederjacken zur Demonstration zu fahren.

Solche skurrilen Konflikte waren freilich nur ein Teil des Zerfallsprozesses der Bewegung. Uns verband immerhin noch das Primat des Politischen. Andere saßen längst zu Füßen verschiedenster Gurus, hatten sich karriereförderndere Meinungen zugelegt, sich in Landkommunen verkrümelte oder waren auf andere Weise resigniert.

Bei aller Verachtung des Sektenkrieges — auch unsere eigene gesellschaftliche Heimatlosigkeit brachte uns dazu, uns zu organisieren. Wir organisierten uns selbst, autonom, an der Universität in einer „Historikerinitiative“, außerdem in einer Stadtteilgruppe. Wir definierten uns gegen den Dogmatismus der K-Gruppen: Statt Kaderprinzip

und Hierarchie vom Kandidaten bis zum ZK setzten wir Demokratie und Kollektiv. Inspiriert von der italienischen radikalen Linken nannten wir uns Spontaneisten. „Spontis“ wurde das abgekürzt, und die traditionellen Linken wie Hermann Gremliza von „Konkret“ schmähten uns als „kleinbürgerliche Abenteuer“ oder Anarchisten. In Wirklichkeit machten wir eine undogmatische, vergleichsweise populäre Politik, die auf die Bedürfnisse der Leute einging. Statt die von der anonymen Massenuniversität verunsicherten Kommilitonen aus den ersten Semestern in den aktuellen Fragen des Klassenkampfes zu schulen, luden wir sie zu Kaffee und Kuchen ein, um gemeinsam über den „Uni-Frust“ zu lamentieren.

„Das Persönliche ist politisch“, hieß die Devise; oft hatte das Ganze auch recht unpolitische Züge. Die Universität war eine Spielwiese; die Verbissenheit, mit der gegen das Hochschulrahmengesetz ge-

kämpft wurde, hatte, von heute aus betrachtet, lächerliche Züge. Ebenso unser Vulgärmarxismus, für den das Postulat, daß die Geschichte eine Geschichte der Klassenkämpfe ist, wichtiger war, als die Details und konkreten Widersprüche eben jener Geschichte. Freilich verstiegen sich damals beide Seiten: Wenn wir beispielsweise seine Vorlesung zu einer Debatte über aktuelle hochschulpolitische Fragen umfunktionieren wollten, erblickte der Fachbereichsvorsitzende Ernst Nolte in uns sofort marodierende SA-Horden.

Die wirklich ernste Politik hatte mit der Uni nichts zu tun. Das waren zum Beispiel die Hungerstreiks der RAF-Gefangenen und die verbotenen Demonstrationen nach dem Tod von Holger Meins, auf denen wir Tränengas schluckten und mal wieder vor den Knüppelgardien davonrannten. Die RAF war das fatalste Erbe, das uns die 68er hinterlassen hatten.

III. Die Emanzipation von '68

„Alle waren das ewige ‚Weg mit!‘ und ‚Nieder mit!‘ leid, denn kaum einer wußte ‚was hoch?‘

Gabriele Göttle

Es war ein sonniger Wintertag im Februar 1978, als wir wieder einmal durch die Straßen Berlins zogen. Zehntausende aus der ganzen Bundesrepublik, aber auch Genossen aus Frankreich und Italien, waren zum „Tunix-Kongreß“ in die Stadt gekommen. Stundenlang wurde freudig eine schwarz-rot-goldene Fahne durch die dreckigen Straßen geschleift und schließlich am Ku-Damm angezündet. Das war den Exekutoren des staatlichen Gewaltmonopols dann doch zuviel: Sie knüppelten uns auseinander.

Dies paßte wiederum wunderbar in unser Bild vom „Modell Deutschland“. Wir registrierten, daß Sozialdemokraten Berufsverbote gegen Linksradikale und Kommunisten verhängten. Ulrike Meinhof unter dubiosen Umständen in Stammheim zu Tode kam, während für das ehemalige SS-Mitglied Schleyer Staatstrauer angeordnet wurde. Als im „Deutschen Herbst“ 77 die RAF Hanns Martin Schleyer und später dann einen Lufthansa-Jet entführte, fühlten wir uns mit dem Rücken zur Wand. Der Moralismus der RAF war vollends zu Zynismus und Unmenschlichkeit pervertiert. Politiker dachten ihrerseits öffentlich darüber nach, die Todesstrafe für Terroristen einzuführen. Und wer sich

nicht eindeutig auf Seite des Staates schlug, war schon ein Sympathisant des Terrorismus – fanatischer Fundamentalismus auf beiden Seiten der Front im nichterklärten Bürgerkrieg.

Wir waren nicht für die RAF, aber für eine politische Auseinandersetzung mit ihrer tödlichen Ideologie und Praxis. Das Info-BUG, die Hauspostille der Berliner Spontis, das immer auf diesen Dialog gesetzt hatte, wurde wegen des „Verdacht der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung“ kriminalisiert. Als Grundlage diente eines der Anti-Terror-Gesetze der Sozis, dieser „ewigen Verräter“. Wir fühlten uns auch von den meisten 68ern verraten, die um Planstellen oder Forschungsaufträge kämpften, anstatt gegen die Repression. Sie hatten sich arrangiert, während wir schutzlos den Law- und Order-Politikern ausgesetzt waren. Wir hatten die Schnauze voll.

Johnny Eisenberg ist ein paar Monate jünger als ich. Er gehörte damals zu den Initiatoren des Tunix-Kongresses, der unter dem von den Bremer Stadtmusikanten entliehenen Motto stand: „Etwas besseres als den Tod finden wir überall.“ Er erinnert sich: „Viele von uns wollten damals auswandern, weil sie schlicht keine Lust mehr hatten, in diesem Scheißland zu leben, mit seiner verkommenen Sozialdemokratie, die staatliche Repressionsapparate perfektionierte, wie es noch niemand in diesem

Land getan hatte.“ Tunix war, ohne daß wir das damals bemerkt hätten, der Beginn unserer Wende – zwar nicht gleich zum westdeutschen Staat, aber doch zu seiner Kultur und Gesellschaft. Das Motto „Tunix“ verkehrte sich hinter unserem Rücken in sein Gegenteil. Johnny: „Schon während Tunix tauchte dort Peter Glotz auf mit seiner Theorie der zwei Kulturen und erprobte die Strategie des Dialogs und der Integration, die zumindest dem Bedürfnis unserer Generation, gehört zu werden, Rechnung trug.“

Bis dahin hatten wir gegen den Vietnamkrieg, gegen die Verschulung der Universitäten, gegen die Berufsverbote, gegen die unmenschlichen Haftbedingungen der RAF-Gefangenen demonstriert. Immer gegen irgendeine Aktion des Staates, immer in der Defensive, zumeist ohne etwas zu verhindern oder zu verändern, immer in einer Konfrontation mit dem Staat, in der wir ohnehin keine andere Chance hatten, als uns Strafverfahren oder Schläge zu holen.

Bis dahin herrschte die dumpfe Vorstellung: „Es gibt kein richtiges Leben im Falschen“, zuerst müsse man die Revolution machen und dann wird die neue Gesellschaft aufgebaut. Die RAF zeigte, wie der Moralist als Revolutionär zum Monster mit Endsiegmentalität verkam, und spätestens Pol Pot begrub die Illusion von der Internationalen Solidarität der Unterdrückten dieser Erde auf den „Killing fields“ Kambodschas.

Aus Tunix wurde Tuwas, es begannen die alternativen Gründerjahre. Was hat es für Sinn, immer einer fernen Utopie hinterherzulaufen, ewig in der Negation zu verharren. Das neue Ziel war die konkrete Utopie. 1968 hatte Franz-Josef Degenhardt „Vatis Argumente“ verhöhnt: „Ärmel aufkrempelein, zupacken, aufbauen“. Zehn Jahre später machten wir uns diese Devise selber zu eigen. Zunächst wurde das „Netzwerk“ auf die Beine gestellt, ein Fonds zur finanziellen Unterstützung der alternativen Projekte, die allenthalben aus dem Spontisumpf sprießten. 1978 entstand die Alternative Liste in Berlin und kurz darauf in der Bundesrepublik die GRÜNEN. Ich persönlich landete bei der „taz“, der überregionalen alternativen Tageszeitung. „Wir warten nicht auf bessere Zeitungen“ hieß unser Werbeslogan; die „Drei Tornados“ reimten: „Lieber Hämmern, Sicheln, statt Jammern und Picheln.“ Johnny Eisenberg: „Die Alternativbewegung schäumte innerhalb kurzer Zeit auf, und in sie ließen sich erneut viele Hoffnungen investieren.“ (Wie diese dann wieder schmerzhaft von der Realität

des alternativen Alltags relativiert wurden, ist eine andere Geschichte.)

Heute ist Johnny gelegentlich als Justitiar für die taz tätig, ansonsten ist er ein erfolgreicher Rechtsanwalt. Vor der Tür seiner Kanzlei steht sein Mercedes, nicht mehr der rostige mit einem roten Stern hinten drauf, sondern ein metallicgrüner Combi. „Mein Verhältnis zu diesem Land hat sich völlig verändert“, befindet er. „Inzwischen gehöre ich zu denen, die die zwanzigjährigen Autonomen nicht zu Wort kommen lassen. Als Anwalt bin ich Teil des Repressionsapparates. Ich kann mir Gehör verschaffen und nicht wenige aus meiner Generation sind Parlamentarier, höhere Beamte, Journalisten, Ärzte oder Künstler geworden.“ Auch wenn wir immer über die Grünen herziehen, sind wir im Grunde heute grüne „Realos“.

Bei den Post68ern vollzog sich diese Wende zur realexistierenden Gesellschaft meist schneller als bei den 68ern. Weniger befangen in kruder Theorie, verfügten wir über den Pragmatismus, die alternativen Projekte zu realisieren. Weniger im dogmatischen Marxismus verfangen, hatten wir zudem frühzeitig die Brisanz eines entscheidenden politischen Konflikts der Zukunft erkannt.

1973 begannen Winzer und Bauern in einem bis dahin unbekanntem Dorf namens Whyll von sich reden zu machen. Ihre Parole hieß „KKW Nein“, sie leisteten Widerstand dagegen, daß ihnen ein Atomkraftwerk vor das Haus gesetzt werden sollte. Sie besetzten gar den Bauplatz und lieferten sich Schlachten mit der Polizei. Gierig auf alles, was nach Revolte roch, begannen wir Broschüren von Bürgerinitiativen zu lesen und verstanden zumindest, daß ein Atomkraftwerk die gefährlichste Maschine ist, mit der man Wasser heiß machen kann.

Der Marxismus prophezeit die gesellschaftliche Emanzipation durch die Entwicklung der Produktivkräfte als nahezu zwangsläufigen Prozeß: Elektrifizierung plus Sowjets sei Sozialismus, hatte Lenin geglaubt, und die Renaissance des Marxismus in den sechziger Jahren hatte mit diesem kritiklosen Glauben an das Heil durch Technik nicht gebrochen. Die Berichte des Club of Rome lassen dagegen keinen anderen Schluß zu, als daß der Planet dem ökologischen Kollaps zutreibt. Ob das Gift aus einem volkseigenen Betrieb oder einem kapitalistischen kommt, ist für den Fluß ziemlich unerheblich. Die ökologische Frage wirbelt auf die Dauer die bislang festgefügteten und nach dem Rechts-Links-Schema wohlgeordneten Fronten gründlich durch-

einander. In Gorleben demonstrierten nicht viel später Bauern neben uns Linksradikalen, trafen wir ältere Frauen ebenso wie kritische Wissenschaftler. Wir kletterten über den hohen Tellerrand des Ghettos, in dem wir bis dahin gelebt hatten.

Auf der ersten bundesweiten Demonstration gegen die Atomenergie in Bonn im Sommer 1979 traf ich Rudi Dutschke. Wir saßen lange auf dem Rasen des Hofgartens und Dutschke malte leidenschaftlich, in seiner einmaligen suggestiven Art zu sprechen, die Chancen einer grünen Partei aus. Sie war es, die letztlich 68er und Post68er wieder zusammengeführt sowie Dissidenten aller Art integriert hat.

Inzwischen hat die Republik den einstigen Frankfurter Sponti-Häuptling Joschka Fischer als ersten

grünen Minister erlebt. Die Spontis waren der entscheidende Motor für die Emanzipation von dem Fundamentalismus von '68 und seinen Dogmen. Gleichzeitig repräsentiert die fundamentalistische Strömung der Grünen die von den kommunistischen Sekten geprägte Ghetto-Mentalität der siebziger Jahre.

Rudi Dutschke hat den nachhaltigen Erfolg der Grünen nicht mehr erlebt. Er starb wenige Wochen vor der Gründung der Partei an den Spätfolgen des Attentats auf ihn aus dem Jahre 1968. Seine Frau schreibt heute: „Ich arbeite für die grüne Bewegung der Vereinigten Staaten, denn die Grünen sind unser Vermächtnis.“ Das klingt fast kitschig, doch es macht auch Mut.

IV. APO-Opas, Friedensbewegte, Autonome

„Mollis statt Müsli“ – Berliner Graffiti, 1981

Dezember 1980, eine Vollversammlung der Hausbesetzerbewegung, die gerade in den Westsektoren Berlins für Furore sorgt: „Seid ihr eigentlich vollkommen bekloppt, ausgerechnet ALDI plündern, dieses junkfood zieht ihr euch rein!“ Juppi, einer der Vorzeige-Alternativen von der UFA-Fabrik kann es nicht fassen. „Geh doch nach Hause Bio-Brot backen, du APO-Opa“, kontert ein Punk.

Die Kulturrevolution, die 1977 in London mit „Anarchy in the U. K.“, „No Future“ und anderen rohen Gesängen der Punk-Gruppe Sex-Pistols begann, hat auch hierzulande Epigonen gefunden. Ihre Haare sind kurz, stachlig und bunt. Sie rebellieren nicht nur gegen das „Schweinesystem“, sondern auch gegen die ergrauten 68er und die etablierten Alternativen, die ihnen in Gestalt von Eltern oder Lehrern auf die Nerven fallen: „Scheißhippies, Theoriewichser, Sozialärsche, Müslis . . .“ Solche Anwürfe machen den vormaligen Revolutionären von '68 mehr zu schaffen, als alle Kritik von rechts. Sie beklagen ihrerseits die Sprachlosigkeit, die Theoriefeindlichkeit, den Nihilismus der neuen Rebellen. Es gibt auch Studenten unter den Hausbesetzern, doch sie versuchen ihre Bildung zu verstecken. „Studi“ ist ein Schimpfwort geworden, der Rebell von '81 hat keine Arbeit und keine Perspektive.

Die Nächte zwischen den Barrikaden sind wie ein Rausch. „Keine Atempause, Geschichte wird gemacht, es geht voran“, heißt die Bewegungshymne. Ein Wunsch freilich: Obwohl es in diesen

Tagen auch in Zürich, London und Amsterdam brennt, der Aufstand der Hausbesetzer auch viel radikaler und militanter ist als die Studentenrevolte – er wird es gleichwohl in der Historiographie höchstens zu einer Fußnote bringen. Geschichte wurde 1968 gemacht.

Die Polizei verzweifelt, denn die Bewegung hat keine Führer mehr, an die sie sich halten könnte. Sprachen die Studenten oft in schwer verständlichen Begriffen, so verweigern die Rebellen von '81 schlicht den Dialog. Sie haben keine wirkliche Utopie mehr; sie haben wenig zu verlieren und dementsprechend schlagen sie zu. „Dagegen waren wir ja harmlose Bürschen“, staunt SDS-Veteran Tilman Fichter nach einer großen Straßenschlacht. Er ist mittlerweile in der SPD, auf der anderen Seite der Barrikade. Die Rolle der realpolitischen Abwiegler der Bewegung fällt den „Post68ern“ zu.

Die Autonomen spekulieren darauf, den Aufstand auszuweiten, sie träumen ebenjeneren Traum von der Revolution, von dem wir uns verabschiedet haben. Wir treten in der Lokalredaktion der taz dafür ein, mit dem Senat und den Wohnungsbaugesellschaften um Verträge für die okkupierten Häuser zu verhandeln. Für die jungen, radikalen Wortführer der Bewegung sind wir Agenten des ‚allgegenwärtigen Schweinesystems‘, die die Bewegung integrieren und unschädlich machen wollen: Verräter, ‚etablierte Arschlöcher‘. Die kleine, radikale Minderheit des Jahres 1981 will nicht mehr Springer enteignen, dessen Blätter genüßlich gegen die „Chaoten“ hetzen, sie radaliert lieber in den Redaktions-

räumen der taz. Trotz der zur Schau gestellten Verachtung der Jungen, der Punks und der Autonomen gegenüber den APO-Opas solidarisierten sich viele 68er mit den 81ern. Linke Professoren halten Vorlesungen in besetzten Häusern, ziehen dort ein, um Polizeiübergriffe bei Räumungen zu verhindern. Eine neue Generation der Revolte funktionalisiert die alte.

Eines wird uns klar: Jahrelang haben Mieterinitiativen Unterschriften gegen die katastrophale Wohnungspolitik gesammelt, es geschah nichts. Erst als auf dem Ku-Damm die Scheiben klirrten und Barrikaden in Flammen aufgingen, übertrafen sich die Politiker darin, die verfehlte Wohnungspolitik zu kritisieren. Rebellion ist nicht nur gerechtfertigt, sie kann auch erfolgreich sein. Über siebzig besetzte Häuser kann der Berliner CDU-Senat nicht räumen. Die Vision von der Selbstverwaltung der „rechtsfreien“ Räume ist allerdings in den meisten Häusern schon nach wenigen Monaten im Dreck und Psychoterror untergegangen.

August 1984, Mutlangen, ein Friedenscamp gegen die Stationierung der Pershing II: Für ein paar Wochen hausen Hunderte von Pazifisten in Zelten und Zirkuswagen und verwalten sich selbst. Da Demokratie nicht die Unterdrückung der Minderheit durch die Mehrheit sein soll, heißt die Devise „Basisdemokratie und Konsensprinzip“. Alle sollen über alles entscheiden, und es wird solange diskutiert, bis sich alle einig sind. Unser Tagwerk besteht aus dem Besuch von Sprecherräten, „Fischbeken“, Bezugsgruppenversammlungen oder Konsensfindungskreisen. Trotz harter Arbeit ist das Ergebnis meist Untätigkeit. Da man sich nie auf einen Aktionsvorschlag einigen kann, wird letztlich gar nichts gemacht. Eine Stadt oder ein Land, das sich so demokratisch verwalten würde, wäre innerhalb kürzester Zeit verhungert. Über allem schwebt das Gebot der bedingungslosen Friedfertigkeit. Auf den zahlreichen Versammlungen darf nicht gelacht, geklatscht oder geflucht werden, damit die jeweiligen Redner oder Rednerinnen nicht unter Druck

gesetzt werden. Stundenlang muß man sich gleichbleibend freundlich den größten Unsinn anhören. Die absurdeste Szene: Zwei Kinder, die das für Erwachsene obligatorische „gewaltfreie Training“ nicht absolviert haben, streiten sich um einen Ball und gehen ernsthaft aufeinander los. Vollkommen entsetzt und unfähig, dazwischenzugehen, stehen die Friedensaktivisten daneben. Sie singen wie schon bei den Ostermärschen der sechziger Jahre „We shall overcome“. Etliche 68er sind dabei, noch mehr, die '68 verschlafen haben.

Nachdem die Polizei so schlau ist, Heinrich Böll, Günther Grass und andere Prominente nicht wegzuschleifen und festzunehmen und die wochenlang geprobte Inszenierung einfach sabotiert, fangen ein paar gelangweilte Aktivisten an, die Straße vor dem US-Militärcamp aufzumeißeln und Blumen zu pflanzen. „Laßt das“, verlangt ein friedensbewegter Schwabe, „das ist Gewalt“.

Mindestens ebenso absurd und lächerlich wie die Mystifizierung der „Randale“ durch die Autonomen ist die rituelle Beschwörung der absoluten Friedfertigkeit. In Mutlangen herrschte größere Angst vor den Autonomen, die die wochenlang geprobte Blockade durcheinanderbringen könnten, als vor der Polizei. „Es gab keine produktive Vermittlung von Erfahrungen zwischen den politischen Generationen“, beschreibt der ehemalige SDS-Mann Klaus Hartung das Dilemma. Nicht nur die Diskussion der Gewaltfrage dreht sich seit 1968 mit wechselnden Akteuren im Kreise.

Ich war nach Mutlangen gefahren, um meine Vorurteile gegenüber der Friedensbewegung zu korrigieren. Sie erschien mir jedoch schlimmer, als ich es mir mit der bösesten Phantasie ausgemalt hatte. In der Friedensbewegung dominieren Sozialdemokraten, Pfarrer, Lehrer, Mütter, Ärzte, der neue Mittelstand. Uns dämmert, daß der alternative Spießier nicht das ist, was wir uns einmal unter dem „freien Individuum“ vorgestellt haben. Gabriele Göttle spottet über diese Spezies: „Sie schlafen auf Roßhaarstrahlen den bleiernem Schlaf der Selbstgerechten.“

V. Schrecken eines Sieges

„Die 68er Bewegung hat den Alltag fest in der Hand.“

Rainer Langhans, 1988

„Das meeting war vielleicht uncool. Die ganzen Machokisten, die da abliefen, voll abtörnend. Ein

einzigster Frust, jeder war irgendwie auf einem anderen Trip. Wir haben echt zwei Tage gebraucht, um uns wieder zu relaxen.“ In diesem Stil — wenn auch nicht ganz so schlimm — redeten wir Mitte der siebziger Jahre. Nur: Wenn wir damals gewußt hätten, was das für verheerende Folgen haben sollte. Heute

ist diese verkommene Sprache bis in jedes zweitklassige Fernsehspiel, bis in jede Bankfiliale vorgebrungen. Aus dem Jargon der linksradikalen Subkultur ist gängiges Neudeutsch geworden.

Das Phänomen läßt sich auf verschiedene Weise formulieren. Erste Variante: 1968 begann die einzige Revolution auf deutschem Boden, die wirklich in den Köpfen der Menschen etwas verändert hat. Zweite Variante: In den Sphären der Mode und der Kultur wurden die Symbole von '68 integriert, um sie so ihres sozialen und politischen Hintergrundes zu berauben, konsumierbar und unschädlich zu machen.

So oder so. Die Diskrepanz zwischen der kulturrevolutionären Durchschlagskraft der Studentenbewegung und ihrer politischen Erfolglosigkeit ist eklatant. So sinnvolle Forderungen wie nach dem Nulltarif für öffentliche Nahverkehrsmittel sind heute ebenso utopisch wie vor zwanzig Jahren. Dagegen hatten die Polizisten, die uns Mitte der siebziger Jahre knüppelschwingend auf Demonstrationen gegen die Erhöhung der Bus- und U-Bahnpreise hinterherspurteten, schon längere Haare als wir weiland in den Sechzigern.

Was aus den Ideen der kleinen radikalen Minderheit wurde, nachdem sie von der Mehrheit aufgesaugt wurden, kann ihre altgedienten Protagonisten nur zur Verzweiflung bringen. Dem Aufstand der SDS-Frauen gegen die ‚Macker‘ dankt beispielsweise heute eine christdemokratische Frauenbeauftragte ebenso ihren Job wie die Inhaberinnen im besten Bürokratendeutsch so genannter „Gleichstellungsstellen“. Was in chaotischen Wohngemeinschaftsdebatten begann, endete in der Therapiegesellschaft. Das Brechen der Tabus der Sexualität ebnete das Terrain für die widerliche Porno-Industrie.

Die Stern-Kolumnistin Paula Almqvist verbreitet sich unter dem Motto „Gefühle '88“ über das „Zeitgeist-Phänomen“ der „Beziehungskiste“. Im Sponti-Slang der siebziger Jahre stand „Kiste“ noch für etwas sperriges, man laborierte an „Autoritätskisten“ wie an „Beziehungskisten“. In der Sponti-Postille „Info-BUG“ wurde alsbald heftig über Macker und Softis debattiert. Daß Frau Almqvist den Ursprung der „Beziehungskiste“ recherchieren würde, ist offensichtlich zu viel verlangt. Sie kommt stattdessen zu folgenden Erkenntnissen: „In der Beziehungskiste begnügt man sich nicht mit so läppischen Fragen wie der, mit wie vielen Männern/

Frauen der andere schon geschlafen hat. Sondern schließt in die Penetration der Partnerseele sowohl Beates Vorfahren wie auch Bernds Nachmieter ein.“

Ob je — das Bildungsbürgertum hat die Emanzipationsdebatten in einer Geschwindigkeit aufgesaugt, die wir uns nie haben träumen lassen. Das Niveau, auf dem sie dort heute vielfach verwest werden, hätten wir allerdings in keinem Alptraum antizipieren können. Positiv hingegen: Der Feminismus, ursprünglich ein Zerfallsprodukt der Bewegung von '68, hat sich zwar nicht mit seinen radikalen Forderungen durchgesetzt, aber doch die Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern in nahezu allen gesellschaftlichen Sphären vorangebracht. Neben der Entdeckung der Ökologie haben die Ideen des Feminismus einen breiten Bewußtseinswandel, ein Stück reale Veränderung erreicht.

Schon 1983 war im „Pflasterstrand“ zu lesen: „Wo jeder sich als Dissident fühlt, und sei es hinter der verschlossenen Reihenhaustür, verliert der Revolütierende die Aura des Unerhörten und damit ein Stück der Gewißheit seiner Bedeutung.“ Ein Freund, inzwischen Abgeordneter des Europa-Parlaments, spottet über den daraus oft resultierenden elitären Dünkel: „Jahrelang konnte man sich als einsame Avantgarde gefallen, und wenn dann die Massen endlich die propagierten Ideen übernehmen, ist man beleidigt.“

Weniger beleidigt als deprimiert kann man angesichts dessen sein, welche der politischen Ziele von '68 erreicht wurden. Es soll hierbei gar nicht von der Revolution die Rede sein, sondern von den radikal-demokratischen, humanistischen Forderungen. Nach dem Urteil von Heinrich Albertz ist das „nichts oder fast nichts“. „Wir haben die Erfahrungen der späten 60er Jahre gemacht“, schreibt der ehemalige Regierende Bürgermeister West-Berlins, „als die junge Generation, vor allem Studenten, letztlich aus einem einzigen Grunde rebellierte: der Unglaubwürdigkeit der Mächtigen, dem Widerspruch zwischen Gesagtem und Getanem, dem Zerfall der Wertvorstellungen in einer Gesellschaft, in der Freiheit vor allem die Freiheit der Ellenbogen des Stärkeren bedeutet.“

Für Albertz, der regierte, als am 2. Juni 1967 der Student Benno Ohnesorg von einem Polizisten getötet wurde, wurde dieser Tag zu einem Wendepunkt. Heute sagt er: „Wir zerstören systematisch die Schöpfung Gottes, wir beuten die Völker der Dritten und Vierten Welt rücksichtslos aus, wir rü-

sten uns zu Tode . . . Der Graben der Widersprüche ist seit 1967 nur noch breiter geworden.“ Karl-Heinz Roth, ein ehemaliger Hamburger SDS-Aktivist, urteilt noch viel verbitterter und härter: „Wir leben in einer spätnazistischen Gesellschaft mit pseudoparlamentarischem Überbau.“

Anlaß zur Verzweiflung bietet sich genug. Zwanzig Jahre nach '68 wird ein Jugendlicher wegen Anschlügen auf Strommasten zu neun Jahren Gefängnis verurteilt; die Polizisten, die einen Demonstranten — zumindest fahrlässig — mit einem Wasserwerfer zermalmen oder jugendliche Autodiebe erschießen, brauchen nach wie vor keine Angst zu haben, dafür hinter Gittern darben zu müssen. Die Konfrontation zwischen rebellierenden Jugendlichen und der Staatsgewalt ist immer härter geworden: Gegen die Polizisten, die an den Zäunen von Wackersdorf dem Atomstaat sein brutales Gesicht

geben, erscheinen die Schupos des Jahres '68 mit ihren Tschakos geradezu operettenhaft — und viele Autonomen von heute sind gegen die Anarchisten der sechziger Jahre brutale *fighter*.

Die letzten zwanzig Jahre lassen sich allerdings auch ganz anders interpretieren: Die Gesellschaft ist der Politik weit voraus geeilt, die politische Klasse hat dank Lambsdorff, Viotor oder Barschel und manch anderen ihre Glaubwürdigkeit in einem Maße verloren, das 1968 nicht vorstellbar war. So gut wie niemand glaubt heute einem Umweltminister mehr, daß er die Atomwirtschaft wirklich kontrollieren kann. Kein Arbeitsloser nimmt den Politikern das Gerede vom Aufschwung ab. Es existiert allerdings ein entscheidender Unterschied zwischen 1968 und 1988: Das kritische Bewußtsein wird kaum noch in politisches Handeln umgesetzt.

VI. Neue Zeitgeister und alte Rechte

„Rebellion war 1968 keine Kunst.“

Markus Peichl

„Nicht die 68er Revolte erscheint mir heute lächerlich, sondern ihre Kinder. Die Zuspätgeborenen, die glauben, Rudi Dutschke sei erst gestern vom Fahrrad geschossen worden. Die Revolutionsromantiker, die von der RAF schwärmen und sich beim Schwarzfahren in die Hose machen.“ Der dies schrieb, heißt Lukas Koch und ist Redakteur des Zeitgeist-Magazins „Tempo“.

Sie haben es auch wirklich schwer, die jungen Männer, die in den letzten Jahren zum Kampf gegen die Hegemonie der 68er im Kulturbetrieb und in den Medien angetreten sind. Sie leiden, denn wohin sie auch blicken — überall sind schon 68er. „Sie halten das Feuilleton besetzt wie ein verstopftes Klo“, giftet der 29jährige „Tempo“-Chefredakteur Markus Peichl. „Sie überschütten das ganze Land mit ihrer Jammerkultur, delektieren sich am Innerlichkeitsgeseire des deutschen Autorenkinos.“ Es scheint kein rechter Platz mehr zu sein für die Protagonisten des aktuellen Zeitgeistes in der Heldengalerie der Kulturgeschichte des 20. Jahrhunderts. Also wird „der blauäugige Traum der Hippie-Ära“ posthum geschmäht, oder man mokiert sich über den „heroischen Widerstand der Linken“.

Nur, was ist die Alternative? Nehmen wir Matthias Horx, einen Post68er und ehemaligen „Tempo“-Redakteur, der seit Jahren die kulturellen Folgen von '68 publizistisch ausweidet. Er feiert „die unmoralischen 80er Jahre“, in denen „die konsequenten Weltbilder auseinanderbröseln wie alter Käse“. Seine Vision: „Man stelle sich einmal vor, wenn es erst richtig losgeht mit dem produktiven Durcheinander. Wenn, sagen wir, die Bodybuilder philosophisch werden und die Yuppies links, die Liberalen radikal und die Spießer rebellisch, das Banale intellektuell und das Intellektuelle banal . . .“

Alles so schön bunt hier. Die Dekoration hat den Sinn verdrängt, der Effekt die Logik, die Form den Inhalt. Zeitgeist Horx über die gesellschaftlichen Auswirkungen der Revolte von '68: „Seit zwanzig Jahren hat das gesellschaftliche Ökosystem große Mengen mutationsfähiger Spezies hervorgebracht. Die Subkulturen und Sub-Subkulturen, das ganze Panoptikum vom Landfreak bis zum Turnschuhmanager. Aber es hat dies nicht getan, um sich zu ändern, sondern um stabiler zu werden. Mehr noch: Es hat Utopien, Revolten und Radikalismen nur deshalb hochkochen lassen, um große Brüche und Radikalprogramme oder radikale Umverteilungen ein für allemal zu verhindern!“

Fazit: Es ändert sich ohnehin nichts. Also das Heil in einer schönen Welt der beliebigen Banalitäten

suchen? Sich darüber ereifern, wer der Superstar der Saison ist? Die Frage, ob der neueste Megatrend gerade noch „in“ ist oder schon wieder „out“, verblaßt leider gegen die Fragen, die die 68er aufgeworfen haben, zur völligen Bedeutungslosigkeit. Das allerdings scheint auch der „Tempo“-Chefredakteur Markus Peichl zu ahnen: „Unsere Generation“, schreibt er, „hat keine Visionen, keine Utopie, keine Ideologie.“ Es wird nichts von ihr bleiben.

In ihrem Bemühen, '68 zu überwinden, treffen sich die jungen Zeitgeister mit den alten Rechten dieses Landes. „Nicht nur in Frankreich spricht man von der Generation der 68er“, so Franz-Josef Strauß in einer Rede im Jahre 1983. „Aber die damals ausgelösten Erschütterungen wirkten in Deutschland stärker und weiter als in allen westlichen Ländern.“ Werte wie „Disziplin, Ordnung, Leistung“ seien diffamiert worden. „Nicht nur hinter Begriffen wie Heimat, Vaterland, Dienst, Opferbereitschaft wurde ein angeblich reaktionärer, wenn nicht gar faschistoider Hintergrund ausgemacht.“ Strauß fordert: *Obsta principii*.

„Hitler haben wir, wenn auch vielleicht noch nicht endgültig, bewältigt“, schrieb der konservative Vordenker Ludolf Herrmann. „Nicht bewältigt aber haben wir die Bewältigung Hitlers, wie sie zur Studentenrebellion von 1968 und zu den fundamentalen Umwertungen der Folgezeit geführt hat.“ Herrmanns Forderung: „Die Wende, die wir benötigen, besteht nicht darin, daß wir ein weiteres Mal 1933 oder 1945 verdauen, sondern daß wir den nachträglichen Ungehorsam gegen Hitler überwinden.“

Die deutschen Tugenden, in deren Namen das Land zwei Weltkriege entfachte, sind tatsächlich in dem von '68 ausgehenden Wertewandel untergegangen. Das Utopia des Bundesbürgers ist nicht mehr der Arbeitsdienst, sondern der Freizeitpark. Konservativ, was deutsche Tugenden anbelangt, sind höchstens noch die Idealisten, die sich in ihrem Alternativprojekt der Selbstausschöpfung unterwerfen. Der ÖTV-Funktionär, der sich über eine drohende Kürzung von luxuriösen Beamtengehältern präventiv ereifert, hat sich die 68er-Parole „Nieder mit dem Leistungszwang“ auf absurde Art und Weise zueigen gemacht. Jürgen Habermas nennt es den „subkutanen Wandel der Einstellungen und Vorstellungen“.

'68 läßt sich nicht mehr rückgängig machen. Diese Erkenntnis ist auch schon in der CDU weit vorgeedrungen, genauer gesagt, christdemokratische 68er haben sie durchgesetzt. Wulf Schönbohm studierte in den sechziger Jahren in Berlin und mußte erschüttert feststellen, „daß die CDU auf die zentralen Fragestellungen der Studentenbewegung überhaupt keine Antwort wußte“. Heute ist er Leiter der Planungsabteilung im Bonner Konrad Adenauer-Haus und entwickelt moderne Strategien zum Machterhalt.

Sie haben ebenso wie der CDU-Querdenker Kurt Biedenkopf erkannt, daß es sinnlos ist, trotzig auf eine Revision der Nachkriegsgeschichte zu pochen. „Vor zwanzig Jahren waren die Deutschen Militärs und Saubermänner“, charakterisiert der 68er Klaus Wagenbach den Wandel des gesellschaftlichen Szenarios, „heute sind sie vergleichsweise unordentlich, unsauber und friedlich“. Es geht voran.

Literatur:

Gerhard Bauß: Die Studentenbewegung der sechziger Jahre, Köln 1983

Dany Cohn-Bendit: Wir haben sie so geliebt, die Revolution, Frankfurt 1987

Ulrich Chaussy: Die drei Leben des Rudi Dutschke, Frankfurt 1986

Peter J. Grafe: Schwarze Visionen — Die Modernisierung der CDU, Reinbek 1986

Matthias Horx/Albrecht Sellner/Cora Stephan (Hrsg.): Infrarot — Wider die Utopie des totalen Lebens — Zur Auseinandersetzung mit Fundamentalopposition und „neuem Realismus“, Berlin 1983

Matthias Horx: Die wilden Achtziger — Eine Zeitgeist-Reise durch die Bundesrepublik, München 1987

Claus Leggewie: Der Geist steht rechts — Ausflüge in die Denkfabriken der Wende, Berlin 1987

Mario Krebs: Ulrike Meinhof — Ein Leben im Widerspruch, Reinbek 1988

Kursbuch 65: Der große Bruch — Revolte 81, Berlin 1981

Kursbuch 89: Blüh im Glanze, Berlin 1987

Wilhelm Pevny: Die vergessenen Ziele — Wollen sich die 68er davonstehlen? Wien 1988

Reden über das eigene Land: Deutschland, Band 2, München 1984

Die alte Straßenverkehrsordnung — Dokumente der RAF — Mit Beiträgen von W. Pohrt, K. Hartung, G. Goettle, J. Bruhn, K. H. Roth, K. Bittermann, Berlin 1986

Jahresbände

Aus Politik und Zeitgeschichte

mit komplettem
Inhaltsverzeichnis

nur 25,— DM
zuzügl. Versandkosten pro Jahrgang

neu 1987

Jetzt bestellen!
Auslieferung nach
Fertigstellung und Bestelleingang



Noch begrenzt vorrätig (Preise w. o.)
Jahrgänge: 1984 — 1985 — 1986



Bundeszentrale
für politische
Bildung

Bestell- DAS PARLAMENT, Vertriebsabteilung
Adresse: Fleischstraße 62-65, D-5500 Trier

Claus Leggewie: 1968: Ein Laboratorium der nachindustriellen Gesellschaft? Zur Tradition der antiautoritären Revolte seit den sechziger Jahren

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20/88, S. 3–15

Das Jahr 1968 wurde zum „annus mirabilis“, weil sich in allen „drei Welten“ in Form von Revolten, Aufbrüchen und Generationswechslern dramatische Zuspitzungen ergaben, die den weltweiten Vormarsch eines nicht-autoritären, d. h. libertären und demokratischen Sozialismus versprachen. In den kapitalistischen Industriegesellschaften symbolisiert das geschichtsträchtige Datum '68 erstens den eruptiven, zum Teil gewaltförmigen Aufbruch (nicht nur) studentischer Protestgruppen mit sozialistischer Zielsetzung unterschiedlicher Spielart, zweitens einen langandauernden, eher „stillen“ kultur-evolutionären Prozeß des Bewußtseins- und Wertewandels bei größer werdenden Minderheiten. Nach zwanzig Jahren ist '68 endgültig Geschichte geworden. Es bleibt aber — zwischen Verklärung und Denunziation, zwischen Normalisierung und Unversöhnlichkeit — eine Unsicherheit der Bewertung, wie die Folgen dieses markanten Einschnittes in der Nachkriegszeit zu bewerten sind.

Eine nüchterne Analyse muß sich zunächst den ‚kairós‘ der Protestbewegung vergegenwärtigen; hier spielen (je länderspezifisch) Generationskonstellationen, die „Bildungsrevolution“ der sechziger Jahre und eine Konvergenz spezifischer Krisenlagen (Ende der Rekonstruktionsperiode, Legitimationsschwäche der politisch-administrativen Systeme, Vordringen immaterieller Werthaltungen) eine wichtige, sich gegenseitig verstärkende Rolle. Doch konnten sie nur zur Geltung kommen durch die Wirksamkeit spezieller Empörungsmotive, die in der Bundesrepublik in einer kombinierten und schockhaften Wahrnehmung der nationalsozialistischen Vergangenheit und des amerikanischen Vietnam-Debakels angelegt waren. Antifaschismus, Antimperialismus und Antikapitalismus waren damit die Antriebsmotoren eines Protestes, der jedoch nicht nur intellektuell-analytisch inspiriert, sondern durch die Wiedereroberung der „Straße“, permanenten Aktionismus und Experimente „neuen Lebens“ (in kollektiven Wohnformen, Erziehungsprojekten etc.) praktisch orientiert war.

Wo die Akteure in einem traditionellen Sinne programmatisch-revolutionär waren, ist von diesem Aufbruch wenig geblieben. '68 ist hingegen zum alltäglichen Bestandteil sozialer Wirklichkeit und damit selbst Tradition dort geworden, wo die Selbststeuerungs- und Selbstverwaltungspotentiale der „Lebenswelt“ nachhaltig gestärkt und dem Beteiligungs- und Selbstbestimmungsanspruch mündiger Bürger Rechnung getragen wurde. '68 ist insofern zu verstehen als ein „Laboratorium“ postindustrieller Verhältnisse, deren „genetischer Code“ seinerzeit nicht eindeutig determiniert war; seine Entwicklungspotentiale reichten vom Sozialliberalismus bis zum Terrorismus, vom offenen Republikanismus bis zur Fundamentalopposition, von liberal-libertären Selbstverwaltungsexperimenten bis zu neostalinistischen Reprisen. Jedenfalls liegen in den unfertigen Konzepten eines antiautoritären Sozialismus Optionen begründet, die sich auch für die Lösung der gegenwärtigen Dreifach-Krise (ökonomisch, politisch, kulturell) als interessant erweisen können. Voraussetzung ist, daß die Neue Linke ihren politischen Traditionalismus überwindet und das Projekt „ökologischer Demokratie“ (Ulrich K. Preuß) „hegemoniefähig“ macht. Die gegenwärtige Gemengelage politisch-kultureller Orientierungen quer durch die sozialstrukturellen Milieus und politischen Lager läßt dies durchaus als möglich erscheinen.

Hermann Lübke: Der Mythos der „kritischen Generation“. Ein Rückblick

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20/88, S. 17–25

Die Studentenbewegung, so heißt es, habe das Verdienst, die überfällige Hochschulreform erzwingen zu haben. In Wirklichkeit ist die Hochschulreform zehn Jahre früher als die Studentenbewegung in Gang gekommen und von dieser gestört und geschädigt worden. — Die Studentenbewegung, so heißt es weiter, habe sich der Verdrängung des Nationalsozialismus aus dem Bewußtsein der ersten deutschen Nachkriegsgeneration widersetzt und wirksam verlangt, daß man sich dem schlimmen Teil deutscher Vergangenheit endlich politisch und moralisch zu stellen habe. In Wirklichkeit hat die Studentenbewegung — statt dessen — die frühstalinistische Faschismus-Theorie wiederbelebt, derzufolge der Faschismus die terroristische Form der Selbstverteidigung des Kapitalismus sein soll. Der politische Zweck dieser Theorie-Renaissance war gerade nicht moralische Vergangenheitsbewältigung, sondern vielmehr der Versuch, die Bundesrepublik durch den Nachweis des „faschistoiden“ Charakters ihrer „kapitalistischen“ Gesellschaftsordnung zu delegitimieren. — Die Studentenbewegung, so heißt es schließlich, habe den Prozeß der Demokratisierung in Deutschland gefördert. In Wirklichkeit hat sie dazu beigetragen, daß in Teilen der deutschen akademischen Intelligenz der Sinn für die rechtlichen und verfahrensmäßigen Bedingungen liberaler Demokratie durch Favorisierung von politromantischen Idealen identitärer Demokratie geschwächt wurde.

Was erklärt die deutsche Neigung zum verklärenden Lobpreis der 68er Bewegung? Sie erklärt sich aus Schwächen des deutschen politischen Selbstgefühls. Väter, die es im nachhinein gern früher besser gemacht hätten, neigen stets zu Illusionen über ihre Söhne und Töchter.

Ulf Fink: 1968 — Die Antwort der CDU: Programmpartei

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20/88, S. 27–35

Die Studentenbewegung hat die Gesellschaft umfassend und nachhaltig politisiert. Wichtigstes Ergebnis dieser Politisierung ist das Entstehen einer Alternativkultur, die über das akademische Milieu inzwischen hinausreicht. Sie bildet die Basis für die neuen sozialen Bewegungen seit Beginn der siebziger Jahre. Anti-Kernkraft-, Friedens- und Frauenbewegung, aber auch die Selbsthilfebewegung, die vor allem in den achtziger Jahren aufgekommen ist, sind ohne die Studentenbewegung nicht denkbar. Trotz ähnlicher Aktionsformen und personeller Überschneidungen stehen sie zu ihr jedoch nicht in Kontinuität, sondern stellen eine Reaktion auch auf ihr Scheitern dar und unterscheiden sich von ihr in wesentlichen Punkten. Auf einen ideologischen Anspruch wird ebenso verzichtet wie auf eine materialistische Gesellschaftsanalyse. Im Vordergrund steht das Engagement hinsichtlich eines bestimmten Themas oder der Veränderung des eigenen überschaubaren Lebensbereiches.

Die Bewegungen, als deren parlamentarische Vertretung sich die Grünen begreifen, verlieren mit deren parlamentarischer Etablierung an Zuspruch und innerer Dynamik. Einerseits binden die Grünen personell einen Teil des Potentials, andererseits wird der außerparlamentarische Einsatz für bestimmte Themen entbehrlich, wenn die Parteien für eine effektive parlamentarische Behandlung sorgen.

Die CDU hat die Oppositionszeit der siebziger Jahre als Herausforderung angenommen und zu einer intensiven Grundsatzdebatte genutzt. Es wurden hier Parallelen zu dem Politikverständnis der neuen sozialen Bewegungen deutlich — sowohl in dem nichtmaterialistischen Politikansatz wie in der Analyse verschiedener Krisensymptome des modernen Staates. In Berlin, der heimlichen Hauptstadt sowohl der Studenten- wie der Selbsthilfebewegung, erkennt der CDU-geführte Senat das Engagement und die Arbeit der Selbsthilfegruppen an und fördert diese auf vielfältige Weise. Eine CDU, die ihre Grundsätze ernst nimmt, und eine Alternativbewegung, die konkrete Selbsthilfe über Ideologie stellt, können in einer konstruktiven Zusammenarbeit wesentliche Fortschritte in der Sozialpolitik bewirken.

Michael Sontheimer: Rebellion ist gerechtfertigt. Bericht eines „Post68ers“.

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20/88, S. 36–46

Die „Post68er“, Jugendliche, die in den Sog der Revolte des Jahres 1968 geraten waren, fühlten sich weniger von den Theorien der Studentenbewegung angesprochen als vom Gestus der Rebellion: An den Universitäten fanden sie Mitte der siebziger Jahre das Erbe von '68 in Form von kommunistischen Sekten aller Art vor — und die schwerste Erblast der Studentenbewegung, die RAF. Die 68er hatten sich derweil zumeist schon auf die eine oder andere Weise arrangiert; sie kämpfen um ihre Forschungsaufträge statt gegen den Staat.

Nach dem „deutschen Herbst“ 1977, mit der Entführung und Ermordung Hans-Martin Schleyers und dem Tod der Führer der RAF schlug die Ratlosigkeit und Resignation in Aktivismus um. In den alternativen Gründerjahren 1978 bis 1980 ging es nicht mehr um marxistische Theorie, sondern um selbstbestimmte Praxis. Das „Netzwerk“, die „taz“ und die GRÜNEN markieren den Ausbruch aus dem gesellschaftlichen Ghetto.

In den achtziger Jahren rebellieren Punks und Hausbesetzer gegen die „APO-Opas“, gleichzeitig ergreift die Friedensbewegung das Bildungsbürgertum und den Mittelstand. Kulturell sind die Ideen von '68 schon lange nicht mehr die einer kleinen, radikalen Minderheit; die politischen Ziele sind jedoch nach wie vor in weiter Ferne. Gleichwohl: '68 ist nicht mehr rückgängig zu machen, auch wenn neue Zeitgeister und alte Rechte die Revision des 1968 initiierten Wertewandels fordern.